

# ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

## Aufstehen und widersetzen!

Aus dem Charakter einer Epoche leiten Kommunisten und Sozialisten ihr konkretes politisches Ziel und ihre Strategie ab. Lenin schrieb dazu 1915: „In jeder Epo-

die nach „absoluter Kontrolle“ der Welt strebten. Außerdem führt er u. a. die neue Rolle der NATO als Instrument der Einkreisung Rußlands und den fortgesetzten kal-



Chemnitz, 27. August: Aufstehen gegen braunen Mob und Nazi-„Bürger“!

che gibt es wie bisher so auch künftig einzelne Teilbewegungen bald vorwärts, bald rückwärts, gibt es wie bisher so auch künftig verschiedene Abweichungen vom Durchschnittstypus und vom Durchschnittstempo der Bewegungen. Wir können nicht wissen, mit welcher Schnelligkeit und mit welchem Erfolg sich einzelne geschichtliche Bewegungen der jeweiligen Epoche entwickeln werden. Wir können aber wissen und wissen tatsächlich, welche Klasse im Mittelpunkt dieser oder jener Epoche steht.“ Die Taktik des „Ausnutzens“ der modernen Demokratie wie im Kapitalismus der freien Konkurrenz bleibe zwar eine Aufgabe, aber in der „Epoche des Imperialismus und der imperialistischen wie auch der durch den Imperialismus ausgelösten Erschütterungen“, spricht: Revolutionen, gehe es um den Kampf gegen das internationale Finanzkapital.

Der marxistische Philosoph Alfred Kosing veröffentlichte im Sommer ein Buch über „Epochen und Epochenwechsel in der neueren Geschichte“ im Berliner Verlag am Park. Er diskutiert darin die Geschichte der Epochenbestimmungen der kommunistischen Parteien und macht Vorschläge für eine neue Diskussion. Als einen Grundzug der Gegenwart nennt er die „unipolare Weltherrschaft des Imperialismus unter Führung der USA“,

ten Krieg an. Die Stellung der EU habe sich verändert: Deutschland sei Führungsmacht geworden und erfülle die Funktion einer militärischen Speerspitze. Prinzipiell neu sind aus seiner Sicht die Kriege für einen „Regime change“ als Instrumente der US-Gewaltpolitik. Sie hohlten das Völkerrecht aus und werten die UNO ab. Dem waren, so der Autor, in der vergangenen Epoche des Wettstreits der Systeme „starke Grenzen gesetzt“.

Kosing nennt viele weitere Aspekte der Gegenwart, darunter die Revolution in den Produktivkräften, den Drang des Imperialismus zur Aufrüstung, sein Festhalten an Atomwaffen, seine ständige Bereitschaft zum Krieg gegen unbotmäßige Staaten, vor allem aber die Konfrontation mit Rußland und China. All dies vollziehe sich vor dem Hintergrund zunehmender sozialer Spaltung in Arm und Reich auf globaler wie auf nationaler Ebene. Die militärischen Abenteuer zwingen zu ständiger Erhöhung des Ausbeutungsgrades. Kosing meint daher, daß „die Bedingungen neuer sozialer Revolutionen“ wachsen und reifen werden. Skeptisch bleibt er allerdings angesichts der übergroßen Macht heutiger Medien bei der Einflußnahme auf den subjektiven Faktor.

Sein Buch ist ein wichtiger Beitrag zu einer überfälligen Diskussion. Dazu gehört

hierzulande die Debatte über die Rolle des deutschen Imperialismus als Hauptfeind aller, die für Frieden und Fortschritt eintreten. Als exemplarisch sei angeführt: Die Verflechtung von Teilen des deutschen Staatsapparats mit organisierten Faschisten ist aktenkundig. Das gilt nicht nur für Sachsen, auf das sich die veröffentlichte Meinung nicht erst nach dem Mord in Chemnitz am 26. August konzentrierte. Das lenkt ab vom Wesentlichen, von Aufrüstung und Herrschaft mittels reaktionärer Ideologie. Zwei Tage nach der faschistischen Machtdemonstration in Chemnitz am 27. August beschloß das Bundeskabinett die Einrichtung einer „Cyber-Agentur“, die ab 2019 Software für Angriffsoperationen entwickeln soll. Das war die deutsche Antwort auf die in derselben Woche in Genf stattfindenden Verhandlungen über „autonome Waffensysteme“. Diese sollen mit Hilfe „künstlicher Intelligenz“ Ziele selbst bestimmen und ohne menschliche Einwirkung Tötungsentscheidungen treffen – eine politische und ethische Perversion, eine Idee aus dem Arsenal des Unmenschlichen. Abrüsten statt aufrüsten, sich der Kriegsvorbereitung und der mit ihr verbundenen Ideologie widersetzen ist das Gebot der Stunde.

Arnold Schözel

### Aus dem Inhalt



|  |    |
|--|----|
| Vorsicht Brandstifter!                       | 2  |
| Abrüsten statt aufrüsten!                    | 3  |
| 24. Treffen des São-Paulo-Forums in Havanna  | 5  |
| Chile 1973: Putsch gegen die Unidad Popular  | 6  |
| Der „Meisterschlag“ der USA gegen Venezuela  | 7  |
| Mlynář, Gorbatschow und das Polit-Puzzle     | 9  |
| Notstandsgesetze vor 50 Jahren beschlossen   | 11 |
| Die AfD ist eine Kriegspartei                | 13 |
| Sorgearbeit und kapitalistischer Markt       | 16 |
| Debatte um eine Sammlungsbewegung            | 19 |
| Aufmarschgebiet Baltikum                     | 23 |
| Eine andere Welt ist möglich                 | 24 |
| Die Berliner Krise 1948/49 (2)               | 25 |
| Ghetto Theresienstadt                        | 26 |
| Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald            | 26 |
| Ein Nürnberger Tagebuch von 1945/46          | 27 |
| 100. Jahrestag des Leninschen Komsomol       | 30 |
| Die Wiederentdeckung der Klassengesellschaft | 32 |
| Stimmen aus aller Welt über die DDR          | 34 |
| Gisela Steineckert: Hand aufs Herz           | 35 |
| „RotFuchs“-Veranstaltungen im Oktober        | 36 |

## Vorsicht Brandstifter!

Zwölf Tage sind vergangen, seit ein Mann in Chemnitz erstochen wurde und sich ein Gebräu, das zum Himmel stinkt, in die Straßen der Stadt ergossen hat und von dort weiter ins Land. Hooligans haben sich bei hitlergrüßenden Mitläufern untergehakt und AfD-Politiker bei bekennenden Neonazis. Die Polizei? Mindestens überfordert. Das zivile Publikum? Größtenteils entsetzt. Und der Bundesinnenminister? Eiersteine herum, als dürfe er nicht sagen, was er dazu gern sagen würde. Nun aber hat Horst Seehofer Klarheit geschaffen. Die Migrationsfrage sei „die Mutter aller Probleme“ im Land, gab er bei der CSU-Klausur in Neuhardenberg zum Besten. Verheerender kann die Stellungnahme eines Regierungsmitglieds kaum ausfallen. Nun kann man Horst Seehofer natürlich nicht vorwerfen, er habe sich im Streit um die Vorfälle in Chemnitz nicht um eine ausgereifte Bewertung bemüht. Das hat er. Ausgiebig sogar. Erst schwieg er tagelang zur rechtsextremistischen Randalie, weil er Informationen aus erster Hand brauche. Zum rundum mißglückten Polizeieinsatz: kein Wort. Beobachtung der AfD durch den Verfassungsschutz? Iwo, ließ Seehofer wissen. Dann versicherte er der Familie des Toten Anteilnahme und verschanzte sich hinter einem Einerseits/Andererseits, das großzügig interpretierbar war: Einerseits habe er Verständnis für die Wut der Bürger. Für welche Bürger, ließ er offen. Andererseits, so versicherte er jetzt, gelte bei Gewalt „null Toleranz“. Das Entscheidende aber hat der Minister gemieden: die direkte Konfrontation mit Neonazis und den Sicherheitsrisiken von Rechtsaußen, die im Gewand von Parlamentariern daherkommen. Seehofers Äußerungen zu Chemnitz, die ganz überwiegend von Journalisten aus ihm herausgefragt werden mußten, sind zu einem mäandernden Gewässer geworden, das schlechter riecht, je länger es fließt. Denn immer stärker dringt nun durch, was Seehofer nicht sagen soll, schon der Kanzlerin wegen, dann aber doch nicht für sich behalten kann: daß er im Ausländer den Kern des Übels zu sehen scheint, im Fremden, der in Seehofers Deutschlandfilm bestenfalls für die Rolle des Schurken vorgesehen ist.

Anders jedenfalls kann man den Satz nicht verstehen, die Migration sei die Mutter aller politischen Probleme in Deutschland. Ein Satz ist das, so falsch wie gefährlich. Gäbe es eine Mutter aller politischen Probleme, wäre das zweifellos die Tatsache, daß Kriege, Armut, Korruption und anhaltende Unterdrückung Menschen zur Flucht aus ihren Heimatländern bewegen, gerade die jungen. Daß sie in Städten wie Chemnitz landen, ist Folge, nicht Auslöser der Probleme. Wer aber Migration, mithin die Migranten, als Urübel globalisierter Gesellschaften benennt, befeuert die Propaganda von Rechtsextremisten. Nein, Seehofer will nicht die AfD unterstützen, er will ihr die Wähler abjagen, gewiß. Aber das, was immer lauter aus ihm heraus will, ist geeignet, den Fremdenhaß im Land immer weiter zu legitimieren. Der Bundesinnenminister mußte sich jetzt unmißverständlich all

denen entgegenstellen, die das größte Sicherheitsrisiko im Land darstellen: Sie stehen rechts außen, leider auch in der Polizei, und sie werden von Monat zu Monat selbstbewußter. Den CSU-Chef betrachten die Faschisten im Land und ihre stillen Mitläufer längst als einen der ihren. Wenn Seehofer das nicht will, muß er es endlich unter Beweis stellen.

**Constanze von Bullion**  
(„Süddeutsche Zeitung“, 6. 9. 2018)

Lange hat Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) zu den Ausschreitungen von rechten Hooligans und Neonazis in Chemnitz geschwiegen. Nun äußerte er Verständnis für rassistische Demonstranten. Er könne nachvollziehen, wenn sich Leute empören. Das mache sie noch lange nicht zu Nazis, erklärte Seehofer laut Medienberichten am 5. 9. am Rande einer Klausurtagung der CSU-Landesgruppe im brandenburgischen Neuhardenberg. In der sächsischen Stadt Chemnitz war es nach der Tötung des 35jährigen Daniel H. in der vergangenen Woche zu Demonstrationen von AfD, Pegida, rechten Hooligans und Neonazis gekommen. Dabei wurde der Hitlergruß gezeigt, und Menschen mit migrantischem Aussehen wurden durch die Straßen gejagt. Die „Migrationsfrage“ sei „die Mutter aller politischen Probleme in diesem Land“, behauptete Seehofer weiter. Das würden auch Umfragen bestätigen. Laut einer aktuellen Erhebung des führenden Meinungsforschungsinstituts Emnid drückt die Bundesbürger allerdings ganz woanders der Schuh. An erster Stelle steht die Sicherung der Rente (91 Prozent), an dritter Stelle eine wirkungsvolle „Mietpreisbremse“ (85 Prozent). Das Thema Zuwanderung landete mit 66 Prozent erst auf dem achten Platz der wichtigsten Regierungsaufgaben.

„Ich sage das anders“, widersprach Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) im RTL-„Sommerinterview“ der Einschätzung ihres Ministers. „Die Migrationsfrage stellt uns vor

Herausforderungen. Und dabei gibt es auch Probleme“, aber auch Erfolge, so Merkel. SPD-Vizechef Ralf Stegner nannte Seehofer „Großvater aller Berliner Regierungsprobleme“. Der Minister habe „in der Analyse vollkommen recht“, erklärte wenig überraschend der AfD-Kovorsitzende Alexander Gauland. „Klar ist: Es gab keinen Mob, keine Hetzjagd und keine Pogrome“, hatte der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) am Mittwoch im Rahmen einer Regierungserklärung zu den Ereignissen von Chemnitz behauptet. Damit widersprach er der Bundesregierung: Deren Sprecher Steffen Seibert hatte in der vergangenen Woche unter Berufung auf entsprechende Filmaufnahmen „Zusammenrottungen, Hetzjagden auf Menschen anderen Aussehens, anderer Herkunft“ in Chemnitz scharf verurteilt.

Deutlich wird: In Chemnitz schloß nicht nur die AfD die Reihen zu Pegida und offenen Neonazis, mit denen sie ohne jede Berührungsangst Seite an Seite marschierte. Auch der rechte Flügel der Unionsparteien um Seehofer und Kretschmer ist seinerseits um einen Schulteranschlag mit extrem Rechten bemüht. Der Verfassungsschutz im „rot-rot-grün“ regierten Thüringen hat unterdessen den dortigen Landesverband der AfD zum Prüffall erklärt. Björn Höcke, Kocher der Thüringer AfD, ist einer der führenden Exponenten des offenen völkischen „Flügels“ der Partei. Es gebe aber noch keine definitive Entscheidung, ob man den Landesverband ganz oder in Teilen als „rechtsextremistisch“ einstufen und unter geheimdienstliche Beobachtung stellen werde, sagte Thüringens Verfassungsschutzchef Stephan Kramer der „Süddeutschen Zeitung“. Die AfD dürfte das gelassen sehen. Er könne persönlich allein in Erfurt, Weimar, Jena und Gera fünf Verfassungsschützer, die kurz vor einem Eintritt in die AfD stehen, hatte der Thüringer AfD-Bundestagsabgeordnete Stephan Brandner am 8. März behauptet.

**Ulla Jelpke**  
(„junge Welt“, 7. 9. 2018)



## DGB-Aufruf zum Antikriegstag: Abrüsten statt aufrüsten!

*Der Deutsche Gewerkschaftsbund forderte in einem Appell zum Antikriegstag am 1. September zur Unterstützung der Initiative „Abrüsten statt aufrüsten!“ auf. Im folgenden der Aufruf im Wortlaut.*

Am Antikriegstag gedenken die Gewerkschaften des Grauens und des unermeßlichen Leids der beiden Weltkriege, die über 80 Millionen Tote gefordert haben. Jährlich erinnern wir am 1. September daran, daß es dieser Tag war, an dem Nazi-Deutschland mit seinem Überfall auf Polen 1939 den Zweiten Weltkrieg entfacht hat. Gerade in diesem Jahr haben wir besonderen Anlaß, den Antikriegstag als Tag des Mahnens vor den zerstörerischen Folgen von besinnungslosem Nationalismus und Faschismus zu begehen. Denn 2018 jährt sich das Ende des Ersten Weltkriegs zum hundertsten Mal. Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus! Das ist die unumstößliche Lehre, die wir Gewerkschaften aus den Weltkriegsschrecken des 20. Jahrhunderts gezogen haben. Dazu bekennen wir uns. Dafür steht die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland, Europa und weltweit!

Unser Eintreten für Frieden, Demokratie und Freiheit ist wichtiger denn je. Die internationale Nachkriegsordnung ist aus den Fugen geraten. Die Hoffnung, daß das Ende des kalten Krieges ein Zeitalter der Entspannung einläuten würde, hat sich als Illusion erwiesen. Das Risiko von militärischen Auseinandersetzungen ist so groß wie seit 1989 nicht mehr. Rund um den Globus toben mehr als 30 Kriege und bewaffnete Konflikte. Auch die nukleare Bedrohung hat eher zu- als abgenommen. Die USA und Rußland modernisieren ihre Atomwaffenarsenale. Nuklearmächte wie China, Nordkorea, Indien und Pakistan tragen dazu bei, daß wir erneut ein nukleares Wettrüsten erleben. US-Präsident Trump kündigt einseitig das internationale Atomabkommen mit dem Iran auf. Und doch weigert sich die deutsche Bundesregierung weiterhin, den von über 120 Staaten beschlossenen UN-Vertrag über ein Atomwaffenverbot mitzutragen. Das globale Erstarken von Nationalismus und Protektionismus, die Ausbreitung autoritärer,

autokratischer und rechts-populistischer Regime fördern die Entstehung einer neuen Weltunordnung. Wachsende Instabilität und die zunehmende Bereitschaft, die eigenen Interessen mit militärischer Gewalt durchzusetzen, prägen das internationale Geschehen. Die Folge: Nie sind so viele Menschen auf der Flucht gewesen. Heute sind es weltweit 68,5 Millionen. Die meisten mußten ihre Heimat verlassen, weil dort Krieg oder Bürgerkrieg herrscht.

Nichts zeigt deutlicher: Waffengewalt und militärisches Hochrüsten lösen keine Probleme. Eine neue Aufrüstungsspirale ist die falsche Antwort auf die veränderte Weltlage. Und doch sind die globalen Rüstungsausgaben mit über 1,7 Billionen US-Dollar so hoch wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Dieser Wahnsinn muß ein Ende haben.

Deshalb lehnen der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften das NATO-Ziel ab, die Rüstungsausgaben der Bündnispartner auf zwei Prozent ihrer Wirtschaftsleistung zu erhöhen. Für die Staaten Europas würde dies bedeuten, daß ihre Militäretats von 500 Milliarden Euro auf 800 Milliarden anwachsen. Auch Deutschland müßte seine Rüstungsausgaben annähernd verdoppeln. Zwei Prozent des BIP für den Rüstungsetat – das wären alleine in Deutschland weitere 30 Milliarden Euro, die im zivilen Bereich fehlen würden: für Investitionen in Bildung, Hochschulen, Schulen und Kitas, für den sozialen Wohnungsbau, für kommunale und digitale Infrastruktur, für eine gerechte und ökologische Gestaltung der Verkehrs- und Energiewende, für eine bessere Alterssicherung und mehr soziale Sicherheit.

Vor diesem Hintergrund fordern der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften die deutsche Bundesregierung dazu auf, endlich umzudenken und mit ihren EU-Partnern eine gemeinsame europäische Strategie der friedenssichernden Konflikt- und Krisenprävention zu erarbeiten. Statt die Verteidigungsausgaben massiv aufzustocken, muß eine solche zivile Strategie der Friedenssicherung bei den Ursachen von Kriegen und

bewaffneten Konflikten ansetzen. In ihrem Mittelpunkt müssen die Ziele einer fairen Gestaltung der Globalisierung und einer gerechteren Verteilung des weltweiten Reichtums sowie soziale und ökologische Entwicklungs- und Klimaschutzprojekte stehen.

Überdies fordern der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften eine stärkere und bessere Kontrolle von Waffenexporten. Wir lehnen Waffenexporte in Krisen- und Konfliktgebiete sowie an diktatorische und autokratische Regime grundsätzlich ab. Statt dessen treten der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften für eine Politik der Abrüstung und Rüstungskonversion ein. Wir unterstützen deshalb die friedenspolitische Initiative „Abrüsten statt aufrüsten“ und rufen anläßlich des Antikriegstags öffentlich dazu auf, die Petition dieser Initiative gegen das Zwei-Prozent-Ziel der Bundesregierung zu unterzeichnen: <https://abruesten.jetzt/>

Die Mehrheit ist gegen Atomwaffen auf deutschem Boden

Nach einer neuen Umfrage sind mehr als zwei Drittel aller Deutschen dafür, Atomwaffen aus der Bundesrepublik abzubauen. Auch in Belgien, Italien und den Niederlanden, wo ebenfalls US-Atomwaffen stationiert sind, sprechen sich deutliche Mehrheiten für einen Abzug aus – aber nicht ganz so viele wie in Deutschland. Dies berichtete das Netzwerk für eine atomwaffenfreie Welt (ICAN) am Freitag in Genf. ICAN war die treibende Kraft hinter dem Atomwaffenverbotsvertrag, der vor einem Jahr von 122 Mitgliedern der Vereinten Nationen angenommen wurde. ICAN erhielt dafür den Friedensnobelpreis.

In Deutschland waren 70 Prozent der Befragten gegen die Waffen auf heimischem Boden. In Italien sprachen sich 65 Prozent, in Belgien 57 und in den Niederlanden 56 Prozent gegen die Stationierung in ihrem Land aus. Mehr als zwei Drittel der Befragten stimmten in allen vier Ländern dafür, daß ihre Regierung den Vertrag über das Verbot von Atomwaffen unterzeichnet. **RF**

## Frieden mit Rußland!

Unter dieser Hauptlosung fand Anfang Juli eine Konferenz in Potsdam statt. Der Historiker Prof. Dr. Anton Latzo sieht Moskaus Außenpolitik am Frieden orientiert. Für die Journalistin Karin Leukefeld bestätigt sich das derzeit in Syrien. „Nein zu Atomwaffen!“ gehörte ebenfalls zu den Forderungen der Konferenz.

Rußland betreibe eine systematische und konstruktive Außenpolitik, die – so die Analyse von Anton Latzo – an Sicherheit und Stabilität ausgerichtet sei. Die russische Politik strebe nach seinen Worten eine



internationale Sicherheitsarchitektur mit internationalen und regionalen Komponenten an. Latzo erinnerte dabei an den Vorschlag des damaligen russischen Präsidenten Dmitri Medwedew vom Juni 2008, die Pariser Charta zu einem neuen

euro-atlantischen Sicherheitsvertrag weiterzuentwickeln. Dieser Vorschlag sei jedoch vom Westen ignoriert worden. Zusammenarbeit mit Rußland sei der einzig sinnvolle und zukunftsweisende Weg.

Die Konferenz in der brandenburgischen Landeshauptstadt war von der DKP Potsdam & Umland organisiert worden – als Unterstützer zeichneten Potsdamer Gruppen und Organisationen wie die Partei Die Linke, die Friedenskoordination, die GBM und der „RotFuchs“-Förderverein.

## Zum Wahlsieg einer Sozialistin in New York

# Die Zeiten ändern sich

*„Die Strategie der Demokratischen Sozialisten Amerikas (Democratic Socialists of America – DSA) zur Veränderung der Verhältnisse besteht darin, daß wir nicht nur betriebliche Machtpositionen im Bereich der Ökonomie, sondern auch Positionen im etablierten politischen Betrieb aufbauen müssen. Wir wissen: Wer die staatliche Macht hat, hat enorme Einflußmöglichkeiten auf unser tägliches Leben und im Klassenkampf. Ein zur Zeit recht verbreiteter Tweet bei Twitter faßt das so zusammen: Du mischst dich nicht in Politik ein? Dein Boß mischt sich ein. Dein Vermieter mischt sich ein. Deine Versicherung mischt sich ein. Und jeden Tag nutzen sie ihre politische Macht, um deine Bezahlung niedrig zu halten, deine Miete zu erhöhen und dir Deckung bei gesundheitlichen Problemen zu verweigern. Es ist Zeit, daß auch du dich in die Politik einmischst.“*

Mit diesen Worten startete Maria Svart, Leiterin der kleinen hauptamtlichen Geschäftsführung der DSA, den Wahlkampf für die Halbzeitwahlen am 6. November. Nach dem Wahlrecht der USA werden an diesem Tag ein Drittel der Senatoren und das gesamte Repräsentantenhaus neu bestimmt. Zusätzlich werden Gouverneure und Parlamente von Bundesstaaten gewählt. Die politische Orientierung der DSA trug bereits am 26. Juni erste Früchte, als Alexandria Ocasio-Cortez, eine 28jährige Erstkandidatin für ein öffentliches Amt, Joe Crowley besiegte, der seit 20 Jahren Mandatsträger ist und als einer der zentralen Figuren der politischen Szene in New York City und im Kongreß galt. Ihr Sieg in einem von arbeitenden Menschen unterschiedlicher Hautfarben geprägten Wahlbezirk, der Teile der Bronx und Queens' umfaßt, hat vor allem diejenigen überrascht, welche die Wünsche und Sehnsüchte derjenigen ignorierten, die unter steigenden Mieten, fehlenden Jobs und sich verbreitendem Rassistismus leiden. Die größte Überraschung aber war die Tatsache, daß Ocasio-Cortez offen als Sozialistin und als Mitglied der DSA antrat – und gewann. Dieser Sieg ist Teil einer Entwicklung, durch welche die DSA von 5000 Mitgliedern zum Zeitpunkt der Wahl von Donald Trump auf jetzt 40 000 Mitglieder gewachsen ist.

Im letzten Jahr haben Mitglieder der DSA – meistens auf den Wahlzetteln der Demokraten – Mandate auf lokaler Ebene von Pennsylvania bis Virginia, von Montana bis Texas errungen.

Ocasio-Cortez, die zuvor in lokalen Kämpfen und in der Bewegung für die Rechte von Immigranten aktiv war, beschreibt ihre Sicht auf die politischen Verhältnisse so: „Wenn wir über das Wort ‚Sozialismus‘ reden, dann denke ich vor allem an demokratische Beteiligung und an Würde. Es geht um Würde in ökonomischen Fragen, um Würde in sozialen Angelegenheiten und um Würde hinsichtlich der Rassen. Es geht um direkte Repräsentation und darum, daß das Volk tatsächlich die Macht

über sein ökonomisches und soziales Wohlbefinden hat. Darum geht es letztlich. Für mich bedeutet Sozialismus, ein Fundament für ein Leben in Würde zu garantieren.“ Die DSA wurde 1982 als ein Zusammenschluß von Organisationen und Persönlichkeiten gegründet, die ihre Wurzeln in der Sozialistischen Partei, den Studenten für eine demokratische Gesellschaft (Students for a Democratic Society – SDS), der Kommunistischen Partei und anderen Zusammenhängen hatten. Ihr Ziel war es, eine breit aufgestellte Linke als Gegengewicht gegen die damals anlaufende Offensive von Ronald Reagan zu bilden, der alle Fortschritte zu mehr Gleichheit und Gerechtigkeit zunichte machen wollte, die in Generationen vorher erkämpft worden waren. Zu ihren früheren Hochzeiten hatten die Demokratischen Sozialisten rund 10 000 Mitglieder und spielten eine bedeutende Rolle in vielen Kämpfen um soziale Gerechtigkeit. Dennoch gelang es ihnen nicht, die erhoffte Stärke zu erreichen. Um die Jahrtausendwende herum litten sie unter einem Rückgang an Mitgliedern und Aktivitäten.

Aber durch ihre gesamte Geschichte hindurch hielten sie an ihrem Kernziel fest: eine unabhängige linksorientierte politische Position innerhalb der bislang noch von Konzernen dominierten Demokratischen Partei aufzubauen und gleichzeitig eine einheitliche Front gegen die Republikanische Partei zu errichten, welche die Hauptgefahr für die arbeitende Klasse und die demokratischen Rechte bildet. Diese Orientierung gewann während der Präsidentschaftskampagne von Bernie Sanders im Jahre 2016 an Stärke und deutete auf die Möglichkeit hin, eine Massenbasis zu erringen. Die Unterstützung von Sanders hat – wie die für Ocasio-Cortez – ihre Wurzeln in der Finanzkrise von 2008. Die sogenannte Lösung der Krise stärkte die ökonomische Macht der Banken und Versicherungen, der Industrie, welche die Erde ausbeutet, den militärischen und den Sicherheitsapparat und die Interessen der großen Immobilienbesitzer. Die Ungleichheit und die soziale Unsicherheit verstärkten sich und führten zu Arbeitslosigkeit und wachsender Wohnungsnot. (...)

Formationen, die noch größer sind als die DSA wie die Gruppe „Unsere Revolution“ (Our Revolution), die aus der Sanders-Wahlkampagne entstanden ist, und andere wirken wie die DSA innerhalb der Demokratischen Partei und wachsen ebenfalls. Dieser Aufschwung radikaler Strömungen wird auch deutlich in den Massendemonstrationen, Bewegungen des zivilen Ungehorsams, Streiks und anderen Formen sozialen Protestes. Ihre gemeinsame Vision ist die Einheit aller demokratischen Kräfte unter Einschluß der Hauptströmungen der Demokraten gegen die Pläne

von Donald Trump – aber so, daß die Notwendigkeit für ökonomische und soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt gestellt wird und nicht die sogenannte Einheit der Demokraten, die sich auf politische Passivität und die Akzeptanz der neoliberalen Ausrichtung von deren Führung stützt. Die Wahlkampagne von Ocasio-Cortez ist ein gutes Beispiel für dieses neue Herangehen. Ihr Wahlbezirk besteht zu 70 Prozent aus Farbigen und zu 50 Prozent aus Immigranten unter anderem aus Kolumbien, Honduras, Korea, Pakistan und Bangladesch und einem großen Anteil von Puerto Ricanern.

Die schwarzen und weißen Einwohner bilden einen eher geringen Anteil. Sie gewann die Mehrheit in jedem einzelnen Wahllokal, indem sie – in ihren eigenen Worten – als eine Kandidatin auftrat, „die kein Geld von den Konzernen nimmt, die eine Gesundheitsversorgung für alle fordert, die will, daß jeder ein Recht auf Arbeit hat, daß die Einwanderungsbehörde abgeschafft und ein ‚Green New Deal‘ abgeschlossen wird, der ökologische, ökonomische und soziale Ziele vereint. Und alle diese Ziele konkretisieren sich für mich aus dem Blickwinkel der Kommune heraus, in der ich lebe.“

Es gibt in diesen Zeiten der Unsicherheiten immer wieder Spaltungslinien, wenn die Forderung nach Einheit in der Aktion auf unabhängige Initiativen trifft, wenn zwischen militanten und vorsichtigen Strategien gerungen wird.

Die DSA selbst sind – kein Wunder bei ihrem schnellen Wachstum – in vorher nie gekanntem Umfang von internen Auseinandersetzungen geprägt. Das kompliziert sich noch durch die Tatsache, daß Trump eine Massenbasis hat. Millionen Menschen sind durch die Angst vor Immigration mobilisiert worden und definieren ihre Interessen, indem sie sich gegen die Gleichheit aller Rassen und die Rechte von Frauen wenden. Die Republikaner haben keine Mehrheit, aber sie können als die Partei, die staatliche Gewalt einsetzt, um demokratische Strukturen immer mehr in Fesseln zu legen, auf eine breite Unterstützung bauen. Das Wahlrecht ist Beschränkungen unterworfen, die Rechte der Gewerkschaften sind beschnitten, die Rechte von Frauen zurückgestutzt und die Rassengrenzen vertieft worden.

All das unterstreicht die Bedeutung des Sieges von Ocasio-Cortez. Die Fähigkeit, Menschen mit ihren sowohl unterschiedlichen als auch gemeinsamen Interessen um eine sozialistische Perspektive herum und für eine andere Gesellschaft hinter sich zu versammeln – das deutet auf eine bessere Zukunft hin.

**Kurt Stand, USA**

(Gekürzt aus: „UZ“, 13. Juli; siehe auch RF 247/248, S. 6)

## 24. Treffen des São-Paulo-Forums in Havanna

Die Einheit der Linken in Lateinamerika – das war das zentrale Ziel des 24. Treffens des Forums von São Paulo, das Mitte Juli in Havanna stattfand. Mehr als 430 Vertreter progressiver Parteien und Organisationen aus der Region diskutierten über einen Aktionsplan zur Abwehr der rechten Gegenoffensive auf dem Kontinent. Die Exekutivsekretärin des Forums, Monica Valente von der brasilianischen Arbeiterpartei PT, hatte sich am Eröffnungstag bereits zuversichtlich gezeigt. Es gebe viele Rückschläge, doch das Treffen vermittele ihr, daß Siege möglich seien.

Brasiliens 2016 durch einen parlamentarischen Putsch gestürzte Expräsidentin Dilma Rousseff trat als Ehrengast des Forums kämpferisch auf. Das größte „Verbrechen“ während ihrer Regierungszeit (2011 bis 2016) und der ihres Amtsvorgängers Luiz Inácio Lula da Silva (2003 bis 2011) habe darin bestanden, sich für die Armen und die Verteidigung der Unabhängigkeit einzusetzen. „Wir haben weder die Verletzung der Rechte der einfachen Menschen noch die Übergabe des Erdöls und anderer Ressourcen an transnationale Konzerne zugelassen“, so Rousseff. „Deshalb haben sie uns gehaßt, verfolgt und den Staatsstreich organisiert.“ Seit dem Putsch seien eine Reihe von Sozialprogrammen für den Wohnungsbau und die medizinische Versorgung der Bevölkerung eingestellt worden, beklagte sie und rief zur Solidarität mit Lula auf, der seit mehr als 100 Tagen widerrechtlich inhaftiert sei. Er sei ein politischer Gefangener, dessen Kandidatur für

die Präsidentschaftswahlen im Herbst verhindert werden solle. Allen Umfragen zufolge würde Lula die Wahlen gewinnen.

Lula hatte das „Foro de São Paulo“ 1990 gemeinsam mit Fidel Castro als Reaktion auf

wirtschaftlichen und politischen Veränderungen nach dem Ende des realen Sozialismus in Europa und der Bipolarität des internationalen Systems zu analysieren, waren wir uns der Bedeutung dieses Schrittes bewußt“, so Lula.

„Die Probleme, denen wir uns heute gegenübersehen, erfordern die Existenz, die Positionen und die Aktionen des Forums mehr denn je.“

Aus Nicaragua berichtete der Sohn von Carlos Fonseca Amador, der 1961 die Sandinistische Befreiungsfront FSLN gegründet hatte, wie in seinem Land gegenwärtig „die Vorgaben der imperialistischen Ideologen für bunte Revolutionen abgearbeitet“ würden. „Wir sehen uns dem Versuch eines Putsches durch die Kräfte der nationalen Oligarchie und der US-Geheimdienste gegenüber“, so Carlos Fonseca Terán. Rechte Kräfte versuchten, das Land mit Terror ins Chaos zu stürzen. Das Szenario mit der gezielten Verbreitung

von Falschmeldungen und gut organisierten Medienkampagnen gleiche dem Vorgehen in Venezuela und in der Ukraine.

Um internationale Solidarität im Kampf für die Freiheit seines Landes bat auch Oscar López Rivera. Der puertoricanische Unabhängigkeitskämpfer, der nach 36jähriger Haft in US-Gefängnissen erst im Mai 2017 in seine Heimat zurückgekehrt war, schilderte die sich zunehmend verschlechternde Situation der Bevölkerung. „Puerto Rico braucht jede nur mögliche Unterstützung, um 120 Jahre kolonialer Vorherrschaft endlich zu beenden.“

**Gestützt auf „junge Welt“ vom 17. Juli**



Eröffnungssitzung des Forums

Foto: R. Espinosa

den Zusammenbruch der Sowjetunion und der darauffolgenden neoliberalen Offensive in der Region gegründet. In einer Grußbotschaft aus dem Gefängnis versicherte er, daß er nicht aufgeben werde. „Unterstützt von den Medien und einer parteiischen Justiz wollen sie verhindern, daß wir erneut eine Regierung bilden, welche die Würde, die Freiheit und die Rechte des brasilianischen Volkes wiederherstellt“, schrieb Lula an die Delegierten. Die heutige Lage in Lateinamerika erinnere an die Situation zum Zeitpunkt der Forumsgründung. „Als Fidel und ich 1990 vortrugen, daß die lateinamerikanische Linke sich zusammenschließen müsse, um die weltweiten

## Freiheitsstatue niederreißen!

Das Weinen und verzweifelte Rufen kleiner Kinder nach ihren Müttern und Vätern war wie der Stich eines kalten Messers in die Herzen von Millionen Menschen. Sie mußten in Radio und Fernsehen mit anhören, was eine Anwältin heimlich mit ihrem Handy in einem der Behelfssammellager für die verschleppten Kinder und Jugendlichen irgendwo in den USA aufgenommen hatte. Die Medien zeigten Aufnahmen von Kindern, die vor Angst weinten und schrien, als US-Grenzpolizisten sie aus den Armen ihrer Mütter rissen, nur weil ihre Familien versucht hatten, die Grenze von Mexiko zu passieren und in die „Festung Amerika“ zu gelangen. Die Schergen der „Vereinigten Sicherheitsstaaten von Amerika“ rissen die Familien brutal auseinander, legten die Eltern in Handschellen und sperrten ihre Kinder in eine Art Käfige, wo sie einer ungewissen Zukunft entgegensehen.

Nach Jahrzehnten der Verteufelung hispanischer Migranten sind wir dank der vom US-Präsidenten völlig aufgeputschten und von Übertreibungen nur so strotzenden Hetzkampagne, die ihren Ursprung in der

Kriminalisierung mexikanischer Einwanderer hat, nun mit dieser Situation konfrontiert. Die Kampagne war von vornherein so angelegt, sie sollte zu nichts anderem führen. Sie sollte Angst unter den aus Mittelamerika fliehenden Migrantinnen und Migranten verbreiten und in einem Meer aus Tränen enden. Für die törichte Idee, zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten eine Mauer zu bauen, die dem irren Alptraum eines Machthabers entsprungen ist, sollen die Tränen verlassener Kinder nun als Verhandlungsmasse mißbraucht werden. Die Tränen der Kinder sollen der Demokratischen Partei die Zustimmung zum Bau der Mauer abringen.

Niemand von uns sollte über diese skrupellose Perfidie überrascht sein. Hier zeigt sich die eiskalte Fratze einer Politik, die sich auf der Angst vor dem anderen, dem Fremden, gründet. Geschürt wird die Angst vor Menschen mit brauner Haut, vor einer wachsenden hispanischen Gemeinde mit vielen jungen Menschen. Die US-amerikanische Gesellschaft kämpft mit einer sinkenden Geburtenrate, bei einer gleichzeitig steigenden Zahl von

Selbstmördern, denen auch die von Ärzten mit vollen Händen ausgeteilten Opiate keinen Lebenssinn mehr vorgaukeln können. Die Suizidrate übersteigt mittlerweile die für sich genommen schon äußerst tragische Mordrate in den USA. Die panische Angst der Alten vor Veränderung ist die Ursache für Tränen und Schmerz der Jüngsten und die Angst, die in ihre kleinen Herzen gepflanzt wird.

Es ist deshalb an der Zeit, daß wir endlich das Geschenk niederreißen, das Frankreich einst der aufstrebenden Nation der Vereinigten Staaten von Amerika machte – die Freiheitsstatue! Sie steht nicht mehr für den Geist des Landes, in dem wir leben. Diese Nation, die sich in Angst badet und die in einer Atmosphäre rassistischen Hasses emporgestiegen ist, braucht in der Tat eine Mauer, denn sie gefällt sich darin, daß ihre kalten Herzen längst durch Ziegelsteine, Stahl und Stacheldraht vor dem Fremden und Neuen geschützt sind.

**Mumia Abu-Jamal**  
(Aus „junge Welt“, 9. Juli;  
Übersetzung: J. Heiser)

# 1973: Putsch gegen die Unidad Popular in Chile

Am 11. September 1973, vor 45 Jahren, stürzte eine Offizierskamarilla die 1970 demokratisch gewählte Regierung der Unidad Popular (UP), ein Bündnis linker Parteien, und ihren Präsidenten Salvador Allende. Die durch demokratische Wahlen gewonnene Volksmacht stand – national wie international – vor unsagbar großen Herausforderungen. Unklare Visionen ihrer Initiatoren, unkoordinierte, zum Teil widersprüchliche taktische Aktionen und anderes mehr begünstigten und provozierten die bürgerliche Opposition. Der politischen und vor allem ökonomischen Machtkonstellation war die Regierung auf Dauer nicht gewachsen. Sabotage und offene Gegenaktionen der rechten Kräfte führten zu einer schwierigen, krisenähnlichen Lage im Lande.

Der dann von reaktionären Militärs initiierte Putsch war ein von den USA und ihrem Geheimdienst CIA langfristig konzipierter, sorgfältig vorbereiteter und von den chilenischen Streitkräften gegen das eigene Volk ausgeführter terroristischer Akt. Die damalige Regierung der USA um Präsident Nixon gab offen zu, daß das Ziel darin bestand, in ihrem Hinterhof Lateinamerika unter keinen Umständen ein Staats- oder Regierungssystem zuzulassen, welches einen sozialistischen Entwicklungsweg hätte eröffnen können.

Das chilenische Militär bombardierte und stürmte den Regierungspalast in Santiago, die Moneda. Präsident Allende fand dabei den Tod. Regierungsmitglieder, Funktionäre und Sympathisanten wurden überall im Lande gejagt, gefangenengenommen und in die Kasernen und Gefängnisse verschleppt, gefoltert, viele von ihnen ermordet.

Wem es gelang, unterzutauchen und sich zu verstecken, der versuchte Kontakt zu diplomatischen Vertretungen, vor allem der lateinamerikanischen Länder, zu bekommen, die Asyl und Schutz gewähren konnten. Aber auch Botschaften europäischer und anderer Länder nahmen Verfolgte auf. Niemand von den Diplomaten und Botschaftsangestellten, die damals in Chile waren und diese Ereignisse miterlebt haben, wird vergessen, mit welcher Wut, Besessenheit und Brutalität eine verhetzte Militärmaschinerie in die geschichtliche Entwicklung eingriff und gegen das eigene Volk vorging. Gleichzeitig wuchs aber auch die Hilfsbereitschaft und Solidarität gegenüber den verfolgten, hilflosen, vorwiegend jungen Chilenen. In kurzer Zeit verbreiteten sich eine Protestwelle und weltweite Solidarität.

Der Generalsekretär der Sozialistischen Partei Chiles, Carlos Altamirano, enger Freund und Kampfgefährte Allendes, bewertete später den Sieg und die Regierungszeit der UP und verglich sie mit der Pariser Kommune: „Wir haben, wie damals in Paris, eben den Sprung in den Himmel gewagt, sind aber nur ein paar Meter hochgekommen. Uns war von vornherein klar, daß kein chilenischer Banker nur einen Cent, kein chilenischer Minenbesitzer nur ein Gramm Kupfer und kein chilenischer Grundbesitzer nur einen Fußballreit-

Land freiwillig hergeben wird. Trotzdem fühlen wir uns berufen und haben alles auf eine Karte gesetzt.“

Außer der DDR, die Jahrzehnte Handelsbeziehungen und seit zwei Jahren diplomatische Beziehungen und eine Botschaft in Chile hatte, konnten die anderen sozialistischen Länder den Kampf der Chilenen zur Schaffung einer besseren Gesellschaftsordnung nicht unterstützen; aber alle unterbrachen wenige

Infrastruktur, montaner und maritimer Ressourcen. Schutzpatron und auch Nutznießer waren über viele Jahre die Militärs.

So entwickelte sich Chile bis heute zu einem der stabilsten kapitalistischen Länder Lateinamerikas. Viele, auch in der DDR ausgebildete ehemalige Asylanten, vor allem der Sozialistischen Partei, fanden nach Pinochet in den ersten zivilen Regierungen Posten und Ämter. Selbst eine Präsidentin ging daraus



Gefangene vor der Moneda in Santiago am 9. 11. 1973

Tage nach der Machtübernahmen durch das Militär die diplomatischen Beziehungen.

Es war mehr ein Zufall, daß der von den Militärs meistgehaßte und gesuchte Generalsekretär der Sozialistischen Partei Carlos Altamirano ausgerechnet in der Ex-Botschaft der DDR Zuflucht und Schutz fand. Seine abenteuerliche Ausschleusung nach Argentinien hat er einigen mutigen Männern der HVA des MfS zu danken. Mehr als 2400 Chilenen, die flüchten mußten, wurden von der DDR als Asylanten aufgenommen. Sie kehrten später nach Chile zurück.

Fragwürdig und charakteristisch bis heute bleibt die Haltung der Brandt/Scheel-Regierung der BRD, die ihren sozialistischen Genossen Allende nicht rechtzeitig gewarnt hatte, obwohl der Militärattaché bestens informiert war. Es wurde dem BRD-Botschafter nicht gestattet, schutzsuchende UP-Funktionäre aufzunehmen. Es verwundert nicht, daß es CDU-Politiker waren, die – noch vor vielen anderen – als erste nach Chile reisten, um der Militärjunta Reputation zu verschaffen und mit ihr künftige Wirtschaftsbeziehungen auszuloten. Dies war ganz im Sinne der Militärjunta, die zwar die Macht im Lande, aber kein eigenes finanzökonomisches Konzept hatte. Sie hatte Interesse daran, vagabundierendes ausländisches Kapital nach Chile zu holen. Söhne der Großbourgeoisie, in den USA bei Prof. Milton Friedman (dem Vater der neoliberalen Wirtschaftspolitik) gut ausgebildet, verhalfen so dem Turbokapitalismus in Chile zu einem erfolgreichen Start.

Hauptmethode war die weitgehende Privatisierung von Industrie, Landwirtschaft,

hervor. Dennoch haben global operierende und auch nationale Finanzmultis die chilenische Wirtschaft fest im Griff. Aber Chile verfügt auch wieder über starke linke und oppositionelle Kräfte, die sich vor allem aus den ärmeren Schichten, der Jugend und Studentenschaft, den Gewerkschaften und linken Parteien rekrutieren. Sie sind jederzeit in der Lage, breite Protestaktionen gegen die Regierung und für gerechte Forderungen zu organisieren. Die Erinnerungen an die Verbrechen der Militärs und ihre Opfer motivieren dabei zusätzlich. Erfolgreiche Unabhängigkeitsbestrebungen und alternative Wirtschaftsmodelle in anderen südamerikanischen Ländern wie Kuba, Venezuela, Nicaragua und Bolivien werden aufmerksam verfolgt. Vor allem der Kampf um die Sicherung der nationalen Ressourcen und die Eindämmung oder Verhinderung ihrer Ausbeutung durch ausländische, besonders US-amerikanische, Monopole bestimmen die gesellschaftspolitischen Entwicklungstendenzen in dieser Region.

Doch wie überall in der Welt bleibt das Militär als äußerstes Mittel eine Variante der Sicherung der Macht der Monopole und ihrer imperialistischen Regime.

So sind die gegenwärtigen Bestrebungen der BRD-Regierung zur Legalisierung des Einsatzes des Militärs im Inland – gegen „Extremisten“ und „Terroristen“, wie es heißt – nicht zu unterschätzen.

Auch die deutsche Geschichte sollte uns lehren, wachsam zu sein.

Rudolf Herz  
Berlin

# Top secret: Der „Meisterschlag“ der USA gegen Venezuela

*Stella Calloni, eine argentinische Schriftstellerin und Journalistin, unbeirrbar Chronistin Lateinamerikas, enthüllte den geheimen Plan des „US-SouthCom“ vom 23. Februar, die Bolivarische Republik Venezuela zu stürzen. Die Maßlosigkeit und Brutalität des Plans schockieren. Die USA sind nicht mehr an einem Regierungswechsel interessiert, sondern an der militärischen Zerstörung des venezolanischen Staates, „am Zerquetschen der Chavisten, damit ... sich allein der Wille Washingtons durchsetzt“ (so der französische Journalist Thierry Meyssan).*

Die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten bereiten einen „Plan zur Beendigung der Diktatur von Venezuela“ vor: den „Meisterschlag“ (The Masterstroke), der bereits umgesetzt wird. Da es bei den letzten venezolanischen Wahlen nicht gelang, Präsident Nicolás Maduro mit der neuen Offensive unter Einsatz aller Medien- und Propagandamaschinen plus weiterer gewalttätiger Aktionen zu stürzen, wurde für die „Verteidigung der Demokratie“ der Plan B ausgelöst, der mehrere Länder und eine „multilaterale Kraft“ umfassen wird, um ggf. militärisch zu intervenieren. Panama, Kolumbien, Brasilien und Guyana sind die Schlüsselemente der Militäroperation, unterstützt von Argentinien und „anderen Freunden“, unter der Kontrolle des Pentagons. Die Nachbarländer Venezuelas halten auf ihren Stützpunkten Krankenhäuser und Lagerhallen für die Versorgung ihrer Soldaten bereit.

Das alles ist aufgelistet in einem elfseitigen Dokument, das die Unterschrift von Admiral Kurt Walter Tidd trägt, dem aktuellen Oberbefehlshaber des Südlichen Kommandos der Vereinigten Staaten (SouthCom).

Das Dokument analysiert die aktuelle Situation, indem es den Krieg beschreibt, der gegen Venezuela geführt wird, aber auch das perverse System der psychologischen Kriegsführung, welches die Verfolgung, die Belästigung, die Schmähung, die kriminelle Lüge erlaubt, die man verwendet, um nicht nur mit populären Führern aufzuräumen, sondern auch um die Völker der Region zu unterwerfen.

Unter Bezugnahme auf die aktuelle Situation in Venezuela erwähnt der Plan, daß die „venezolanische Chavez-Diktatur wegen ihrer internen Probleme, der großen Lebensmittelknappheit, der Erschöpfung der Einkommen aus externen Geldquellen und einer ungezügelter Korruption – welche zur Verringerung der internationalen Unterstützung führte – erschüttert wird. Die internationale Unterstützung wurde mit Petrodollars erreicht; jetzt aber sinkt der Wert der nationalen Währung konstant.“

Die Verfasser des Plans geben zu, die aktuelle prekäre Situation selbst geschaffen zu haben, und behaupten, daß diese sich nicht ändern wird. Sie rechtfertigen ihre Handlungen, indem sie versichern, die venezolanische Regierung werde neue „populistische“

Maßnahmen ergreifen, um an der Macht zu bleiben.

Es ist erstaunlich, als wie schwach sie die Opposition einschätzen, die von den USA ja selbst dirigiert, verwaltet und bezahlt wird, wenn man hört, daß „das korrupte Maduro-Regime zusammenbrechen wird, aber unglücklicherweise die Oppositionskräfte, welche die Demokratie und den Wohlstand der Bevölkerung verteidigen, nicht genügend Macht haben, um dem Alptraum Venezuelas ein Ende zu machen – wegen ihrer internen Streitigkeiten und wegen der Korruption. Sie sind auch nicht ausreichend verwurzelt, um maximalen Nutzen aus dieser Situation zu ziehen, um den Notstand zu überwinden, in den die linke Diktatur das Land geführt hat.“



Beängstigend ist, daß die Autoren des Plans die venezolanische Regierung als kriminell bezeichnen, eine Regierung, die noch nie gegen einen ihrer Nachbarn handelte und eine starke regionale und weltweite Solidarität erreicht hat. Der US-Plan behauptet, daß sich „die Demokratie in Amerika verbreitet, auf einem Kontinent, in dem der radikale Populismus kurz davor stand, die Macht zu übernehmen“. Argentinien, Ecuador und Brasilien seien Beispiele dafür. Diese „Wiedergeburt der Demokratie“ (so nennen sie es) werde durch die derzeitigen Bedingungen der Region unterstützt, die sie begünstigen. „Das ist der Moment, in dem die Vereinigten Staaten mit konkreten Handlungen beweisen sollten, daß sie in einen Prozeß eingebunden sind, in dem der Sturz der venezolanischen Diktatur sicherlich zu einem grundsätzlichen Wandel führen wird.“

Andererseits ermutigen sie Präsident Donald Trump zu handeln, weil sie denken, „es sei dies die erste Gelegenheit der Trump-Administration, um ihre Vision von Demokratie und Sicherheit zu demonstrieren und voranzutreiben“, und ihn davon zu überzeugen, daß „seine aktive Teilnahme entscheidend sei, nicht nur für die Regierung, sondern für den Kontinent und die Welt. Der Moment ist gekommen.“ Das bedeute, „den endgültigen Sturz des Chavismus und die Vertreibung seiner Vertreter zu

betreiben, die populäre Unterstützung (der Regierung) zu untergraben, die verbreitete Unzufriedenheit durch die Verstärkung des Destabilisierungsprozesses und die Verschärfung der Lebensmittelknappheit zu befördern, um eine irreversible Erschütterung des aktuellen Diktators zu erreichen“.

Wenn irgend jemand die „Kunst“ der Aufstandsbekämpfung vollkommen verstehen will, genügt es, den Teil des Dokuments zu lesen, der sich auf den Präsidenten von Venezuela, Nicolás Maduro, bezieht. Hier wird dazu aufgefordert, „ihn zu belagern, ihn lächerlich zu machen, ihn als Symbol der Unbeholfenheit und der Inkompetenz zu zeigen und ihn wie eine Marionette Kubas darzustellen“.

Aber es wird auch vorgeschlagen, „die Spaltung zwischen den Mitgliedern der Regierung zu verschärfen, indem man die Unterschiede zwischen ihren Lebensbedingungen und denen ihrer Anhänger aufdeckt und sie gleichzeitig ermutigt, diese Unterschiede weiter zunehmen zu lassen“.

Der Plan ist dazu bestimmt, schnell und entschlossen ausgeführt zu werden wie die von Mauricio Macri (Argentinien) und Michel Temer (Brasilien), den Lakaien Washingtons, ergriffenen Maßnahmen. Sie sind zwar beide mit Korruptionsskandalen belastet, wurden aber durch das Imperium zu „Führern der Transparenz“ verwandelt.

Das vom Oberbefehlshaber des Südlichen Kommandos der Vereinigten Staaten (SouthCom) unterzeichnete Dokument verlangt, die Regierung Maduros unhaltbar zu machen, indem man ihn zwingt, aufzugeben, zu verhandeln oder zu fliehen. Dieser Plan, in kürzester Zeit mit der „Diktatur“ Venezuelas aufzuräumen, orientiert darauf, „die innere Instabilität bis zu kritischen Werten zu treiben, indem man die Entkapitalisierung des Landes, die Flucht des ausländischen Kapitals und die Entwertung der nationalen Währung vorantreibt und durch die Anwendung neuer inflationistischer Maßnahmen die allgemeine Verschlechterung der Situation forciert“.

Ein weiteres Ziel ist, „alle Importe zu blockieren und gleichzeitig potentielle ausländische Investoren abzuschrecken“, um – und hier kann man wahrlich die Güte des Imperiums sehen! –, „dazu beizutragen, daß die Lage der Bevölkerung sich weiter verschlechtert“. Der Plan enthält auch einen Appell „an einheimische Verbündete wie an andere auf der nationalen Bühne tätige Personen mit dem Ziel, Proteste, Aufruhr und Unsicherheit zu schaffen sowie Plünderungen, Raub, Diebstähle, Überfälle und Entführungen von Schiffen und anderen Transportmitteln durchzuführen mit der Absicht, das Land aller Güter zu berauben – über alle Grenzen und anderen Wege hinweg –, auch um die nationale Sicherheit der Nachbarländer zu stören“. Es sei auch wichtig, „Opfer zu verursachen“ und darauf hinzuweisen, daß dafür die venezolanische Regierung verantwortlich ist, „indem man die Dimensionen der humanitären

Krise im Land in den Augen der Welt vergrößert“. Dies erfordert, mit Lügen zu arbeiten, über eine angebliche weitverbreitete Korruption unter den Führungspersonen zu sprechen und „die Regierung mit dem Drogenhandel in Verbindung zu bringen, um ihr Image sowohl vor der internationalen Öffentlichkeit als auch im Innern zu diskreditieren“. Eine Ermüdung unter den Mitgliedern der PSUV (Vereinigte Sozialistische Partei Venezuelas) gelte es zu fördern. Dissidenten sollten dazu gebracht werden, die Beziehungen zur Regierung abbrechen. Diese müsse maximal geschwächt werden.

Darüber hinaus müsse „die Desertion der qualifiziertesten Fachleute organisiert werden, um das Land seiner besten Kräfte zu berauben; das wird die innere Situation weiter verschlechtern, wofür man dann ein weiteres Mal die Regierung beschuldigen wird“.

Das Dokument ruft dazu auf, „die Offiziere der Armee als Alternative für eine endgültige Lösung zu verwenden“, indem „die Bedingungen innerhalb der Streitkräfte verschärft werden, um einen Staatsstreich vor Ende des Jahres 2018 vorzubereiten, wenn die Krise nicht genügt, den Zusammenbruch der Diktatur zu verursachen, oder wenn der Diktator sich weigert, seinen Platz zu räumen“. Bedenkend, daß alles vorher Genannte scheitern könnte, befürwortet der Plan mit einer offensichtlichen Verachtung für die venezolanische Opposition, „dauernd die Spannung an der Grenze zu Kolumbien zu schüren, den Schmuggel mit Waren anzukurbeln, die Aktivitäten der paramilitärischen Gruppen zu fördern, um bewaffnete Zwischenfälle mit den Sicherheitskräften an der venezolanischen Grenze zu provozieren“. Außerdem seien „Paramilitärs zu rekrutieren, vor allem in den Flüchtlingslagern von Cúcuta, La Guajira und im Norden der Provinz Santander, Gebiete mit einem hohen Anteil an kolumbianischen Staatsangehörigen, die nach Venezuela emigriert waren und nun zurück nach Hause kommen, auf der Flucht vor einem Regime, das die Instabilität an den Grenzen zwischen beiden Staaten erhöht hat, indem sie das von den FARC und der ELN geräumte Terrain besetzen“.

Und hier der „Fahrplan“ des endgültigen Schlages: „Das Engagement der alliierten Streitkräfte fördern, um die venezolanischen [Rebellen-]Offiziere zu unterstützen oder um die innenpolitische Krise zu steuern für den Fall, daß die Initiative sich verzögert. Den Diktator schnell daran hindern, seine Anhängerschaft noch zu erweitern, um die Lage im Land zu kontrollieren. Falls nötig, noch vor den für den April geplanten Wahlen handeln.“ In der Tat werden diese Wahlen am 20. Mai stattfinden. Die Vereinigten Staaten sowie ihre Lakaien haben im voraus bekanntgegeben, daß sie nicht daran denken, ihr Ergebnis anzuerkennen.

Das Wesentliche ist,

- „die Unterstützung der alliierten Regierungen der befreundeten Länder (Brasilien, Argentinien, Kolumbien, Panama und Guyana) erhalten



Stella Calloni und Fidel Castro

- die Versorgung der Truppen, logistische und medizinische Unterstützung von Panama aus organisieren
- guten Gebrauch von allem machen, was die elektronische und geheimdienstliche Überwachung erlaubt
- Krankenhäuser und Lager im Darién (im panamaischen Dschungel) bereitstellen
- die Drohnausrüstung des Plans Columbia ausnutzen
- die Terrains der ehemaligen Stützpunkte von Howard und Albrook (Panama) und die im Besitz von Rio Hato befindlichen verwenden
- und das für Katastrophen-Situationen und humanitäre Notlagen entwickelte Regionalzentrum der Vereinten Nationen benutzen, das eine Landebahn und eigene Läden besitzt.“

Es handelt sich offensichtlich um ein Interventionszenario, das „die Stationierung von Flugzeugen und Kampfhubschraubern, gepanzerten Fahrzeugen, Geheimdienststützpunkten und einer militärischen Logistik-Einheit (Polizei, Militärs und Gefängnisse)“ vorsieht. Man solle „die Militäroperation unter internationaler Flagge laufen lassen, mit der Zustimmung der Konferenz der lateinamerikanischen Armeen, unter dem Schutz und der Aufsicht der OAS und deren Generalsekretär Luis Almagro“.

Es gehe ferner darum, „Brasilien, Argentinien, Kolumbien und Panama zu vereinen, damit sie dazu beitragen, die Truppen zu verstärken“; ihre geographische Nähe und ihre Erfahrungen mit Operationen in bewaldeten Gebieten und im Dschungel müßten genutzt werden. „Die internationale Seite wird durch die Anwesenheit von Kampfeinheiten der Vereinigten Staaten und den bereits genannten Nationen gestärkt werden – unter dem Generalkommando der vereinten Stabschefs, die von den Vereinigten Staaten geführt werden.“

Es ist erstaunlich, wie unverfroren das alles im verborgenen vorbereitet wird, in absoluter Illegalität und im Schutz der jüngsten Manöver der Vereinigten Staaten an der Grenze zwischen Brasilien und Venezuela,

Peru und Kolumbien. Panamaische Einrichtungen sollen für die Nachhut und die Anlagen von Argentinien zur Sicherung seiner Häfen und der maritimen Positionen verwendet werden. Das Dokument empfiehlt außerdem, „die internationale Beteiligung an diesen Bemühungen im Rahmen der multilateralen Operation mit Beiträgen von Staaten, nichtstaatlichen Organisationen und internationalen Gremien zu fördern und eine angemessene Logistik, Aufklärung, Unterstützung und vor allem die wertvollsten Punkte in Aruba bereitzustellen: Puerto Carreño, Inirida, Maicao, Barranquilla und Sincelajo in Kolumbien sowie Roraima, Manaus und Boavista in Brasilien“ – eine unglaubliche Karte einer angekündigten kriegerischen Intervention!

Wichtig sei, „die allgegenwärtige Chavez-Symbolik, seine Vertreter und die Unterstützung des Volkes zum Schweigen zu bringen“, während man weiterhin den Diktator unter Druck setzt „als den allein Verantwortlichen für die Krise, in die er die Nation gestürzt hat“. Gleiches gelte für seine engsten Mitarbeiter, die man wegen der Krise und der Unmöglichkeit, aus ihr herauszukommen, anklagen müsse.

In einem anderen Absatz wird dazu aufgerufen, „die Unzufriedenheit mit dem Regime von Maduro zu intensivieren [...], die Inkompetenz der durch die Regime von Kuba und Venezuela in Kraft gesetzten Integrationsmechanismen – vor allem ALBA (Bolivarischer Völkerbund unseres Amerikas) und Petrocaribe – hervorzuheben“.

Was die Medien betrifft, orientiert der Plan auf die Verbreitung von fabrizierten Meldungen, Zeugenaussagen und Publikationen des Landes durch die Benutzung aller Veröffentlichungsmöglichkeiten, einschließlich der „sozialen“ Netzwerke, um die Notwendigkeit zu unterstreichen, daß der Situation ein Ende gesetzt werden müsse, „weil sie im wesentlichen unhaltbar ist“.

In einem der letzten Absätze des Dokuments ist die Rede davon, man müsse besonders auf die Anwendung gewaltsamer Methoden durch die „Diktatur“ verweisen, um so die internationale Unterstützung zu bekommen, unter Nutzung „aller Möglichkeiten der psychologischen Kriegsführung der US-Armee“.

Und weiter: „Die Vereinigten Staaten müssen auf interner Ebene jene amerikanischen Staaten unterstützen, die sie unterstützen, das Image dieser Staaten und die multilaterale Ordnung der Institutionen des interamerikanischen Systems als Instrumente zur Lösung regionaler Probleme aufwerten und die Idee der Entsendung von UN-Truppen fördern, um den Frieden zu erzwingen, wenn die korrupte Diktatur von Nicolás Maduro überwunden sein wird.“

Stella Calloni

(Red. gekürzt; Übersetzung:  
H. Frohlich / W. M.)



# Mlynář, Gorbatschow und das Polit-Puzzle

Die 1968 vor allem im Westen bekannt gewordenen Protagonisten des sogenannten Prager Frühlings Ota Šik, Eduard Goldstůcker, Pavel Kohout, Jiří Pelikan, Zdeněk Hejzlar, Karel Kaplan, um nur die Spitze des Eisberges namentlich zu nennen, spielten allesamt bis zum August 1968 und danach in der Emigration mit gezinkten Karten und gaben aus taktischen Gründen ihre wahren Intentionen mehr oder weniger verdeckt zu erkennen. Die Trümpfe spielten sie gezielt und koordiniert dann aus, wenn es ihnen für das Anheizen der politischen Lage im Lande opportun erschien. Die markantesten Beispiele sind das seit Februar fertig vorliegende, aber erst im April verkündete Aktionsprogramm der KPTsch, die medialen Aktivitäten von Pavel Kohout im Mai sowie das von der Führung der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften initiierte und dem Schriftsteller Ludvik Vaculik (im Juni 1968) formulierte konterrevolutionäre Pamphlet „2000 Worte“, das in der für eine Literaturzeitschrift gigantischen Tagesauflage von 300 000 Exemplaren und in allen inzwischen oppositionellen Blättern zeitgleich an einem Tage im Juni – nachdem am Vortage die Pressezensur abgeschafft worden war – veröffentlicht wurde.

Zdeněk Mlynář, Gorbatschows Studienfreund aus den 50er Jahren und Zimmerkollege seit 1950 im Wohnheim der Juristischen Fakultät der Lomonossow-Universität Moskau, war in der sozialistischen Tschechoslowakei der Spiritus rector eines Konzepts von der Transformation des sozialistischen Gesellschaftssystems in eine parlamentarische Demokratie westlichen Typs, das während des „Prager Frühlings“ in die gesellschaftliche Praxis überführt werden sollte. Nach eigenem Bekunden hatte er sich im Institut für Staat und Recht der Akademie der Wissenschaften auch mit seiner Dissertation über Machiavelli (1469–1527) aus dem Herrschaftswissen des Florentiners nötiges Rüstzeug dafür angeeignet.

Zdeněk Mlynář hielt sich seit Anfang der 60er Jahre, als er seine staatsrechtlichen Studien an der Akademie der Wissenschaften begann und später im zentralen Parteiapparat der KPTsch

fortsetzte, mit seinen Ergebnisse bedeckt. Man könnte sein Vorgehen mit einem Puzzlespiel politischen Inhalts, das Anfang der 60er Jahre begann und 1995 endete, vergleichen. 1983 und 1984 hatten sich Michail Gorbatschow und Zdeněk Mlynář wiedergefunden, um in mehreren Gesprächsrunden in Wien, Moskau und Prag Bilanz über Ergebnisse ihres politischen Wirkens zu ziehen. Aus den mitgeschnittenen Gesprächsprotokollen wählten sie jene Passagen aus, die sie aus ihrer Sicht für erhaltenswert für die Nachwelt hielten. Diese 1995 in Prag erschienene Publikation mit dem etwas sperrigen Titel „Reformer pflegen nicht glücklich zu sein“ wurde von den sonst so umtriebigen westlichen Zeithistorikern und Politologen nicht (oder kaum) zur Kenntnis genommen, obwohl sie von dem sattsam bekannten Harvard Funds gesponsert worden war. (Es existiert auch eine amerikanische Ausgabe dieses Titels.) Bis zu diesem Zeitpunkt stellte Mlynář hin und wieder von seinem von Karl Kreisky geförderten Arbeitsplatz in Innsbruck aus ein paar Kostproben seines politischen Puzzles zur Schau. So in seiner 1983 in Österreich verfaßten Schrift „Krisen und Krisenbewältigung im Sowjetblock“.

Unter „demokratischen“ Vorwänden wollte man vollendete Tatsachen schaffen, welche die Machtmechanismen des sozialistischen Staates lähmen und lahmlegen sollten, ohne dabei den Einsatz des staatlichen Gewaltmonopols zu provozieren – Konterrevolution auf Samtpfoten und von populistischer Demagogie begleitet. In einer noch bedeckten Umschreibung liest sich das bei Mlynář so: „Es handelte sich im Grunde um den Versuch, die kommunistische Partei zwar nicht dem politischen Druck auszusetzen, der sie von der Macht vertreiben könnte, aber gleichzeitig bis zu dieser Grenze den Druck auch opponierender sozialer Kräfte zuzulassen. Es handelte sich also um keine pluralistische politische Demokratie westeuropäischen Typs, aber es war gleichzeitig nicht mehr das sowjetische politische System.“ (Zdeněk Mlynář: Krisen und Krisenbewältigung im Sowjetblock, Österreichisches Institut für Internationale Politik, Monographien 1, Köln 1983, S. 59)

Mlynář hat während seiner Tätigkeit als Leiter der Rechtskommission im ZK der KPTsch nach eigenem Bekunden jahrelang Vorarbeiten geleistet, indem er die bürgerliche staatsrechtliche Terminologie über das Schulungssystem der Partei und die einschlägigen Hochschulen in die Schulungs- und Seminarpläne lancierte. Das Dialogbuch der beiden Autoren enthält eine Reihe aufschlußreicher Aussagen, die in dieser Klarheit nirgends zu finden sind: Es werden taktische Aspekte preisgegeben, um nicht die Katze aus dem Sack lassen zu müssen und Verfolgungen zu riskieren; Mlynář mußte in Rechnung stellen, daß durchaus nicht die ganze Parteiführung der KPTsch bereit gewesen wäre, seinen Weg mitzugehen.

Im Kapitel „Politischer Pluralismus – Ziel und Mittel der ‚Perestrojka‘“ führt Mlynář aus: „Als ich damals über den Weg zu einem pluralen System nachzudenken begann, dachte ich (...), daß ein solcher Weg nicht über die

Genehmigung zur Entstehung neuer politischer Parteien begonnen werden könne, mit denen dann die KPTsch in freien Wahlen in Wettbewerb um die Macht treten würde. Ich ging dabei von der Auffassung aus, daß das keine Reform, sondern politischer Selbstmord gewesen wäre. Durch den politischen Wettbewerb verschiedener politischer Parteien infolge einer Wahl konnte eine grundsätzliche Veränderung des Systems enden, aber nicht beginnen. Wir rechneten damit, daß das erst in acht bis zehn Jahren real geschehen könnte. Bis zu dieser Zeit wollten wir allerdings nicht passiv auf politischen Pluralismus warten, denn der war nicht nur Ziel, sondern gleichzeitig Mittel und Instrument demokratischer Reformen. In der ersten Etappe bedeutete das, alle möglichen Formen weltanschaulichen Meinungsstreits zuzulassen, verschiedenen sozialen Gruppen zu ermöglichen sich zu äußern und am politischen Entscheidungsprozeß teilzunehmen (über Interessenorganisationen, von den Gewerkschaften bis zu Organisationen der Jugend und der Frauen, über die kommunale Selbstverwaltung in Gemeinden und Regionen sowie über die Selbstverwaltung der Arbeitskollektive in den Unternehmen), die Freiheit der Meinung und der Versammlung usw. zu garantieren. Und erst danach, nachdem diese Formen des Pluralismus die angehäufteten Widersprüche abgeschwächt hätten, die Gesellschaft sich daran gewöhnt hätte, in der politischen Praxis demokratisch zu handeln, d. h. für die Zeit von ungefähr zwei Legislaturperioden hielt ich es für möglich, freie Wahlen unter den herrschenden und oppositionellen politischen Parteien durchzuführen.

Bis zu diesem Zeitpunkt würden sich innerhalb der KPTsch verschiedene ideologische Strömungen, Plattformen oder Fraktionen herausbilden, und das innere Leben unterlag nicht mehr den Grundsätzen des sogenannten Demokratischen Zentralismus. Die Partei würde sich zu einem Organismus sozialdemokratischen Typs entwickeln, wäre aber eingebunden in den Rahmen des anerkannten Reformprogramms. Auch die vorhandenen, eventuell neu entstandenen nichtkommunistischen Parteien müßten politisch und organisatorisch in den Rahmen der Nationalen Front und ihres Reformprogramms eingebunden sein. Das wäre selbstverständlich eine offensichtliche Einschränkung politischen Pluralismus', es wäre kein totalitäres, sondern ein demokratisches System. Das sollte im wesentlichen die Erneuerung des Modells des politischen Systems in der Tschechoslowakei aus den Jahren 1945 bis 1948 werden.“ (S. 94) Dagegen wendet Gorbatschow mit einem Anflug von Realismus ein (S. 95): „Deine Überlegungen haben zwar Logik, aber dessen ungeachtet können wir nicht behaupten, daß das gerade so im Leben ablaufen könnte. Da genügt es nur, an den Sommer des Jahres 1968 zu erinnern, der schon anders war als der Frühlingsanfang. Ich bezweifle sehr, daß es Euch gelungen wäre, den Verlauf des tatsächlichen Prozesses so zu regulieren, daß sich der Pluralismus mit oppositionellen Parteien erst



nach zehn Jahren durchgesetzt hätte. Nein, diese Parteien wären einfach von selbst entstanden.“

Und was von beiden Autoren gar nicht erst erwähnt wird: Es wurden zehn Jahre innenpolitischer Turbulenzen in der Tschechoslowakei billigend in Kauf genommen, von deren möglichen Ausstrahlungen auf die benachbarten sozialistischen Länder mal abgesehen. Aus der Kenntnis der Schätze zeithistorischer Archive ist inzwischen bewiesen, daß

die Dubček-Führung und ihre Protagonisten durchaus eine militärische Lösung im Kalkül hatten. Eine politische Auseinandersetzung mit längst offen operierenden konterrevolutionären Kräften lehnten sie ab. Es hätte die Inanspruchnahme des legitimen Gewaltmonopols bedeutet. Das jedoch war von der an der Macht befindlichen Partei- und Staatsführung damals nicht gewollt.

Zdeněk Mlynář hat in seiner letzten Publikation zur Frage der Gewalt 1968 letztmalig

Fraktur geredet „Wir konnten der sowjetischen Intervention zuvorkommen, wenn wir nicht versucht hätten, das System grundsätzlich zu verändern, sondern es nur bei irgendwelchen kosmetischen Korrekturen belassen hätten. Dann hätte es am ehesten keinen August 1968, aber auch keinen Prager Frühling gegeben.“

Klaus Kukuk  
Berlin

## NSU – Einzeltäter? Methode und Tradition

Der Feind steht links. Der erste NSU-Prozeß – Revisionen sind angekündigt – belegt das indirekt. Das Urteil vom 11. Juli kam zustande, weil der Ermittlungseifer in höheren Polizei-, Geheimdienst- und Justizkreisen nahezu erlischt, wenn es um neofaschistischen Terror geht. Es galt die Maxime, die der Anwalt der Nebenklage Mehmet Daimagüler in einem „RBB“-Interview so formulierte: „Wenn man dem Staat gefährlich nahe kam, hörte die Aufklärung auf.“

„Deutschlandfunk“-Korrespondent Michael Watzke hatte nur noch Hohn übrig: „Daß ein V-Mann-Führer wie Andreas Temme, der beim Mord an Halit Yozgat in Kassel anwesend war, ‚sachlich, nachvollziehbar und plausibel seine Wahrnehmungen am Tatort geschildert‘ habe – diese Erkenntnis hat das OLG München ziemlich exklusiv.“

Zudem: Kümmerst sich irgendeine „Sicherheitsbehörde um die seit 1990 von Neonazis Ermordeten und Totgeschlagenen, wahrscheinlich etwa 200? Ja, man vertuscht und verschleppt intensiv.

Wo die Dinge so liegen, bedeutet das zugleich: Je wilder sich Politiker nach dem Zusammenstoße auslösenden Polizeieinsatz beim G20-Gipfel vor einem Jahr in Hamburg äußerten, desto drastischer die Urteile gegen tatsächliche oder vermeintliche Linke, desto zärtlicher der Umgang mit den von V-Leuten gepöppelten Neonazis. Das hat Methode und Tradition: Das KPD-Verbot war 1956 auch nötig, damit ein Hans Globke, der die faschistischen „Rasse“gesetze entworfen hatte, weiter im Bundeskanzleramt der höchste Beamte der BRD bleiben konnte. Leute wie Globke waren Anlaß für die Aussage des damaligen hessischen Generalstaatsanwalts Fritz Bauer, er betreue feindliches Ausland, wenn er sein Dienstzimmer verlasse. Ausschließlich diesem Justizaußenseiter ist zu verdanken, daß 1963 der Auschwitz-Prozeß in Frankfurt am Main beginnen konnte. Die Strafen fielen mild aus. In dem Land, in dem kein Richter des „Volksgerichtshofes“ vor Gericht gestellt wurde, galt folgerichtig in den 70ern als Staatsfeind, wer als „Sympathisant“ der RAF auf eine schwarze Liste gesetzt wurde. Sympathie mit Sozialismus führte mindestens zum Berufsverbot. Jeder Stein wurde in den RAF-Prozessen umgedreht, um das „Umfeld“ aufzuklären. Seit 1990 herrscht Verfolgungswut gegen engagierte DDR-Bürger, die mit Hilfe der Strafjustiz und mit Terrorurteilen in Sozial- und Arbeitsrechtsverfahren niedergehalten wurden. Wer die DDR-Staatsführung der Strafjustiz zuführt, will Neonazis, die auf Rechnung des Verfassungsschutzes arbeiten und deren Ideologie nun im Bundestag angekommen ist, nicht ernsthaft verfolgen – Sündenböcke ausgenommen.

Einen Fritz Bauer gibt es heute nicht. „Erhalt der Nation“, ein NSU-Programmpunkt, wird

gesellschaftlicher Konsens. Der bürgerliche Reichskanzler Joseph Wirth erklärte nach dem Faschistenmord an Außenminister Walter Rathenau 1922, der Feind stehe rechts. Das gilt in dieser Bundesrepublik nach dem NSU-Prozeß weniger denn je.

Arnold Schölzel

Die „Föderation demokratischer Arbeitervereine“ zu den Urteilen

Zeynep Sefariye Eksi, Vorsitzende der türkisch-kurdischen „Föderation demokratischer Arbeitervereine“ (DIDF), sagte zum Ausgang des Prozesses: „Das Gericht ist mit den Urtei-



Die DIDF demonstrierte in München gegen das Vergessen. (Foto: DIDF-Jugend)

len weit unter den geforderten Strafen geblieben. Das finden wir falsch und ein schlechtes Zeichen an die migrantische Bevölkerung in Deutschland, deren Vertrauen in den deutschen Staat tieferschüttert wurde, als Details der NSU-Morde und die Verstrickung der deutschen Polizei- und Staatsschutzbehörden darin an die Öffentlichkeit gelangten (...) Wir haben bereits seit Beginn der Prozesse wiederholt kritisiert, daß die Rolle des Verfassungsschutzes beim Aufbau, bei der Finanzierung und bei der Planung und Durchführung der Morde lückenlos aufgeklärt werden müßte, um das Vertrauen wiederzuerlangen. Jedoch hat der Prozeß mehr Fragezeichen hinterlassen als Antworten gegeben. Der Verfassungsschutz als Staatsorgan ist tiefer in die Morde verwickelt, als zugegeben wurde, massenweise sind Akten unnötig geschreddert worden, und viele sind dauerhaft unter Verschuß. Unter einer lückenlosen Aufklärung, wie das von Kanzlerin Merkel versprochen wurde, verstehen wir etwas anderes!“



Plakat: Siegfried Lachmann

# Vor 50 Jahren wurden die Notstandsgesetze beschlossen

Meine Eltern sprachen darüber. Meine Großeltern auch. Die ganze Familie, die Nachbarn und deren Familien. Wenn Krieg kommt, sollte der VW Käfer meines Vaters als Militärfahrzeug eingezogen werden, sagten sie. Wenn Krieg kommt, müßte mein Großvater an die Front (wo auch immer). Und es gebe bald Krieg, sagten sie. Da seien sie sich ganz sicher. Der schöne VW. Mein armer Opa ... Es gab keinen Krieg damals in den 60er Jahren, mit dem Volkswagen fuhren wir noch jahrelang in Urlaub, und mein Großvater grub seinen Garten um und hob keine Schützengräben wo auch immer aus. Mittlerweile gibt es den Käfer nicht mehr, und Großvater ist schon lange tot. Die Notstandsgesetze gibt es noch. Beschlossen wurden sie in Westdeutschland vor 50 Jahren. Karl Jaspers sagte über sie, sie raubten „dem Volk die ihm verbliebenen legitimen, dann aber nicht mehr legalen Mittel des Widerstands“. Was folgte, war aber erst mal Widerstand: die Studentenunruhen, die APO und letztlich die RAF. Heute schweigen viele Studenten, die APO verirrt sich beim Marsch durch die Institutionen, und die RAF ist Geschichte. Die Notstandsgesetze sind geblieben.

Vom Verteidigungsfall war die Rede, vom Spannungsfall. Regierung und letztlich der Kanzler (die Kanzlerin) sollten bei innerer oder äußerer Gefahr elementare Grundrechte suspendieren können. Ins Ermessen gestellt wurden damit: Inhaftierung ohne richterliche Haftprüfung, Aufhebung der Pressefreiheit sowie des Post- und Telefongeheimnisses, Erlass von Notverordnungen, Stillelegung der Verfassungsgerichtsbarkeit, Beschränkung der Rechtsmittel, Einberufung zu Zivildienst, Verlust des Streikrechts, allgemeine Gehorsamspflicht und Zuweisung von Aufenthaltsorten. Das empörte die Westdeutschen so sehr, daß es zum Unerhörten kam: Zum ersten und bisher einzigen Mal gingen Studenten und Professoren, Arbeiter und Angestellte, Gewerkschafter und Politiker, Kommunisten und Konservative gemeinsam auf die Barrikaden. Schüler, die das Schlimmste vor sich sahen, taten sich mit Rentnern zusammen, die das Schlimmste, das die Gesetze verhießen, gerade mal 25 Jahre hinter sich hatten.

Am 24. Juni 1968 wurde verabschiedet, was fast genau ein Jahr zuvor in Westberlin zum Tod des Studenten Benno Ohnesorg geführt hatte. Dieser Tag, der 2. Juni 1967, war die Generalprobe, die um 20.09 Uhr mit dem Kommando „Knüppel frei!“ als das bis dahin größte Notstandsmanöver begann. 20 Minuten später wurde Ohnesorg von einer Polizeikugel getroffen, um 21 Uhr war er tot. Berlins Regierender Bürgermeister Heinrich Albertz (SPD) dankte wenige Tage später der Polizei für die „geübte Zurückhaltung“ bei der Demonstration gegen den Besuch von Persiens Shah Reza Pahlawi und verhängte ein generelles Demonstrationsverbot über die Stadt. Für die schwangere Witwe des Opfers fand er kein Wort des Bedauerns. Ein

„Kollateralschaden“ eben ... Der Weg war frei für die Notstandsgesetze.

Möglich wurden die Notstandsgesetze erst mit der ersten großen Koalition von CDU und SPD. Bundeskanzler war damals der Christdemokrat Kurt Georg Kiesinger, 1933 mit der Mitgliedsnummer 2 633 930 als Mitglied der NSDAP registriert, im Laufe seiner NS-Karriere Ansprechpartner von Joseph Goebbels und als stellvertretender Leiter der Rundfunkpolitischen Abteilung zuständig für die Überwachung und Beeinflussung sogenannter Feindsender. Sein Koalitionspartner Willy Brandt mußte miterleben, wie Kiesinger mit dem Ausruf „Ich sage nur: China, China, China!“ die kommunistische Gefahr beschwor. Als Kiesinger am 7. November 1968 auf dem CDU-Parteitag von Beate Klarsfeld wegen seiner Nazi-Vergangenheit geohrfeigt wurde, erhielt sie eine Gefängnisstrafe ohne Bewährung, er jedoch blieb noch fast ein Jahr im Amt. Sein Nachfolger Brandt wollte „mehr Demokratie wagen“. Doch was kam, war zunächst der Radikalerlaß – das Berufsverbot vornehmlich für Kommunistinnen und Kommunisten im staatlichen Dienst. Sie durften ab 1972 kein Lehramt bekleiden, nicht Lokomotivführer werden und keine Post austragen. Gesinnungsschnüffelei zerstörte Existenzen, wobei es schon ausreichte, sich kritisch zu den Notstandsgesetzen verhalten zu haben. Oder im Verdacht zu stehen, die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ – zu der auch die Notstandsgesetze gehören – nicht vorbehaltlos als unveränderbar anzuerkennen. Kommunistinnen und Kommunisten und anderen, die an der Unfehlbarkeit des bundesrepublikanischen Nachkriegswegs zweifelten, wurde immer wieder gerne empfohlen: „Geht doch nach drüben, wenn's euch hier nicht paßt!“ Und die Mehrheit nahm das hin. Seit am 31. Oktober 1962 der damalige Innenminister Hermann Höcherl (CSU) einen dem letztlich beschlossenen Notstandsgesetz sehr nahe kommenden Entwurf vorgelegt hatte, waren Einschränkungen der Freiheit, der Meinung, der Persönlichkeit mehr und mehr als normaler Bestandteil der BRD hingenommen worden. Und deshalb wurde ab den 70er Jahren auch weniger und weniger über die Notstandsgesetze, deren Einführung kurzzeitig zu einem verzweifelten Aufschrei geführt hatte, gesprochen. Sie waren da – niemand bemerkte sie, da sie offiziell nie angewandt wurden.

Aber sie wurden ausgebaut. Ebenso unbemerkt, ebenso inoffiziell. Der Ausbau macht sie überflüssig, denn der Ausbau hat das Rigide, das Perfide der Notstandsgesetze längst überholt. Es braucht keinen Verteidigungsfall, keinen Spannungsfall mehr, um die Kommunikation zu überwachen und auszuwerten. Während Nazis demonstrieren, werden Gegendemonstranten festgesetzt, selbst Aufrufe zum Widerstand gegen Faschisten werden immer wieder mit Geld- und Haftstrafen geahndet. Wozu muß noch

vom Verteidigungsfall geredet werden, wenn Deutschland sich doch schon seit Jahren an Kriegen beteiligt? Der Gedanke, die Bundeswehr bei Streiks einzusetzen, bei Unruhen an Fußballstadien – er löst kaum noch Empörung aus. Der Notstand hat sich eingeschlichen, wir leben in ihm, als sei er Normalität. Das ist der eigentliche Notstand, für dessen Behebung es aber kein Gesetz gibt.

Die Verabschiedung der Notstandsgesetze beendete vordergründig das, was ihre Ankündigung überhaupt erst ermöglichte. Da war der Schulterschluß zwischen Sozialistischem Deutschem Studentenbund (SDS) und Gewerkschaften möglich, da sammelten sich spontan 70 000 Menschen zu einer Demonstration in Bonn, da standen Millionen an der Seite von Kommunistinnen und Kommunisten und anderen Demokraten. Weil es um ihre Rechte, um ihre Freiheit ging. Als diese Freiheit dann hinter den Paragraphen der Notstandsgesetze stückweise verschwand, regte das nicht zu mehr Widerstand an, sondern führte zu Resignation, zu Wut und Zersplitterung. Die Solidarität hatte verloren, niedergeknüppelt von denen, die politisch und wirtschaftlich die Stärkeren waren.

Das hat Tradition in Deutschland. Am 30. Januar 1933 vereidigte Reichspräsident Paul von Hindenburg den Faschisten Adolf Hitler als Reichskanzler und sanktionierte damit dessen Machtübernahme. Genau vier Wochen später unterzeichnete der greise Militarist die Verordnung „zum Schutze von Volk und Staat“, mit der die Grundrechte der Weimarer Verfassung außer Kraft gesetzt wurden – „zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“. Hatte Hitler gesagt, die Verfassung schreibe ihm und den Seinen „nur die Methoden vor, nicht aber das Ziel“, war es bei den Notstandsgesetzen drei Jahrzehnte später umgekehrt. Sie manifestieren die Methoden, mit denen die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ als Ziel gewahrt bleiben soll. Daß diese Grundordnung nichts anderes ist als Stärkung und Ausbau des Kapitalismus, steht nirgendwo – es soll als selbstverständlich erscheinen. So selbstverständlich, daß kaum noch etwas hinterfragt wird in diesem Land. Auch nach 1933 wurde nichts mehr hinterfragt – und wenn, dann heimlich. Menschenrechtsnotstand!

Was könnte, was sollte hinterfragt werden? Warum Privatsphäre und Meinungsfreiheit plötzlich nichts mehr wert sein sollen, zum Beispiel. Was die Bundeswehr (gegründet als Verteidigungsarmee und inzwischen wieder in vielen Ländern der Welt im Einsatz) im Inland mit Ruhe und Ordnung zu tun haben soll, zum Beispiel. Und vor allem: Wie muß konkret die Situation aussehen, in der diese Gesetze angewandt werden?

Aber Formulierungen, die nebulös bleiben, werden nicht hinterfragt. Nicht zuletzt aus Angst, eine konkrete Erläuterung hören zu müssen. Was sind „organisierte und militärisch bewaffnete Aufständische“? Sind das

Wehrsportgruppen mit Waffenlagern? Was es die RAF? Ist es die organisierte Kriminalität? Darüber schweigt das Gesetz. Damit die Bevölkerung weiterhin schweigt?

Ebenso nicht die Rede ist von anderen Bedrohungen der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“. Es ist weder freiheitlich noch demokratisch, Antifaschistinnen und Antifaschisten erkenntungsdienslich zu behandeln, wenn sie sich Nazis in den Weg stellen. Es widerspricht sowohl Freiheit als auch Demokratie, wenn die von Ex-Familienministerin Kristina Schröder (CDU) eingeführte „Extremismusklausel“ angewandt wird, obwohl sie 2012 vom Dresdner Verwaltungsgericht für rechtswidrig erklärt wurde. Wer entscheidet, was extrem ist? Jemand, der Kommunistinnen und Kommunisten mit Faschisten gleichsetzt, indem er beide willkürlich als gleich extremistisch bezeichnet? Davon ist, wie gesagt, keine Rede. Erklärungsnotstand!

Die Notstandsgesetze, so wie sie bestehen, werden nicht umgesetzt. Aber ihr Geist wird nicht nur zur Handlungsgrundlage der Herrschenden und ihrer Helfer gemacht, sondern extrem verschärft. Kommunistinnen und Kommunisten werden beobachtet – und mit ihnen Ungezählte aus ihrem Umfeld. Widerstand gegen soziale Ungerechtigkeit wird als nicht verfassungskonform niedergemacht. Beim G8-Gipfel in Heiligendamm wurde 2007 die Bundeswehr im Inland eingesetzt, Aufklärungs-Tornados donnerten in weniger als 150 Metern Höhe an einem Demonstranten-Zeltlager vorbei, neun Fennek-Panzerspähwagen fuhren auf. Notstand?

Wollte und will man vorsorgen für den Fall, daß die sozialen Verhältnisse zu Widerstand führen? Ein Staat, der Notstandsgesetze wie am Fließband produziert – die Gesetze beginnen alle mit „Zur Sicherstellung von ...“, und dann folgen Telekommunikation, Postwesen oder sogar „Leistungen auf dem Gebiet der gewerblichen Wirtschaft sowie des Geld- und Kapitalverkehrs“ – dieser Staat mißtraut seinen Bürgern. Weil er weiß, daß irgendwann auffällt, wie er den kapitalistischen Bogen überspannt? Nach Annahme der Notstandsgesetze 1968 wollte Franz Josef Strauß den „Großraum Europa“ schaffen, indem er den Status quo vom Atlantik bis zum Schwarzen Meer zugunsten des kapitalistischen Westens zu verändern beabsichtigte. Für diejenigen, die sich dem entgegenstellten, fand sich immer ein Gesetz, mit dem sie stumm gemacht werden konnten. Die Notstandsgesetze waren nur die Bündelung dieser Disziplinierungskeulen.

Es war und ist die Aufgabe von Kommunistinnen und Kommunisten, die bestehenden Verhältnisse zu verändern. Sie zu hinterfragen, sie dialektisch zu analysieren und Alternativen zu prüfen. Die Notstandsgesetze sind nicht nur Teil der bestehenden Verhältnisse, sie sind Fundament und Bollwerk des Kapitals und der Herrschenden. Wer sie liest, wird feststellen: Es gibt Verhältnisse, die durch sie gesichert werden sollen, und es gibt Menschen, Vorgänge, Gesellschaftsmodelle, die diese bestehenden Verhältnisse gefährden. Was wir von den bestehenden Verhältnissen zu halten haben, ergibt sich aus den Umständen, in denen die Menschen leben.

Als Arbeitsameisen, als Bittsteller, als ausgegrenzte Mehrheit in einer Welt, die von einer Minderheit zum Wohlgefallen Weniger gestaltet und verteidigt wird.

Wohin die 1933 unterzeichnete Verordnung „zum Schutze von Volk und Staat“ geführt hat, wissen wir. Wohin die 1962 gezeugten und 1968 geborenen Notstandsgesetze und deren Paragraphen-Kinder und -Enkel geführt haben, wissen wir auch. Nach rechts. In Verhältnisse, in denen die Genehmigung eines Nazi-Aufmarschs schwerer wiegt als Widerstand gegen Faschisten. In denen der Kapitalismus immer hungriger nach immer mehr Kapital schreit und diejenigen, die sich dem widersetzen oder die ganz einfach nicht mehr können, mit Hartz-IV-Gesetz und Ausgrenzung aus der gesellschaftlichen Teilhabe erpreßt werden. Zuerst wird die Solidarität im engsten Umfeld zerstört, dann folgt die Zerschlagung internationaler Solidarität. Der Kapitalismus will sein Versagen

vertuschen, indem er mit Notstandsgesetzen vorgaukelt, daß, wer ihn infrage stellt, die gesamte Gesellschaft infrage stellt, und eben dies durch Gesetze verhindert werden soll. Dabei ist es umgekehrt: Die Notstandsgesetze stellen die Gesellschaft infrage. Sie wandten und wenden sich gegen etwas, das u. a. durch ihre Einführung erst entstand: Widerstand.

Ein wirkliches Notstandsgesetz würde die Menschen schützen, nicht das Kapital.

Notstand ist für immer mehr Menschen, wie sie ihr Leben fristen im Kapitalismus. Notstand ist gegeben, wenn einzelne immer reicher werden durch die Arbeit vieler, die immer ärmer werden. Notstand bedeutet, daß etwas nicht stimmt im System. Der Kapitalismus stimmt nicht – wir leben im Notstand. Um diesen Notstand zu beheben, brauchen wir keine Gesetze. Sondern eine Alternative: den Sozialismus.

**Harald W. Jürgenson**  
Neukirchen

## Polizeigesetzgebung der Bundesländer – Stand: Juli 2018

*Am 27. April 2017 verabschiedete der Bundestag ein damals zu wenig beachtetes neues BKA-Gesetz. Jetzt ziehen die Länder nach. Das einzig Positive an dieser Entwicklung: Erstmals seit Jahrzehnten regt sich breiterer Widerstand. 40 000 demonstrierten am 10. Mai gegen das bayerische Polizeiaufgabengesetz, 20 000 gingen am 7. Juli gegen das nordrhein-westfälische Polizeigesetz auf die Straße ...*

**Baden-Württemberg:** verabschiedet am 15. 11. 2017 (LT-Drs. [Landtags-Drucksache] 16/3011 v. 15. 11. 2017): Aufenthaltsanordnung, Kontaktverbot und EAÜ (elektronische Aufenthaltsüberwachung / Fußfessel); TKÜ (Telekommunikationsüberwachung) samt Quellen-TKÜ; „intelligente“ Videoüberwachung; Explosivmittel

**Bayern:** Gefährderüberwachungsgesetz, verabschiedet am 24. 7. 2017 (LT-Drs. 17/16299 v. 4. 4. 2017); weitere PAG-Novelle, verabschiedet am 15. 5. 2018 (LT-Drs. 17/20425 v. 30. 1. 2018): Aufenthaltsanordnung, Kontaktverbot, EAÜ und Präventivhaft; Anpassung an BKAG-Urteil; Quellen-TKÜ, Online-Durchsuchung; weiterer Ausbau von Überwachungsbefugnissen; Explosivmittel

**Berlin:** angeblich in Planung, aber Differenzen in der rot-rot-grünen Koalition

**Brandenburg:** Entwurf noch nicht öffentlich; geplant: Aufenthaltsanordnung, Kontaktverbot, EAÜ und Präventivhaft; Anpassung an BKAG-Urteil; Quellen-TKÜ, Online-Durchsuchung; Ausbau von Überwachungsbefugnissen; Explosivmittel

**Bremen:** Entwurf des Innensenats v. 15. 12. 2017, vorerst zurückgezogen

**Hamburg:** geplant

**Hessen:** verabschiedet am 21. 6. 2018 (LT-Drs. 19/6527 neu v. 13. 6. 2018, Art. 3): Anpassung an BKAG-Urteil; Quellen-TKÜ und Online-Durchsuchung; Aufenthaltsanordnung, Kontaktverbot und EAÜ

**Mecklenburg-Vorpommern:** verabschiedet am 14. 3. 2018 (LT-Drs. 7/1320 v. 7. 12. 2017): Aufenthaltsanordnung, Kontaktverbot und EAÜ; Body-Cams

**Niedersachsen:** Entwurf (LT-Drs. 18/850 v. 8. 5. 2018): Aufenthaltsanordnung, Kontaktverbot, EAÜ und Präventivhaft; Anpassung an BKAG-Urteil; Quellen-TKÜ und Online-Durchsuchung; Meldeauflagen; Body-Cams

**Nordrhein-Westfalen:** Entwurf (LT-Drs. 17/2351 v. 11. 4. 2018): Aufenthaltsanordnung, EAÜ und Präventivhaft; TKÜ samt Quellen-TKÜ; Ausweitung der Videoüberwachung; Taser; Schleierfahndung

**Rheinland-Pfalz:** verabschiedet am 21. 6. 2017 (LT-Drs. 17/2895 v. 26. 4. 2017): Anpassung an BKAG-Urteil; Quellen-TKÜ und Online-Durchsuchung; Body-Cams

**Saarland:** Entwurf wird demnächst erwartet

**Sachsen:** Referentenentwurf v. 10. 4. 2018: Aufenthaltsanordnung, Kontaktverbot und EAÜ; Anpassung an BKAG-Urteil; Meldeauflagen; TKÜ; „intelligente“ Videoüberwachung; besondere Waffen und Explosivmittel

**Sachsen-Anhalt:** Entwurf (LT-Drs. 7/2402 v. 29. 1. 2018) in der Ausschußberatung: Aufenthaltsanordnung und EAÜ; Meldeauflagen

**Schleswig-Holstein:** Gesetz soll noch 2018 geändert werden, bisher kein Entwurf

**Thüringen:** keine Änderung beabsichtigt

# Die AfD ist eine Kriegspartei

## „Ja zur hemmungslosen Aufrüstungspolitik“

Unverzichtbarer Bestandteil der aggressiven Politik der NATO ist das Ziel, daß alle Mitgliedsländer der NATO bis spätestens 2024 zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Rüstung ausgeben. Dies würde für Deutschland nach einer Untersuchung der Stiftung Wissenschaft und Politik bis 2024 circa 80 Milliarden bedeuten, für die NATO angesichts des wahnsinnigen Aufrüstungskurses – besonders der USA unter Präsident Trump – mehr als eine Billion. Die sozialen Auswirkungen wären verheerend. Weitere Aggressionen gegen Rußland hätten eine starke materielle rüstungsintensive Basis, ein großer Krieg wäre nicht auszuschließen.

Die AfD unterstützt programmatisch und durch ihr Abstimmungsverhalten diese Politik, ja sie ist gar nicht so weit von Trump entfernt, der die Zahl vier Prozent des BIP für Rüstung in die Diskussion gebracht hat.

Die Fraktionsvorsitzende Alice Weidel forderte am 5. Juli 2017: „Deutschland muß deutlich mehr investieren in die Landesverteidigung. Und wir müssen unseren internationalen Verpflichtungen nachkommen, beispielsweise mindestens zwei Prozent unseres Bruttoinlandsprodukts jährlich in die Verteidigung zu investieren.“

Der verteidigungspolitische Sprecher der Bundestagsfraktion Rüdiger Lucassen forderte am 15. Mai eine Steigerung auf 70 Milliarden Euro bis 2025. Die AfD steht damit in prinzipieller Opposition zu dem Aufruf der Friedensbewegung „Abrüsten statt aufrüsten!“, der bisher schon über 70 000 Unterzeichner fand.

## „Ja zu einer angriffsfähigen, auferüsteten Bundeswehr“

Wir erleben zur Zeit die stärkste Aufrüstung der Bundeswehr seit ihrer Gründung in den 50er Jahren. Sie wird mit modernsten Waffen für Interventionskriege und zum weiteren „Vormarsch nach Osten“ aus- und umgerüstet. Die europäische Militarisierung und die Schaffung eines eigenen deutschen/europäischen militärisch-industriellen Komplexes (MIK) ist Regierungspolitik. Dies findet die uneingeschränkte Unterstützung der AfD. Ja, ihr geht dieser Aufrüstungskurs nicht schnell und konsequent genug voran. Immer wieder plädiert sie für eine „starke Bundeswehr“. Im Leitantrag an den AfD-Parteitag 2015 wurde formuliert: Die Bundeswehr „muß eine gründliche, kriegs- und einsatzorientierte Ausbildung ermöglichen“.

Im Wahlprogramm 2017 zur Außen- und Sicherheitspolitik ist die Stärkung der Bundeswehr programmatisch festgeschrieben. „Die AfD fordert die Rückkehr der Streitkräfte zur Einsatzbereitschaft. [...] Die deutschen Streitkräfte sind so zu reformieren, daß deren Einsatzbereitschaft auch bei Einsätzen mit höchster Intensität gewährleistet ist. Dazu sind umfangreiche strukturelle, personelle und materielle Veränderungen unabdingbar.“ In logischer Konsequenz fordert die AfD die Wiedereinsetzung der Wehrpflicht, die

undemokratische Zwangsverpflichtung junger Menschen zum Kriegsdienst. Nur in Ausnahmefällen soll Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen möglich sein. Ihr verteidigungspolitischer Sprecher Rüdiger Lucassen spricht sich für die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht und für die Aufstellung eines Reservistenkorps nach dem Vorbild der amerikanischen Nationalgarde

dem MIK. Hier eine unvollständige Zusammenstellung ihrer Mitglieder im Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages:

- Berengar Elsner von Gronow: Reserveoffizier der Marine; hat 2015 ein NSDAP-Gedicht über gefallene Wehrmachtssoldaten auf Facebook geteilt
- Jens Kestner: ehemaliger Oberfeldwebel
- Hans-Rüdiger Lucassen: ehemaliger Oberst im Generalstab, jetzt Geschäftsführer eines Rüstungsberatungsunternehmens, das unter anderem Geschäfte mit Saudi-Arabien macht
- Ralf Nolte: ehemaliger Berufssoldat; Nähe zu rechtsextremer Szene
- Gerold Otten: Major a. D., „Eurofighter Sales Director“ bei „Airbus Defence and Space“

## „Ja zur Rüstungsforschung“

Die Erhöhung des Wehretats allein reicht der AfD nicht, sie fordert noch mehr finanzielle Mittel zur Förderung der deutschen Rüstungsindustrie, um die „wehrtechnischen Fähigkeiten“ zu entwickeln, „um in Schlüsseltechnologien unabhängig zu bleiben, mit der Weltspitze Schritt zu halten“. Anträge für ein Verbot von Rüstungsexporten und eine Beschränkung auf konventionelle Rüstung wurden abgelehnt. Die AfD will dagegen die Rüstungsforschung an Hochschulen und Forschungseinrichtungen intensivieren. In einem Flugblatt der „Jungen Alternative – Hochschulgruppe Kassel“ heißt es: „Die Forschungen der Rüstungsindustrie von heute stellen die Schlüsseltechnologien von morgen dar. Genaugenommen kann man das Militär und die Rüstungsindustrie auch als Technologiemotor Nummer 1 bezeichnen. Einem Verbot von Forschungsprojekten, deren Entwicklungen letztendlich auch in der Rüstungsindustrie Anwendung finden, ist deshalb eine klare Absage zu erteilen. Deshalb sprechen wir uns ausdrücklich gegen die Zivilklausel an der Universität Kassel aus.“



Friedens-Säule in Münster, 2018

Foto: r-mediabase.eu

aus, das auch im Rahmen der Amtshilfe im Inland eingesetzt werden kann. Die logische Konsequenz dieser Politik der inneren Militarisierung ist die demokratiefeindliche und gegen Streiks und Proteste gerichtete Forderung nach dem Einsatz der Bundeswehr im Inneren, so unter anderem in einer kleinen Anfrage der Fraktion vom 16. Mai.

## „Die Bundeswehr soll wieder Schule der Nation werden.“

„Der Auftrag der Bundeswehr ist Verpflichtung für jeden Staatsbürger“, heißt es im Programm der AfD, „die Bevölkerung soll sich mit ‚ihren Soldaten‘ und ‚ihrer Bundeswehr‘ identifizieren, das Bewußtsein für die wehrhafte Demokratie wiederbelebt werden“. Die AfD unterstützt deshalb auch die Bundeswehrwerbung an Schulen und Bildungseinrichtungen.

Diese begeisternde Zustimmung zu einer Bundeswehr ohne „Weichlinge“ und „Weicheier“ (AfD-Formulierungen) läßt sich unschwer auch mit dem Personal der AfD erklären. Führende Vertreter kommen aus der Bundeswehr oder

## „Ja zu Killerdrohnen für die Bundeswehr“

Drohnen töten vor allem Zivilisten, sie sind völkerrechtswidrig und kostenintensiv. Die Anschaffung der bewaffnungsfähigen Drohnen für Deutschland kostet circa eine Milliarde Euro.

Die AfD-Fraktion verwies in der Bundestagsdebatte am 14. Juni darauf, daß es eine dringende Notwendigkeit für die Beschaffung bewaffneter Drohnen gäbe. Diese Hochwerttechnologie sei für die Erstellung des Luft-/Lagebildes erforderlich. Aus Sicht der AfD-Fraktion bestehe keine andere völkerrechtliche Einordnung im Vergleich zu bewaffneten Kampfflugzeugen. Zudem könnten durch den Einsatz einer Drohne Kollateralschäden reduziert werden. Georg Pazderski, Berliner AfD-Landesvorsitzender, Oberst a. D. und Mitglied des Deutschen Bundestages, forderte schon im April, es sollten – und zwar so schnell wie möglich – bewaffnete Drohnen angeschafft werden.

## „Ja zu Auslandseinsätzen“

Die deutsche Beteiligung an Interventionskriegen ist ein Kennzeichen der neuen

imperialen Außenpolitik des wiedervereinigten Deutschlands. Niemals Menschenrechte, immer aber ökonomische und geopolitische Interessen standen und stehen hinter diesen völkerrechtswidrigen Kriegsbeteiligungen. Die AfD lehnt diese nicht grundsätzlich ab. Sie stimmt Einsätzen der Bundeswehr im Ausland im Parlament zu. Variables Kriterium für diese Entscheidung sind sogenannte deutsche Interessen. Diese definiert die AfD voluntaristisch für sich entsprechend politischem Gusto.

Ihr verteidigungspolitischer Sprecher Rüdiger Lucassen befürwortet Auslandseinsätze, „wenn sie den deutschen sicherheitspolitischen Interessen dienen“. So stimmte die AfD im Deutschen Bundestag laut den Abstimmungsprotokollen unter anderem den Militäreinsätzen der NATO im Mittelmeer sowie in Somalia, Südsudan und Dafur zu.

In der Logik der nationalen Aufrüstungspolitik forderte Rüdiger Lucassen am 28. Juni im Bundestag, daß Deutschland die verteidigungs- und militärpolitische Führungsmacht in Europa sein müsse.

Die Militarisierung Europas – solange sie unter deutscher Hegemonie stattfindet (was mehr als Realität ist) – findet die Sympathie und Unterstützung der AfD.

Es riecht nach der alten NPD-Formel „Kein deutsches Blut für fremde Interessen“, wohl aber für deutsche und europäische Profitinteressen. Die AfD ist nicht gegen die Institution Krieg, sondern promilitaristisch, die AfD will einen Militarismus in „alter Tradition“: Preußens, des kaiserlichen Deutschlands, der Reichswehr. Die historischen Konsequenzen dieses speziell deutschen Militarismus sind bekannt. Krieg ist für die AfD prinzipiell eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.

### NATO-Kritik ist abgeschafft

Die AfD trägt das zentrale Anliegen der NATO, die Erhöhung der Rüstungsetats auf zwei Prozent, aktiv mit. Sie unterstützt aber die NATO noch mehr und aktiver. Anträge gegen die NATO wurden auf Parteitage mehrfach abgelehnt. „Die NATO gehört zu Deutschland“, heißt es im Parteiprogramm der AfD. „AfD-Stellvertreter Alexander Gauland hält die Rufe einiger Parteifreunde nach einem Austritt aus der NATO für einen Irrweg. Die deutsche Mitgliedschaft im Verteidigungsbündnis sei unverzichtbar – auch damit bei den europäischen Nachbarn in bezug auf Deutschland kein ‚Gefühl von Bedrohung‘ entstehe, sagte Gauland“ (FAZ vom 10. 7.) Deutlicher kann das stärkste Militärbündnis nicht akzeptiert werden.

### Rußland-Unterstützung ist ungläubwürdig

„Freundschaft mit Rußland“ tönt es aus der AfD. Diese AfD-Programmatik ist ungläubwürdig und heuchlerisch. Wer Freundschaft mit Rußland will, muß sich jeder Aufrüstung der Bundeswehr widersetzen, jede Ausweitung der NATO ablehnen, die Stationierung deutscher Truppen an der russischen Grenze abwenden.

Alles dieses tut die AfD nicht. Sie versucht sich nur an eine Stimmung in der Bevölkerung anzubiedern, die mit übergroßer

Mehrheit Freundschaft mit Rußland will, und diese Stimmung möglichst auf ihre militaristischen Mühlen zu lenken. Wer Nationalismus, Chauvinismus und Rassismus propagiert, kann keine Freundschaft mit Rußland wollen. Diese basiert auf Partnerschaft und gegenseitiger Akzeptanz, auf Anerkennung des anderen als mir gleich und mit gleichen Interessen und Forderungen. Alles dies widerspricht der deutschen Überhöhung, die die AfD propagiert. Der Rassismus macht eine „Freundschaft mit Rußland“ unmöglich, es bleibt bestenfalls eine politische Kumpagnei reaktionärer Kräfte.

Wie die AfD auf der einen Seite „für Rußland“ und auf der anderen Seite „für die NATO“ sein kann, ist ein Geheimnis – oder eine bewußte Täuschung vieler Menschen, die wirklich freundschaftliche Beziehungen zu Rußland wollen.

### Die Bedrohungslüge der AfD

Die größte Bedrohung sieht die AfD durch den „internationalen islamischen Terror“, der mit „allen zur Verfügung stehenden legalen Mitteln“ bekämpft werden müsse. Sie schürt die Angst vor dem Verlust einer von ihr definierten deutschen Identität. Der völkische Rassismus wird bei der AfD ersetzt durch die These der kulturellen Unvereinbarkeit der Völker. „Importierte kulturelle Strömungen“ betrachtet die AfD „als ernste Bedrohung für den sozialen Frieden und für den Fortbestand der Nation als kulturelle Einheit“. Sie fordert daher, „die deutsche kulturelle Identität als Leitkultur“ selbstbewußt zu verteidigen, dafür soll Deutschland aufgerüstet werden, technisch und ideologisch.

### Fazit

Die AfD ist programmatisch und politisch eine Aufrüstungs- und Kriegspartei. Getrieben wird sie von einem Nationalismus und von völkischem Gedankengut, nach dem erneut „am deutschen Wesen die Welt genesen soll“. Dieser Nationalismus, der so viel Unheil hervorgebracht hat und mitverantwortlich ist für die größten deutschen politischen Verbrechen, soll erneuert, mehrheitsfähig und politikfähig gemacht werden. Dazu bedarf es auch

einer starken, kriegsfähigen und kriegswilligen Armee und einer entsprechend aufgehetzten Bevölkerung. Nationalismus beinhaltet zwangsläufig die Institution Krieg und schürt Feindbilder zur Rechtfertigung. Nationalismus und Rassismus haben ein ausschließendes Element, das zu Ausgrenzung, Haß und in der Konsequenz zu Krieg führt.

Die AfD unterscheidet sich in ihren kriegsbefürwortenden Positionen nicht von den inhaltlichen Positionen, der von ihr „Systemparteien“ genannten Parteien. Allein die Partei Die Linke steht in Programmatik und Praxis diesen Positionen unvereinbar gegenüber. Sie hat jegliche Aufrüstungsmaßnahmen und Kriegseinsätze im Deutschen Bundestag konsequent abgelehnt. Die AfD hingegen ist eine Ergänzung der Parteien, die Kriege befürworten, sie erweitert die schon bestehende „große Militarismus-Koalition“ in Berlin. Sie ist System!

Die AfD paßt sich sogar durch die Unterstützung der NATO in das historisch gewachsene, konstitutive Verhältnis deutscher transatlantischer Regierungspolitik an und ein.

Die AfD hat auch wegen ihrer Rüstungs- und Kriegspolitik nichts mit der Friedensbewegung zu tun. Sie kann deshalb auch nicht – wie manchmal zu hören oder zu lesen ist – in und von der Friedensbewegung ausgegrenzt werden.

Die AfD ist für Krieg und Aufrüstung. Das ist die prinzipiell andere Seite zur Friedensbewegung. Programmatische Inhalte der Friedensbewegung und die inhaltlichen Positionen der AfD stehen sich wie Feuer und Wasser gegenüber. Das bedeutet nicht, daß Mitglieder auch dieser Partei einzelne friedenspolitische Absichten und Vorstellungen verfolgen können. Sie stehen ggf. aber im Widerspruch zur Programmatik und Praxis der AfD.

Reiner Braun  
Berlin

R. Braun ist stellv. Vorsitzender der Naturwissenschaftlerinitiative „Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit“, Co-Präsident des „Internationalen Friedensbüros“ (IPB), engagiert in den Kampagnen „Abrüsten statt aufrüsten!“ und „Stopp Air Base Ramstein!“



Beim Ostermarsch 2018 in Oldenburg. Gemeinsam gegen eine EU-Wehrmacht, gegen Rassismus, Nationalismus und Faschismus!  
Fotos: Jochen Vogler/r-mediabase.eu

# Der Leipziger Parteitag der PDL – eine Nachlese

Der Parteitag fand statt vor dem Hintergrund eines galoppierenden Rechtsrucks als Reaktion auf die zunehmend außer Kontrolle geratene weltweite Krise des Kapitalismus. Es war spürbar, daß man Wege sucht, Wählerverlusten und schwindenden parlamentarischen Einflußmöglichkeiten zu begegnen. In Europa zerfallen opportunistische sozialdemokratische Parteien. In Frankreich versuchen Jean-Luc Mélenchon, die „Linksfront“ und die CGT, diejenigen zu sammeln, die noch auf linke Alternativen zum demagogischen eurozentrischen Macronismus setzen. In Portugal und Spanien gibt es ähnliche Ansätze. In der Türkei erreichte ein völlig gemischtes Oppositionsbündnis gegen die AKP trotz Kriegsrecht fast die Hälfte der Wähler. Und in Deutschland empfahl Oskar Lafontaine eine breitere Öffnung als „Sammelbewegung“ oder gar „Volkspartei“. Es sei daran erinnert, daß sich Katja Kipping am 9. Mai mit Jeremy Corbyn traf: „Wir haben darüber gesprochen, wie progressive Parteien innerhalb und außerhalb der EU zusammenarbeiten können, um Austeritätspolitik und Privatisierungen zu beenden und Frieden weltweit zu fordern.“ Daß die in prinzipiellen und nationalen Gegensätzen gesplante „Europäische Linke“ sich für die Europawahlen zugkräftig und progressiv aufstellen könnte, darf bezweifelt werden. Ein Thema der Basisdebatte des Leipziger Parteitags waren Bündnismöglichkeiten. „Partei in Bewegung“ wurde auch als Anstoß zur verstärkten Annäherung und Kooperation mit Bürgerbewegungen interpretiert. Dabei gab es terminologische Mißverständnisse: Die Partei Die Linke (PDL) als „Teil“, „Sprachrohr“ oder „Bündnispartner“ fortschrittlicher Bewegungen? Sie entstand 2007 als Zusammenschluß zweier Parteiorganisationen, der PDS und der WASG. Die seit 1999 fortgesetzte Kriegs- und Agenda-Politik

bewirkte den Übertritt zahlreicher empörter Mitglieder der SPD und der Grünen. Der Erfolgstrend zog zudem auch westdeutsche „Alt-Linke“ und allerlei progressive Kräfte aus nicht-marxistischen gesellschaftlichen Gruppierungen an. Doch was jetzt in Frankreich oder Spanien geschehen ist, wiederholt sich hierzulande leider nicht.

Durch Mitarbeit einzelner kompetenter Parteimitglieder in fortschrittlichen außerparlamentarischen Gruppen und Organisationen können Linke Anerkennung und Zustimmung für ihre antikapitalistischen Ziele und auch einige neue Mitglieder gewinnen. Man kann auch kompatible Teilforderungen solcher Gruppen, wie der Mieterbewegung, vertreten, ohne sich zum „programmatischen Selbstbedienungsladen“ zu degradieren. Bei großen, heterogenen Sammlungsbewegungen, wie den Atomkraftgegnern, geht es darum, mit deren antikapitalistischen Formationen zu kooperieren. Von Fall zu Fall sind Aktionsbündnisse, gemeinsame Kampagnen oder zumindest Solidaritätserklärungen sogar möglich, wenn einseitige, teils exzentrische Gruppen keinen ausgesprochen reaktionären Zielen anhängen: Beispielsweise, wenn Tierrechtler wegen ihrer Enthüllungsaktionen gegen die Massentierhaltung verfolgt werden. Doch: Besonders massenwirksame populistische Parolen rechter oder neoliberaler Sammlungsbewegungen wie „Pegida“ und „Pulse of Europe“ dürfen nicht aufgegriffen werden. Wenn jetzt bürgerliche Parteien in rechtslastiger Politik ihr Heil suchen, legitimieren und fördern sie dadurch auch den Faschismus.

Die PDL ist nach ihrer Präambel und Mitgliedschaft eine fortschrittliche pluralistische Parlamentspartei mit einer in weiten Teilen antikapitalistischen Programmatik. Sozial-ökologisch, pazifistisch, feministisch, basisdemokratisch, weltwirtschaftlich

solidarisch, antifaschistisch. All das brauchen wir heute mehr denn je! Kommunistischen Ansprüchen kann sie damit nicht genügen: Ihre Fokussierung auf Parlamentsarbeit, taktische Wahlerfolge mit Koalitionsillusionen, Glauben an eine rechtsstaatliche bürgerliche Demokratie, Abgrenzung von offenen Klassenkämpfen und ihre Neigung zu experimentellen systemimmanenten Problemlösungen sind weit mehr als nur Schwächen, die außerparteiliche linke Kräfte auf Distanz halten. Aber wir sollten die PDL nicht mit einer Elle messen, die nie ihr eigener Maßstab war. Festzuhalten ist, daß sie ein wichtiger Part im beharrlichen Abwehrkampf gegen Demokratieabbau, Kriegs- und Wirtschaftsimperialismus und den gefährlichen Rechtsruck ist. Wir haben mit ihr, im Unterschied zu anderen europäischen Ländern, noch eine intakte politische Kraft, die nicht unter Aufweichung ihrer sozialistischen Komponenten einer wahltaktischen neu aufgelegten sozialdemokratischen „Partei der Mitte“ geopfert werden darf. Da sie zur Zeit keine Mehrheiten hat und kein „linkes Parlamentarier-Lager“ in Sicht ist, muß sie sich verstärkt außerparlamentarisch und bündnispolitisch engagieren, um mehr Druck und politischen Einfluß aufzubauen. Dafür sind aber zum Kampf gegen den globalen, europäischen und deutschen Imperialismus progressive internationalistische Allianzen und Aktivitäten nötig. Besonders wegen des Rechtstrends und des durch ihn begünstigten Faschismus. Die desolote „GUE/NGL“ (Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordischen Grünen Linken), von der einzelne Mitglieder Atomkraft, Grenzschießungen, Sanktionen gegen Kuba, Venezuela und Rußland oder sogar Kriegseinsätze befürwortet haben, ist dabei keine Hilfe.

**Jobst-Heinrich Müller**

## Herzliche, dringende Bitte

Wie jedes Jahr um diese Zeit legen wir der Gesamtauflage einen Überweisungsträger bei. Wir lassen also den symbolischen Hut kreisen, damit alle, die dazu in der Lage sind, ihre Scheine hineinwerfen können (auch „Münzen“ sind selbstverständlich willkommen). Kompromißlos parteilich und links angesiedelt, doch ohne Parteibindung, erhält der „RotFuchs“ nicht einen einzigen Euro der sonst üppig verteilten Fördermittel.

Unser unbestechlich rotes, sich niemals vor dem Klassenfeind duckendes oder ihm gar nach dem Munde redendes Blatt besitzt nicht jene herkömmlichen Mäzene, mit deren Zutun andere ihre Kassen aufzufüllen pflegen. Aber der „RotFuchs“ ist dennoch reich: Er kann sich nämlich auf Zehntausende treue, solidarische und opferbereite Leser verlassen, die ihm immer wieder tatkräftig unter die Arme greifen.

- Um den Einfluß der „Tribüne für Kommunisten und Sozialisten“ zu verstärken, wäre es gut, wenn jeder Bezieher unter Verwandten, Freunden und Bekannten einen weiteren regelmäßigen Leser gewinnen könnte.
- Wer noch nicht Mitglied im RF-Förderverein ist, der kann dies gerne werden (Tel. 030-241 26 73).

Wir RF-Macher brauchen Eure Hilfe, damit die von ihren Freunden geliebte und vom Gegner gehäßte kommunistisch-sozialistische Stimme weiter erscheinen und verbreitet werden kann.

**Die Redaktion**

Wolfgang Metzger, Dr. Arnold Schölzel, Bruni Steiniger

# Von Sorgearbeit und dem kapitalistischen Markt

**B**is die Ware Arbeitskraft als mehrwertproduzierender Faktor für die Kapitalistenklasse nutzbar wird, muß sie einen langen, mühsamen Weg zurücklegen, denn sie erblickt ganz klein, verletzlich, hilfsbedürftig das Licht der Welt. Sie muß behütet und versorgt werden, braucht Zuwendung, Nahrung, Liebe ... Bis schließlich der Tag kommt, an dem sie gezwungen ist, sich als Ware Arbeitskraft an einen Kapitalisten zu verkaufen. Ein ähnlicher Prozeß setzt wieder ein, wenn die Ware Arbeitskraft vernutzt ist, wenn sie nur noch Mensch, keine Ware mehr ist. Die dann notwendigen Aufwendungen haben inzwischen einen eigenen Namen, sie heißen „Care-Arbeit“ oder „Sorgearbeit“. Die Sorgearbeit ist weitgehend – immer noch – eine Frauendomäne, und sie ist schwer zu rationalisieren. Geschichten erzählen kann man nicht im Schnelldurchlauf, da muß man sich Zeit nehmen. Oder das aufgeschlagene Knie kann nicht im Vorübergehen nur rasch mit einem Pflaster verklebt werden – damit es wirklich heilt, muß gepustet und getröstet werden.

Sorgearbeit ist also zeitaufwendig und findet vornehmlich im Privaten statt. Deshalb war die Losung der 68er im Westen „Das Private ist politisch“ eine Kampfansage. Es ging darum, die Sorge um den Fortbestand des Menschengeschlechts aus dem Verborgenen, aus den Wohnzimmern, aus der alleinigen Verantwortung der Mutter, der Eltern herauszuholen und in die öffentliche Daseinsvorsorge zu überführen. Das konnten die 68er nur ansatzweise durchsetzen, aber sie haben dazu ein Problembewußtsein geschaffen – in erbittert geführten Kontroversen um die von ihnen angeblich angestrebte Auflösung der Familie, jener „Keimzelle des Staates“ oder der gottgewollten Ordnung. Der „Schutz der Familie“ ist bis heute für Konservative identitätsstiftend, für die politische Rechte auch. Derzeit findet eine neue, eine andere Privatisierung von Sorgearbeiten statt: Sie werden

zu einem kapitalistischen Markt. Das ist der Markt des Niedriglohns, ein Markt der ungeschützten Arbeitsverhältnisse, da wird nicht verdient, da wird dazuverdient, da kriegt man ein Taschengeld, von dem man nicht leben kann, da hat man keine Rechte als „Arbeitnehmer“ oder „Arbeitnehmerin“, da ist man ausgeliefert. Es entsteht bei uns wieder eine Dienstbotengesellschaft, nicht mehr nur paternalistisch und patriarchal, sondern durch und durch auf Profit ausgerichtet. Da Sorgearbeiten aber schwerlich zu rationalisieren sind, kann auf diesem Markt nur Profit gemacht werden, wenn die Arbeitskräfte besonders ausgebeutet werden und wenn die Tätigkeiten nicht nach menschlichem Maß, sondern quasi im Zeittakt von Maschinen erfolgen, immer rascher, immer nach der Uhr, immer nach der vorgegebenen Norm. Das Ergebnis ist der Pflegenotstand. Die kapitalistische Form der Dienstbotengesellschaft führt zu einer Verwahrlosung statt zur Fürsorge.

Diese Verwahrlosung ist der Beginn einer Kolonialisierungskette. Die rollt selbst dann ab, wenn etwa das erwerbstätige Paar seine alte und hilfsbedürftige Mutter nicht in ein Heim gibt, das ein großer Konzern gewinnbringend mit einem hohen Anteil von Arbeitskräften aus Osteuropa oder noch entfernteren Regionen betreibt. Selbst wenn das Paar die Mutter zu sich ins Haus holt und zu ihrer Pflege zusätzlich eine Frau aus Bulgarien einstellt, die es sogar gut bezahlt, beköstigt und unterbringt, auch dann wirkt die Kolonialisierungskette. Denn die Frau aus Bulgarien läßt ihre Kinder zurück bei der Großmutter, die sie umhegt. Es gibt in Bulgarien und Rumänien schon Dörfer, in denen nur noch die Großeltern- und die Enkelgeneration leben. Bei uns, vor allem auf dem flachen Land, findet man Krankenhäuser, in denen fast ausschließlich Ärzte aus Bulgarien und Rumänien arbeiten. Dort, wo sie ausgebildet worden sind, in ihren Ländern, fehlen sie bitterlich. Wir reichen den

Sorgenotstand aus den kapitalistischen Zentren weiter an die Peripherie. Je weiter die Ränder von den Zentren entfernt sind, desto bedrückender wird dort der Notstand, desto prekärer, verletzlicher das Leben der Menschen dort.

Wir erleben weiter, daß nicht mehr nur die Arbeitskraft ausgebeutet wird, zunehmend wird unser Körper zu einer Ware. Damit ist nicht nur die Prostitution gemeint, die auch. Zudem gibt es einen Sklavenmarkt, der sogar dramatisch wächst. 45 Millionen Menschen werden derzeit als Sklaven zur Arbeit gezwungen, für Sex verkauft, als Kindersoldaten zum Kriegführen gezwungen. Kinder werden gestohlen und versklavt, Sklaven-Eltern gebären Sklaven-Kinder, es entwickeln sich neue Sklavenmärkte entlang der Flüchtlingsrouten durch Afrika ans Mittelmeer. Hinzu kommt: Nicht nur im Ganzen, auch in Teilen wird der menschliche Körper zur Ware, wenn zum Beispiel aus Armut die eigene Niere verkauft wird. Körperliche Kleinstteile, Gene oder auch Spermata werden zur Ware. Körperliche Fähigkeiten werden zur Ware, so in der Leihmutterchaft die Fähigkeit, ein Kind auszutragen und zu gebären. Das alles ist eine Potenzierung, eine Brutalisierung dessen, was Marx vorhergesehen hat: Daß das Kapital bei seiner Jagd um den Globus alles, aber auch alles seinen Verwertungsinteressen unterwirft und zur Ware macht.

Das wollen wir nicht. Damit finden wir uns nicht ab. Die kapitalistische Globalisierung erfolgt in Form der Unterwerfung. Das ist ihr Kern. Und das akzeptieren wir nicht. Wir sind Internationalistinnen und Internationalisten, wir wollen eine Welt von gleich zu gleich, mit gleichen Rechten für alle. Eine Welt, in der wir uns gegenseitig helfen und in der die Sorge um das Leben, allen Lebens, und die Sorge füreinander im Mittelpunkt stehen. Dann wird die Welt human, und dafür kämpfen wir.

**Christiane Reymann**  
Berlin

## Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats Oktober!

### zum 92. Geburtstag

Eberhard Georgi (Strausberg)  
am 29. Oktober

### zum 90. Geburtstag

Siegfried Mauksch (Berlin)  
am 13. Oktober  
Ursula Söder (Panketal)  
am 15. Oktober  
Karl-Heinz Körber (Ellrich)  
am 24. Oktober

### zum 85. Geburtstag

Dr. Heinold Bruns (Bertsdorf-Hörnitz)  
am 8. Oktober

Willi Vinzing (Alt Sührkow)  
am 14. Oktober  
Wolfgang Hilbert (Kahla)  
am 23. Oktober

### zum 80. Geburtstag

Max-Harald Mülling (Mühlhausen)  
am 4. Oktober  
Dr. Wolfgang Reuter (Schönebeck/Elbe)  
am 9. Oktober  
Alfred Blaudzun (Saal, OT Kückenshagen)  
am 26. Oktober  
Lothar Wagler (Freiberg)  
am 28. Oktober  
Inge Sixt (Schweinfurt)  
am 30. Oktober

### zum 75. Geburtstag

Gerhard Klut (Wegeleben)  
am 7. Oktober  
Jürgen Weber (Artern)  
am 9. Oktober  
Waltraud Tegge (Neustrelitz)  
am 10. Oktober

### zum 70. Geburtstag

Manfred Steude (Delitzsch)  
am 20. Oktober

### zum 65. Geburtstag

Josef Schmidt (Hasloch)  
am 8. Oktober  
Peter Tiedke (Golzow)  
am 30. Oktober

Wie immer gilt unsere Gratulation auch allen anderen Geburtstagskindern des Monats.



## WISSENSCHAFTLICHE WELTANSCHAUUNG

# Wegbereiter einer neuen Zeit: Was der Mensch zum Leben braucht

Vor vielen Jahren hat der damalige „Deutschlandsender“ (später umbenannt in „Stimme der DDR“) eine auch in Westdeutschland gehörte und beachtete Sendereihe mit Vorträgen zu Fragen unserer wissenschaftlichen Weltanschauung ausgestrahlt, deren Manuskripte sich erhalten haben und die wir den Lesern des „RotFuchs“ in einer Auswahl zur Verfügung stellen – inhaltlich wurde nichts verändert, von einzelnen Kürzungen abgesehen. Man kann diese Vorträge lesen als Kapitel eines Geschichtsbuchs (dazu auch immer die Angabe des seinerzeitigen

Sendetermins) und zugleich als Einführung in die Grundlagen marxistisch-leninistischen Denkens. Viele auch in den Vorträgen zum Ausdruck kommende Hoffnungen haben sich mit und nach der Konterrevolution von 1989/90 zerschlagen, manche Prognosen haben den Praxistest nicht bestanden – wesentliche Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und anderen unserer Theoretiker aber haben nach wie vor Bestand, an ihnen halten wir fest, sie wollen wir – auch mit dieser Serie – vermitteln und erneut zur Diskussion stellen. **RF**

10. Oktober 1974

Wer unsere wirtschaftliche Leistung richtig einschätzen will, sollte nicht die letzten paar Jahre unserer Entwicklung miteinander vergleichen, auch nicht ein Planjahr fünf mit dem vorangegangenen. Fast dreißig Jahre nach der Befreiung – ein Vierteljahrhundert nach Gründung unseres Staatswesens, der Deutschen Demokratischen Republik – sind wir geradezu verpflichtet, die Gesamtwegstrecke als das zu sehen, was sie war: ein schwerer Weg, mit vielen Hindernissen, manchen Umwegen. Jedes Wegstück, besonders am Anfang, mußte im Kampf bewältigt werden. Gegen den Klassenfeind? Gewiß, aber auch gegen Vorurteile, die sich eingenistet hatten, auch gegen übereilte Hast, gegen ungenügende Kenntnisse und Mangel an Erfahrungen. Wir stärken durch die Erkenntnis, daß diese Ringen von immer größeren Teilen der Arbeiterklasse getragen wurde und hingeführt hat zu unserem heute anerkannten internationalen Stand, unser aller Gefühl, daß wir in der Lage sein werden, noch viel kompliziertere Aufgaben zu lösen. Gleichzeitig aber erhöhen wir auch den Mut der Völker, die heute, unmittelbar nach dem Beginn ihrer politischen Freiheit, auch die ökonomische Unabhängigkeit erringen müssen, mit welcher der Weg zu wirklicher Freiheit erst beginnt.

Wir hatten 1945 zwar die Erinnerung daran, ein hochentwickeltes Industrieland gewesen zu sein. Das machte jedoch den Anfang nicht leichter. Sowohl für Arbeitsorganisation wie Versorgung wurden Maßstäbe gesetzt, die sich mit dem Zustand nach der Niederschlagung des Faschismus nicht vereinbaren ließen. Ich will nicht wiederholen, was in diesem Zyklus bereits dargelegt wurde – wie anfangs der Grad der Zerstörung von Städten, des Transportwesens und ganzer Industriezweige das Ingangsetzen lebenswichtiger Betriebe erschwerte.

Es war notwendig, der Bevölkerung zuerst einmal klarzumachen, daß der Faschismus, dem ja viele zugestimmt hatten, aus historisch objektiver Gesetzmäßigkeit nicht hatte siegen können, daß die Niederlage ein Sieg über den Faschismus, eine Befreiung war. Aus dem Chaos heraus ließ sich gewiß nicht die Überlegenheit des Sozialismus über

das System des Imperialismus beweisen. Deshalb mußten für die außerordentlich begrenzten Möglichkeiten, die verbliebenen Wirtschaftsreste in Gang zu setzen, alle nur irgendwie willigen Kräfte zu antifaschistisch-demokratischem Beginn gesammelt werden.



Ohne Frieden ist alles nichts – Stop Ramstein!

Im Aufruf des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 11. Juni 1945 wurde gleichzeitig mit der Aufklärung über die Auftraggeber der Nazipartei, die Großbanken und Konzerne, der Weg skizziert, der endgültig aus Hunger, Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit herausführen würde. Bei der Überwindung des erschreckenden Nachlasses aus der Hitlerzeit wurde der Privatinitiative in Produktion und Handel ein breites Tätigkeitsfeld geboten. Ich erinnere mich noch der Sommermonate 1945. Die Erntezeit stand kurz bevor, also mußte als eine der ersten, absolut lebensnotwendigen Maßnahmen, als Grundvoraussetzung für die Normalisierung des Lebens die Ernte ohne den geringsten Verlust eingebracht werden. Ein leichtes Unterfangen war das nicht. Aber ein Resignieren gab es nicht. Karl Marx und Friedrich Engels hatten bereits in ihrer Frühschrift „Die deutsche

Ideologie“ dargelegt, die erste Voraussetzung aller menschlichen Existenz, also auch aller Geschichte, bestehe darin, „daß die Menschen imstande sein müssen zu leben, um ‚Geschichte machen‘ zu können. Zum Leben aber gehört vor allem Essen und Trinken, Wohnung, Kleidung und noch eini-

ges andere ...“ Marx und Engels bezeichneten dies als „eine Grundbedingung aller Geschichte“, die noch nach Jahrtausenden täglich und stündlich erfüllt werden müsse, „um die Menschen nur am Leben zu erhalten“ (MEW, Bd. 3, S. 28).

Auf denen, die diese Arbeit nach dem 8. Mai 1945 organisieren und leiten sollten und mit dem Schaffen der „Grundbedingung aller Geschichte“ selbst schon Geschichte machten, auf diesen „Aktivist der ersten Stunde“ lag also eine große Verantwortung, die wohl keiner von uns, mochte er noch so erfahren oder vorgebildet gewesen sein, hätte tragen können ohne die Hilfe der sowjetischen Genossen, der Mitarbeiter in der SMAD, der Sowjetischen Militäradministration.

Die unerbittliche Forderung der Kommunistischen Partei Deutschlands, daß die Maßnahmen auf allen Gebieten der Versorgung

zuerst und vor allem die lebensnotwendigen Bedürfnisse der Bevölkerung befriedigen müssen, gab uns allen ein festes Ziel. Eine solche kraftvoll organisierende Führung ist nötiger denn je in Zeiten, wo widerspruchsvolle Interessen erst dem Ziel untergeordnet werden müssen, das Leben nach all den Zerstörungen wieder in halbwegs geordnete Bahnen zu lenken. Die Lebensmittel- und Kleiderkarten mußten beibehalten werden – ohne daß uns freilich der Strom von Versorgungsgütern aus unterdrückten Ländern zur Verfügung stand, wie ihn die deutschen Faschisten „organisiert“ hatten. Die Vorräte, auch die versteckten, mußten mit Zentner, Pfund, ja Gramm genau registriert werden, um die richtige Verteilungsquote zu ermitteln. Es galt das Wenige, was der Krieg zurückgelassen hatte, und was dann nach und nach neu hinzukam, der Spekulation zu entziehen, wenn der Kampf gegen den Hunger gewonnen, die notwendigste Kleidung bereitgestellt, etwas Hausbrand vorhanden sein sollte.

Geben wir uns keiner Täuschung hin: In solcher Lage gibt es immer Menschen, die am Elend anderer verdienen wollen. Kartoffeln verschwanden waggonweise. Pfundweise erschienen sie dann auf dem Schwarzen Markt. Es gab damals viele tüchtige kleine Einzelhändler, die ihre Ware mit Kinderwagen oder Schubkarren herbeischafften, selbst das Mehl aus der Mühle oder den Lagern zum Bäcker brachten, damit wenigstens das zugeteilte Brot für jedermann gesichert sei. Unter den privaten Großhändlern gab es nicht wenige, die einen profitableren Handel organisieren halfen. Ihnen standen wichtige Transportmittel zur Verfügung – sie sorgten für immer frischen Zufluß zum Schwarzen Markt. Sie zahlten überhöhte Preise, sie erzielten weit höhere. Ob die Menschen, die ihre kargen Rationen nicht auf dem Schwarzen Markt ergänzen konnten, hungerten, ließ Schwarzhändler gleichgültig. Eine wichtige Voraussetzung für eine verlässliche Planung waren die beschlagnahmten Betriebe – solche ehemaliger Nazis und Kriegsgewinnler. Die für eine gerechte Gesamtverteilung zur Verfügung stehenden Mengen vermehrten sich nicht wie gewünscht. Der Viehbestand nahm zu, es gab jedoch große Futterlücken. Auch der Düngemittelbedarf konnte, wenn auch zunehmend, noch nicht voll befriedigt werden.

Die damals allerorts geleistete Arbeit war groß. Viele, auch ich, hätten am liebsten die bereitstehenden Mengen gleichmäßig verteilt auf jedes Mitglied unserer neuen Gemeinschaft, auch auf Kinder und Alte. Daß der Kalorienbedarf entsprechend Alter und Art der Arbeit unterschiedlich sei, schien den meisten nicht beweiskräftig, weil selbst die beste Karte nicht den Kalorienberechnungen entsprach, noch weniger den Wünschen. Aus reicher und zum Teil bitterer Erfahrung lehrten uns die Experten der Sowjetischen Militäradministration, daß die gewünschte schnelle Belegung unserer Wirtschaft mit einer solchen Gleichmacherei nicht erreicht würde. Der Anreiz zu intensiver Arbeit liege unter

den Nachkriegsumständen nicht in hohen Löhnen und Gehältern – so lange jedenfalls, wie nur die zugewiesenen knappen Rationen an Versorgungsgütern – Essen, Getränke, Kleidung – erhältlich seien. Wir lernten, daß man die gewünschten Ziele, eine höhere Produktion mit zum Teil recht überalterten Maschinen nur dann würde erreichen können, wenn man dort, wo die Arbeit am dringlichsten eingesetzt werden mußte, den Arbeitern höhere Lebensmittelzuteilung, bessere Arbeitsbedingungen zugestand – bei der Kohleförderung, in der chemischen Industrie, in den Maschinenwerken und, was alle Zweige der Wirtschaft brauchten, bei der Erzeugung von Energie. Ach, es gab eigentlich keinen Zweig, der nicht lebensnotwendig, der nicht von „vorrangiger Wichtigkeit“ war!

In der Deutschen Wirtschaftskommission, dem Vorläufer unserer späteren Regierung, wurde den deutschen Behörden immer mehr Eigenverantwortung, den Selbstverwaltungsorganen immer mehr Vollmachten, den einzelnen immer größere demokratische Rechte – und Pflichten! – übertragen. Es gab heiße Diskussionen darüber, wie man am wirkungsvollsten die geringen Mittel einsetzen soll, um die höchste Wirkung zu erreichen. Jedes Prozent der Erfüllung der Investitionen verlangte Einsatz aller Kräfte – der Muskeln wie des Intellekts. Als rohstoffarmes Land mußten wir vieles einführen. Der Preis dafür waren Erzeugnisse, die wir auch selbst hätten brauchen können. Aber alle waren sich darüber im klaren, daß wir planmäßig vorgehen mußten – und Planen will auch erst gelernt sein; man darf Augenblickswünschen um der gesicherten, friedlichen Zukunft willen nicht einfach nachgeben.

Jedes der ersten Jahre war ein kunstvolles Jonglieren! Wie erhalten wir den Anschluß an die Ernte, ohne daß das letzte Korn Getreide, der letzte Tropfen Milch, auch noch der letzte magere Knochen bereits vergeben sind? Eine Wirtschaft ohne Vorräte, auf die man notfalls zurückgreifen könnte, läßt sich sehr schwer führen und entwickeln. Und es war schwer. An der knappen Decke zupfte es an allen Ecken und Enden. Jeder fand einen Grund dafür, daß er besonders behandelt werden müsse – viele Gründe waren berechtigt, aber die Decke ließ sich nicht beliebig vergrößern. Alles, was der eine mehr erhielt, mußte irgendwem abgezogen werden.

Mit welcher Großmut half uns die Sowjetunion immer wieder aus, gab von den eigenen knappen Rationen; denn auf der verwüsteten Heimerde – von den deutschen Faschisten verwüsteten Erde – mußte doppelt soviel Arbeit bei keineswegs gefülltem Magen hineingesteckt werden, um auch dort bis zur Ernte auszureichen. Es war nur zu berechtigt, daß unsere Genossen forderten, wir selbst sollten unseren Kopf, unsere Muskeln, unseren Lebenswillen daransetzen, um durch die schweren Jahre zu kommen. Alles, was uns die sowjetischen Genossen zukommen ließen – Getreide, Fett, Eier, Rohstoffe zum Aufbau der Industrie, Lastkraftwagen, Traktoren für die

Landwirtschaft – all das war vom eigenen Bedarf abgedarbt.

Wir hatten große Mühe, den Schwarzen Markt zu beseitigen. Strafen, Wegnahme der Waren – das alles ging dem Übel nicht an die Wurzeln. Viele politisch gleichgültige Menschen waren zwar inzwischen bereit, den richtigen, wenn auch schweren Weg zu gehen, sich der Führung der Partei, sich den antifaschistischen Kräften anzuvertrauen. Die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten aber mußte man mit anderen Mitteln durchsetzen. So kam die Gründung der Staatlichen Handelsorganisation, der heute so selbstverständlichen HO, zustande. Die Geldströme, die sich zu einem beachtlichen Teil aus den üblichen Bahnen: Lohnempfänger, Handel, Staatshaushalt, Bank, Lohnempfänger gelöst hatten und sich so der Kontrolle völlig entzogen, mußten wieder in ihr normales Bett zurückgeleitet werden. Das konnte nur durch die höhere offizielle Bezahlung der „freien Spitzen“ geschehen, bei strenger Einbringung der zur Kartenabdeckung gebrauchten Mengen an Lebensmitteln. Allerdings mußte ein Organ vorhanden sein, eben der staatliche Einzelhandel, der diese teuer aufgekauften Waren zu erhöhten Preisen, die der Nachfrage angepaßt waren, an den Verbraucher weitergab, um allmählich die Rationierung aufheben zu können.

Auch hier waren es die Finanz- und Handelsexperten der sowjetischen Verwaltung, die uns halfen, durch das Gestrüpp der Gründe – dafür und dagegen – den angemessenen Weg zu finden. Ich halte es für notwendig, an dieser Stelle zu betonen, daß unsere Berater uns nichts befahlen, vielmehr große Geduld aufbrachten und uns halfen, für die Bevölkerung das Richtige zu tun und auch die richtigen Argumente zu finden.

So gediehen schließlich die Staatshandelsgeschäfte ebenso wie die konsumgenossenschaftlichen, die in unserem Land nicht nur eine alte Tradition in den Dörfern, sondern auch in den Städten, insbesondere in Arbeitervierteln hatten. Auch der Privatinitiative in Produktion und Handel war Spielraum gelassen, bis die Entwicklung selbst die Möglichkeiten dieser Form sprengte.

Wir waren ein auf den Ex- und Import angewiesenes Land. So wurden die Außenhandelsbeziehungen gepflegt, die der Grundstoffindustrie, aber auch der Versorgung der Bevölkerung zugute kamen. Die Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zu unseren sozialistischen Nachbarländern, die wachsenden sachlichen Beziehungen zu vielen Ländern der Welt trugen dazu bei, daß allmählich der Hunger, das Frieren vergessen, der Nachholbedarf an Textilien und Haushaltgegenständen befriedigt werden konnte. Aus Außenhandels- sind Außenwirtschaftsbeziehungen geworden.

Unsere Werktätigen arbeiten heute unter Bedingungen, die damals nicht einmal erträumt werden konnten. Sie haben sich diese Bedingungen selbst geschaffen – unter der Führung der Partei der Arbeiterklasse, mit uneigennütziger Hilfe der Sowjetunion.

# Aufstehen und widersetzen!

## Aufgaben einer Sammlungsbewegung

Eine wichtige Aufgabe besteht darin, einen Raum für eine wirklich offene Debatte zu schaffen darüber, wie das Gegenkonzept zum herrschenden Politikmodell der letzten 30 Jahre aussehen könnte.

### Der Staat muß endlich wieder Anwalt des Gemeinwesens werden

In der Innenpolitik bedeutet das erneut das Nachdenken über den Staat als Instrument der öffentlichen Daseinsvorsorge und des Schutzes für die Schwachen und die Globalisierungsverlierer. Viel zu viel an sozialer Sicherheit und an mühsam erkämpften demokratischen Errungenschaften ist auf dem Altar der neuen sogenannten freiheitlichen Werte-Ordnung geopfert worden, unter dem durchsichtigen Vorwand, diese Errungenschaften würden „unsere“ nationalen Wettbewerbschancen vernichten.

Die Privatisierungssorgie der letzten Jahrzehnte hat so die staatliche Steuerung aus all den Bereichen entfernt oder reduziert, die Bedingung der Teilhabe aller Bürger an einem guten Gemeinwesen sind: kostenlose Bildung, bezahlbare Wohnungen, ärztliche Versorgung, Pflege im Alter, Recht auf faire Löhne und Arbeit, öffentliche Infrastruktur, Busse, Bahnen und Kommunikationsnetze in abgelegenen Regionen, Schutz von Wasser, Böden, Luft, Sicherheit im Alltagsleben vor Ort. Zurück blieben eine soziale Verwüstung und eine Verrohung der politischen Kultur, die den Existenzkampf um alle lebenswichtigen Güter vorrangig den einzelnen aufbürdet.

Der Staat und seine Institutionen müssen endlich wieder Anwälte des Gemeinwesens, der Mehrheit der Bürger werden. In der neoliberalen Ära haben sie oft nicht einmal versucht, den Interessen und Lobbyisten von Großkonzernen und Banken entgegenzutreten, die sich aus jeder nationalen oder sozialen Loyalität längst entfernt haben.

Vieles muß hier neu gedacht und zusammengeführt werden: Besteuerung und Begrenzung des Kapitalverkehrs, der ganze Volkswirtschaften ruinieren kann, Aufbrechen der Monopolstrukturen bei Banken und Konzernen, Wiederbelebung der Genossenschaftsideen, der kommunalen Selbständigkeit und der regionalen Selbstbestimmung, der ökosozialen Nachhaltigkeit von Wirtschaftsunternehmen, angemessenere Mindestlöhne, Tarifbindung der Arbeitsverträge, generelle Bürgerversicherung, Grundsicherungen etc. Außenpolitisch ist eine Rückkehr zur Friedens- und Entspannungspolitik und eine

Rekonstruktion einer gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur Grundbedingung, daß überhaupt wieder Vertrauen in die Zukunft Europas entstehen kann. Die aggressive und arrogante Politik des Regime change mit ihren mediengestützten Mobilisierungskampagnen, ihrer Sanktionspolitik und der ständigen Feindbild-Projektion sind sofort zu beenden. Die internationalen Institutionen und die UNO haben im Vergleich zu 1990 wesentlich an Einfluß verloren und müssen wieder gestärkt werden. Die Aufrüstungsspirale wird gerade auch durch die NATO systematisch angeheizt, die Rüstungsetats steigen gigantisch.

### Klares Verhältnis zur Frage von Krieg und Frieden

Die Ausplünderungspolitik der reichen Industrienationen und die nicht enden wollenden Stellvertreterkriege der US-geleiteten Militärbündnisse sind neben den Klimaveränderungen die Hauptursache der weltweiten Massenmigration. Eine solidarische Linke muß zwingend und zuerst diese Ursachen und den anwachsenden Rüstungsexport bekämpfen, sie kann sich nicht mit dem verdienstvollen, praktizierten Mitgefühl und der Sozialarbeiterrolle für jene Migranten begnügen, die unseren Kontinent überhaupt erreichen.

Ohne ein klares Verhältnis zur Frage von Krieg und Frieden wird es kein Wiedererstarken einer europäischen Linken geben. Hier herrschte in der letzten Zeit viel Unklarheit. Der Kampf für die Menschenrechte, ursprünglich ein pazifistisches Postulat, wird zunehmend willkürlich zur kriegsbegründenden Moral pervertiert.

Schon vor 100 Jahren hat diese Frage die damals so hoffnungsvolle europäische Sozialdemokratie gespalten. Damals begann die unselige Debatte der Linken in einen staatstragenden großkoalitionären Flügel einerseits, in linksradikales Sektierertum unter Führung der dritten Internationale andererseits. Sie nutzte immer nur den politischen Gegnern. Frieden und Demokratie aber sind die wichtigsten Voraussetzungen größtmöglicher Freiheit für alle und der grundsätzlichen Korrigierbarkeit politischer Entscheidungen. Ein Freiheitsversprechen, das nur den Stärksten in der Gesellschaft alle Hindernisse aus dem Weg räumt, ist hohl und nichts anderes als die Ideologie der unbegrenzten Freiheit des Geldes. Die Sorge um die Existenz des Planeten und die Lebenschancen zukünftiger Generationen ist die dritte Säule der heute notwendigen Politik. Ökologisches Denken ist Denken

in den Kategorien öko-sozialer Nachhaltigkeit, es zielt auf Schonung von Ressourcen, strikte Urheberhaftung bei Umweltschäden, Ermutigung und Unterstützung von Erzeugern und Verbrauchern zu zukunftsadäquatem Verhalten, auf Abwendung vom sinnfreien, aggressiven Konsumismus.

### Vielleicht nur noch diese Chance für einen neuen Aufbruch

Wer sammeln will, muß auch sammeln können. Er muß die Fähigkeit und den Willen besitzen, alte Gräben zu überwinden. Toleranz und Respekt im Inneren, Überwindung von Sektierertum und ideologischen Grabenkämpfen, größtmögliche Offenheit der Debatten, keine Gedankenpolizei und Verratsvorwürfe – diese Punkte sind unverzichtbar, wenn man die chronische Spaltungstendenz linker Bewegungen sowohl in der Form wie auch im Inhalt überwinden will.

Wir sind uns dieser traditionellen Schwäche gerade linker Bewegungen bewußt, ebenso wie möglicher Selbstüberschätzung und der Tendenz zu alter Rechthaberei. Der Ernst der Lage und die neue Vernetzung mit der sozialen Wirklichkeit müssen hier eine Mentalitätsänderung herbeiführen.

Es ist nicht der erste Versuch einer besseren Vernetzung und Kooperation der politischen Kräfte aus dem rot-rot-grünen Spektrum. Manche Koordinationsversuche waren in der Vergangenheit zu sehr auf die unmittelbare parlamentarische Machtperspektive orientiert und konnten damit von den Parteistrukturen mit ihren Droh- und Abhängigkeitsverhältnissen schnell ausgebremst oder als Spielwiese abgetan werden.

Die neue Sammlungsbewegung soll sich nicht nur auf einzelne Personen oder „Stars“ konzentrieren, sie muß allen Gruppen, die nach solchen Perspektiven suchen, eine faire Kooperation zum gegenseitigen Vorteil und zur gegenseitigen Unterstützung anbieten. Neben der notwendigen Kooperation mit den üblichen Bündnispartnern wie Gewerkschaften, linken Jugendorganisationen und Sozialverbänden sollte man Plattformen wie Diem25, Demokratie in Bewegung, der Progressiven Sozialen Plattform, der Initiative: Abrüsten jetzt!, den Willy-Brandt-Kreis, den Bundesausschuß Friedensratsschlag einbeziehen. Es gibt vielleicht nur noch diese Chance für einen neuen Aufbruch.

**Marco Bülow (SPD), Sevim Dagdelen (Partei Die Linke), Antje Vollmer (Grüne)**

4. 8. 2018 (red. gekürzt)

## Es gibt ein großes Potential für einen Neuanfang

Die Sammlungsbewegung sollte mit der Veränderung des – in deutscher Tradition besonders unversöhnlichen – Umgangs unterschiedlicher Parteien, Fraktionen und geistigen Strömungen untereinander

verbunden sein: Differenzen nicht verwischend, aber offen, tolerant und kameradschaftlich in der Form. Ein solcher neuer, Diffamierungen und Rechthaberei hinter sich lassender Stil würde sich besonders auf jenen

Wahrnehmungsebenen und in jenen Politikbereichen zu beweisen haben, wo konträre Sichtweisen bestehen, so bei der persönlichen Sicherheit im Alltag und der Bekämpfung großer (auch Wirtschafts-) wie kleiner

Kriminalität sowie beim Umgang mit Flucht und Migration (...)

In krassem Gegensatz zur Tendenz der Wahlergebnisse belegen etliche Meinungsumfragen, daß die politische Grundeinstellung der Gesamtbevölkerung – in den vergangenen anderthalb Jahrzehnten sogar verstärkt – in den „harten“ Themen der Politik deutlich links von den neoliberalen Eliten verortet ist. Wir brauchen deshalb einen alternativen Politikentwurf, der zunächst die Rückkehr zur Entspannungspolitik nach außen ins Auge zu fassen hätte, den Stop der Waffenexporte in Spannungsgebiete, eine solidarische Unterstützung der armen Länder sowie die Demokratisierung und einen Kurswechsel der Europäischen Union, einen erneuerten Sozialstaat zwecks Sicherung des Lebensstandards im Alter und bei Erwerbslosigkeit sowie einer guten Pflege und Gesundheitsversorgung, die

Neuregelung des Wohnungsmarkts zwecks Garantie für alle bezahlbarer Mieten, stärkere Steuergerechtigkeit bei Vereinfachung des Systems und Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen, die Re-Regulierung der Wirtschaft, insbesondere des Finanzsektors, in Kombination mit einem innovativen ökologischen Umbauprogramm, die Stärkung des Binnenmarkts, die staatliche Steuerung des begonnenen Digitalisierungsprozesses zwecks Umverteilung von Arbeit, ferner den Wiederaufbau der kaputtgesparten Infrastruktur- und Versorgungseinrichtungen, die wieder in die öffentliche Hand gehören, sowie den großzügigen Ausbau der Bildungseinrichtungen bei Förderung aller Begabungen unabhängig von der sozialen und ethnischen Herkunft.

Auf einen Begriff gebracht, geht es darum, Gemeinschaftlichkeit und gesellschaftliche Solidarität auf einem qualitativ höheren Niveau

und damit auch die Würde der Individuen zu stärken, und das setzt eine umfassende und systematische Politik sozialer Angleichung voraus.

**Prof. Dr. Peter Brandt,**  
8. 8. 2018 (red. gekürzt)

*Peter Brandt leitete bis März 2014 den Arbeitsbereich Neuere Deutsche und Europäische Geschichte der Fernuniversität Hagen und ist Direktor des interdisziplinären Dimitris-Tsatsos-Instituts für Europäische Verfassungswissenschaften. Peter Brandt hat 1973 an der Freien Universität Berlin mit einer Dissertation über die Rekonstruktion der deutschen Arbeiterbewegung 1945/46 promoviert und sich 1988 an der Technischen Universität Berlin habilitiert. Er ist Autor und Herausgeber zahlreicher Werke zur neueren deutschen Geschichte und Mitglied des Vorstandes der Friedrich-Ebert-Stiftung.*

## Linke Machtoption?

„Die Idee ist gut. Der Zeitpunkt ist richtig gewählt. Das Bedürfnis nach tiefgreifender Veränderung ist riesig“, schreiben der SPD-Bundestagsabgeordnete Marco Bülow, die Linke Sevim Dagdelen und die Grüne Antje Vollmer. Es geht um die Sammlungsbewegung „Aufstehen für ein friedliches und gerechtes Land“, die Sahra Wagenknecht und andere am 4. September ausrufen wollen. Sie sei keine neue Partei, sondern verstehe sich als außerparlamentarische Bewegung, die neue Themen und Positionen in die öffentliche Debatte bringen will. Mit dabei sind der Sozialpolitiker Rudolf Dressler (SPD), der Soziologe Wolfgang Streeck, der Dramaturg Bernd Stegemann. Wagenknecht nennt als Ziel „andere politische Mehrheiten und eine neue Regierung mit sozialer Agenda“. Dafür will die Sammlungsbewegung Mitglieder der SPD, der Grünen, der Linken, Parteilose und Nichtwähler mobilisieren. Die SPD sei ein „Schlüssel“ für andere politische Mehrheiten. Solange die SPD ihre Agenda-2010-Politik fortsetze, werde sie aber weiter schrumpfen. „Das verringert die Chance auf eine linke Machtoption“, so Wagenknecht. Das Projekt will als überparteiliches, außerparlamentarisches Bündnis agieren. „Wenn der Druck groß genug ist, werden die Parteien, auch im Eigeninteresse, ihre Listen für unsere Ideen und Mitstreiter öffnen“, meint

Sahra Wagenknecht. Umfragen zufolge gibt es unter Wählern aller Bundestagsparteien nicht wenige, die Wagenknecht unterstützen wollen. In den sozialen Medien hoffen viele Anhänger auf eine Wahlkandidatur. Auch Befürworter „linkspopulistischer“ Versuche nach dem Vorbild von Corbyn und Mélenchon setzen hierzulande auf Wagenknecht. Der Druck, als Wahlpartei anzutreten, wird groß sein. Käme es dazu, würde sich zeigen, ob neue Linkswähler erschlossen oder nur alte umverteilt werden können. Von einer „linken Machtoption“ zu sprechen, ist aber selbst im Fall des Erreichens formaler Mehrheiten „links von der CDU“, die es auch in der Vergangenheit schon gab, übertrieben. Die Macht läge weiterhin bei den mit der Milliardärs-Oligarchie verflochtenen Funktionseliten in Banken, Konzernen und Staatsapparaten. Denen ist der heutige Sozialhaushalt schon zu hoch. Ohne ihnen weh zu tun, ohne Eingriffe in die Macht und Eigentumsrechte des Großkapitals wird es „tiefgreifende Veränderungen“ nicht geben. „Tiefgreifende Veränderungen“ im Interesse der vielen setzen ein hohes Maß an Organisiertheit, Bewußtheit und Kampfbereitschaft der Bevölkerungsmehrheit voraus. So richtig das Aufstehen für ein gerechtes und friedliches Land ist, so wenig helfen Illusionen, ein solches Land sei ohne härteste Klassen- und

Massenkämpfe zu erreichen. Wagenknecht will Hoffnung machen, gerade auch jenen, die schon resigniert haben, vor allem ehemaligen Anhängern der SPD. Mit Forderungen nach „Erneuerung des Sozialstaats“ und Entspannungspolitik im Sinne Willy Brandts weckt sie Erinnerungen an bessere Zeiten. Das ist legitim, wenn bedacht wird, daß es sich um die „30 goldenen Jahre“ des Kapitalismus 1945 bis 1975 handelte, um die Zeit der Systemkonkurrenz zwischen Kapitalismus und Sozialismus in Europa und – damit verbunden – einer starken Arbeiterbewegung. Stärkt die Sammlungsbewegung die Selbsttätigkeit, Organisiertheit, Bewußtheit und Kampfkraft der heutigen unteren Klassen und Schichten, oder nährt sie die falsche Hoffnung, es genüge ein Austausch des Spitzenpersonals? Auch daran wird ihr Erfolg zu messen sein. Sollte künftig in den Medien stärker über Sahra Wagenknechts Sammlungsbewegung und weniger über die AfD gesprochen werden, wäre das in jeder Hinsicht ein kultureller Fortschritt. Die Schattierungen, Politiken und Formen der Sozialdemokratie werden vielfältiger. Wir suchen in Gewerkschaften, in der Friedensbewegung und in sozialen Bewegungen die Diskussion und Aktionseinheit mit allen von ihnen.

**Beate Landefeld**  
(„UZ“, 10. 8. 2018)

## Bündelung ja, aber nicht von oben

Eine linke Bewegung per se abzulehnen ist in der heutigen Zeit, in der Rassismus und extrem rechte Politik die Oberhand gewinnen, kontraproduktiv. Die Bündelung linker Kräfte ergibt aber nur dann Sinn, wenn das Ideal eines Politikwechsels langfristig ins Auge gefaßt wird. Der Status quo der deutschen Parteienlandschaft ist starr und ein Wechsel der Führungskräfte nicht in Sicht.

Brauchen wir, braucht die LINKE (*gemeint ist hier von der Autorin vermutlich nicht die Partei, die sich selbst in Versalien als DIE LINKE präsentiert, sondern tatsächlich „die Linke“ im ja wohl umfassenderen Sinn; Red. RF*) eine weitere linke Bewegung? Es ist ja nicht so, daß es in Deutschland an linken politischen Initiativen, Protesten oder Stimmen mangelt. Nehmen wir Bayern. Tausende Menschen demonstrierten

gegen das neue Polizeigesetz. Auch der Protest gegen die unmenschliche Behandlung und Abweisung von Menschen auf der Flucht bringt die Menschen in München auf die Straße. Nun kommen Sahra Wagenknecht und Oskar Lafontaine als Linkspartei-Politiker und gründen die Sammlungsbewegung „Aufstehen!“ (...) Eine Sammlung. Eine Bewegung. Ein Ideal? Sie reden von einer Spaltung Deutschlands, in der

die Gewinner die Großunternehmen und Wohlhabenden sind. Der „kleine Bürger“ ist der Verlierer, der der Gentrifizierung zum Opfer fällt, der ganz schnell ganz unten ist, wenn er seinen Job verliert.

Die Ziele von „Aufstehen!“ sind schnell erklärt. Angelehnt an die Friedenspolitik von Willy Brandt will man Abrüstung, Entspannung und eigenständige Politik und europäische Interessen in den Mittelpunkt stellen. Statt Burnout-Gefahr im Arbeitsprekariat oder Hartz IV wird die Arbeit umverteilt. Unser Sozialstaat schwächt massiv. Aus diesem Grund fordert das Duo Wagenknecht und Lafontaine in seinem Papier „fairLand“ ein „gerechtes und friedliches Land“, „sichere Arbeitsplätze“, „gute Löhne“, „Gemeinwohl statt Rendite“, „gerechte Steuern“ und die Wiederherstellung der Demokratie. Die Liste ist lang.

Karl Marx sprach bereits davon, daß „jeder Schritt wirklicher Bewegung wichtiger ist als ein Dutzend Programme“. Die deutsche Linke (Meint Hannemann hier nur die Partei Die Linke? RF) hat ein Programm. Und sie hat viele Bewegungen von unten und noch mehr Strömungen. Wagenknecht hat recht, wenn sie politisches Outsourcing betreibt und linke Kräfte einsammeln möchte. Sie irrt aber, wenn sie sich

auf linke SPD- oder Grünen-Sammlungsbewegungs-Aktivist\*innen verläßt und dadurch eine politische Kehrtwende innerhalb dieser Parteien erreichen will. Die SPD ist de facto tot. Deren Parteispitze um Andrea Nahles, Olaf Scholz oder Lars Klingbeil will vieles. Aber sicher keine wirkliche sozialistische Veränderung in der Arbeitswelt oder in der Steuerpolitik. Ihr Tun zeigt, daß eine Investition ins Gemeinwohl in weiter Ferne liegt. Dazu fehlt der Mut, dafür ist das Machtgefühl der Regierungsbeteiligung zu groß. Linke SPD-Abgeordnete auf den unteren Rängen stören da nur. Mit einem Lächeln werden diese Rebellen abgenickt, und weiter geht es im Tagesablauf.

Und die Grünen? Etwas Charisma in der Persona Habeck, eine neue PR-Strategie, und die Wiedergeburt hat begonnen. Selbst wenn ein lobenswertes Umdenken bei Hartz IV und den unmenschlichen Sanktionen eingesetzt hat, werden auch sie sich den Eliten in Parteien, Unternehmen oder Verbänden unterordnen müssen. Wir erinnern uns: Im Geburtsjahr der Agenda 2010 (Hartz I-IV) regierte Rot-Grün. Auch in einer Koalition bleiben die Grünen der Wurmfortsatz der übermächtigen CDU. Politisch ist die Zukunft die Gegenwart. Bleibt somit als Rettungsanker nur eine linke

Sammlungsbewegung außerhalb der Parteien und doch parteiisch geführt? Die Kraft und die Initiativen der Menschen werden mehr denn je gebraucht. Eine Bewegung gegen die inhumane und rechts orientierte Politik ist vonnöten. Aus dieser Sicht heraus wandelt „Aufstehen!“ auf den Spuren von Karl Marx.

Allerdings ist es wenig hilfreich, eine von oben diktierte Bewegung ins Leben rufen zu wollen, die bereits im Vorfeld nur von bekannten Persönlichkeiten angeführt werden soll – in Ermangelung der Erfolgsaussicht. Aber genau das haben die Menschen satt. Sie wollen mitreden, fernab von vorgefertigten politischen Schnittmustern. Frei, politisch unabhängig und ohne Personenkult. Die Wahrheit ist: „Aufstehen!“ ergänzt die Bewegungen im Land. Ein politisches Umkrempeln wird sie mittelfristig nicht bringen.

**Inge Hannemann**  
(„nd“, 10. 8. 2018)

*Hannemann ist Hartz-IV-Kritikerin und war PDL-Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft. Aktuell ist sie im Kreisvorstand der PDL Lüneburg aktiv.*

## Liebknecht-Kreis Sachsen unterstützt „Aufstehen!“

Der Liebknecht-Kreis Sachsen, ein Zusammenschluß im dortigen Landesverband der Partei Die Linke, veröffentlichte Mitte August eine Erklärung zur Sammlungsbewegung „Aufstehen!“:

Der Liebknecht-Kreis Sachsen unterstützt nachdrücklich das Projekt „Aufstehen!“ Wir sehen darin vor allem die Chance, eine starke außerparlamentarische Bewegung gegen die neoliberale Politik und den politischen Rechtsruck sowie für mehr soziale Gerechtigkeit und eine friedliche

Außenpolitik in Gang zu bringen. Eine Mehrheit in unserem Land will ein Ende der explodierenden sozialen Ungleichheit, Vermögenssteuern für die Reichen, einen höheren Mindestlohn, armutsfeste Renten, bezahlbare Mieten und lehnt die für das nächste Jahrzehnt geplante Verdoppelung der Rüstungsausgaben ab. Eine gesellschaftliche Bewegung von unten muß diesem derzeit vorwiegend stillen Protest eine in den politischen Auseinandersetzungen unüberhörbare Stimme

geben. Es gilt wieder einmal, „die versteinerten gesellschaftlichen Verhältnisse dadurch zum Tanzen zu bringen, daß man ihnen ihre eigne Melodie vorsingt“. (Karl Marx, 1844) Nicht zuletzt die negative Reaktion aus Leitmedien und Bundestagsparteien bestärken uns darin, entschieden für den anstehenden linken Neustart und dabei auch für eine deutlich kämpferische Linkspartei einzutreten.

Natürlich brauchen wir dabei auch eine „linke Machtoption“ und letztlich eine „sozialere Regierung“. Aber wir sollten nicht erneut der Illusion aufsitzen, daß ein wirklicher Politikwechsel gegen den Neoliberalismus und die Militarisierung der internationalen Beziehungen schnell und einfach erreicht werden kann.

Neoliberalismus und Kriegspolitik sind machtpolitisch in keiner Weise am Ende. Nach allen geschichtlichen Erfahrungen (nicht zuletzt der Jahre 1918 und 1968 in Deutschland) wissen wir, daß es für grundlegende politische sozialökonomische Veränderungen einer gesellschaftlichen Kraft mit geradezu revolutionärer Stärke bedarf. Die Schaffung von linker Gegenöffentlichkeit und politischer, gewerkschaftlicher und geistig-kultureller Gegenmacht sollte von uns als nächster unumgänglicher Schritt im Kampf gegen ein tiefgestaffeltes politisches System der Kapitalherrschaft verstanden werden.



Karikatur: Klaus Stuttmann

## Gesellschaft verändern – Linke Bewegungen stärken!

Die neue Sammlungsbewegung „Aufstehen!“ ist ein Versuch, linke und fortschrittliche Kräfte zu sammeln und für einen gemeinsamen Kampf für Frieden, Gerechtigkeit, Umverteilung und gegen die Rechtsentwicklung in der Gesellschaft zu gewinnen. Das Marxistische Forum begrüßt diese Initiative und bittet seine Mitglieder und Sympathisanten/Sympathisantinnen, sich an dem Aufbau dieser Sammlungsbewegung zu beteiligen. Das Marxistische Forum wird sich dafür einsetzen, daß antikapitalistische und marxistische Positionen in der Partei Die Linke und in der neuen Sammlungsbewegung gestärkt werden. Die neue Sammlungsbewegung kann gesellschaftliche Veränderungen durch außerparlamentarischen Druck ermöglichen, wenn sich viele fortschrittliche und linke Kräfte als Teil dieser Sammlungsbewegung einbringen und Angebote für eine konkrete Politikgestaltung machen.

Das Marxistische Forum sieht in der Sammlungsbewegung „Aufstehen!“ eine Chance, eine Stärkung von fortschrittlichen gesellschaftlichen Diskursen und eine Stärkung der außerparlamentarischen Bewegung von links zu organisieren. Ziel muß es dabei sein, gemeinsam mit Gewerkschaften, Sozial- und Umweltverbänden, Mieterinitiativen, Flüchtlings- und Migrationsinitiativen, aber vor allem auch mit den vielen Betroffenen des neoliberalen Gesellschaftsumbaus außerparlamentarischen Druck zu organisieren, um andere gesellschaftliche Mehrheiten zu erreichen.

Seit vielen Jahren befindet sich die politische Linke in der Defensive. Neoliberale Kräfte haben den großflächigen Umbau der Gesellschaft hin zu einer marktkonformen Demokratie eingeleitet. Die sozialen Kämpfe gegen

diesen neoliberalen Umbau haben einige Erfolge erzielt, konnten jedoch den Angriff auf den Sozialstaat nur bedingt abwehren. Eine starke fortschrittliche Sammlungsbewegung, die soziale Themen auf die Agenda der Politik hebt, kann einen Beitrag für eine Veränderung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen leisten. Die Stärkung linker Kräfte eröffnet die Chance, AfD und neurechte Bewegungen zurückzudrängen. Die neue Sammlungsbewegung kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten.

Das Marxistische Forum begrüßt den Versuch, die gesellschaftliche Rechtsentwicklung zu bekämpfen und durch fortschrittliche Angebote, „Arbeitnehmer“ und „Arbeitnehmerinnen“, sozial Ausgegrenzte und Betroffene des neoliberalen Gesellschaftsumbaus für den Einsatz für eine solidarische und soziale Politik zu gewinnen.

Das Marxistische Forum sieht für die geplante Sammlungsbewegung folgende Themen, mit denen sich die Mitglieder und Sympathisanten des Marxistischen Forums in die inhaltliche Profilierung und in Aktionen der Sammlungsbewegung einbringen werden:

• **Für eine Stärkung der Friedensbewegung.** Gemeinsam gegen Aufrüstung, Krieg und für ein Verbot von Waffenexporten, für eine neue Entspannungspolitik und Schaffung einer gesamteuropäischen Friedensordnung unter Einfluß von Rußland. Für eine friedliche Außenpolitik und sofortige Beendigung der Eskalation durch die Einmischung in die Souveränität anderer Staaten mit dem Bestreben, einen „regime change“ herbeizuführen.

• **Für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung.** Gemeinsam gegen Freihandelsabkommen und

die Ausbeutung des globalen Südens. Aufstehen gegen die Profitinteressen der großen transnationalen Konzerne.

• **Für internationale Solidarität.** Gemeinsam gegen Chauvinismus und Nationalismus. Für internationale Zusammenarbeit der fortschrittlichen Bewegungen.

• **Für ein starkes Bündnis gegen rechts.** Gemeinsam gegen Rassismus, Ausgrenzung und gegen die Militarisierung der EU-Außengrenzen. Für eine Politik, die Fluchtursachen bekämpft. Aufstehen gegen die neoliberale Politik, die kontinuierlich die Existenzbedingungen von Menschen in den Ländern des globalen Südens zerstört.

• **Für einen Ausbau des Sozialstaates.** Gemeinsam gegen Ausbeutung, Sozialabbau, Privatisierung und neoliberalen Umbau der Gesellschaft.

• **Für eine Umverteilung von oben nach unten.** Gemeinsam für die Einführung einer Vermögensabgabe, für eine Vermögenssteuer und eine deutliche Erhöhung des Spitzensteuersatzes.

• **Für den Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge.** Gemeinsam gegen Privatisierung und Deregulierung.

• **Für einen ökologischen Umbau der Industriegesellschaft.** Gemeinsam gegen Klimawandel, Umweltzerstörung und für eine Demokratisierung des Energiesektors und einen ökologischen Umbau des Verkehrssektors.

• **Für eine starke Mieterbewegung.** Gemeinsam gegen Verdrängung und für den Ausbau eines öffentlichen Wohnungsmarktes.

Für das Marxistische Forum: Uwe Hixsch, Marion Herrmann, Harri Grünberg (17. 8. 2018)

## Der „Flüchtlingsstreit“, eine Art von Schaulaufen

Worum wird gestritten? Geht es um Armut, soziale Ungleichheit, obszönen Reichtum, zerbröselnde Altersversorgung, marode Schulen, die Pflegekatastrophe, die marode Infrastruktur? Den ganz normalen Wahnsinn der neoliberalen Zurichtung? Natürlich nicht. Es geht um jene sehr überschaubare Zahl armer Menschen, die es trotz Auffanglager, Mauern und NATO-Drahtzäunen, die schon weit südlich in Afrika beginnen, trotz Mittelmeer und versperrten Häfen, trotz der europäisch finanzierten Konzentrationslager Erdoğans irgendwie nach Europa geschafft haben. Diese Menschen sollen hier nicht sein. Ihre Zahl ist den Vorkämpfern des christlichen Abendlandes und der europäischen Wertegemeinschaft zu hoch. Sie soll gesenkt werden ... Der „Flüchtlingsstreit“ ist eine Art Wettlauf, wer dazu die reaktionärsten und brutalstmöglichen Regelungen anzubieten hat. Natürlich ist die „Flüchtlingskrise 2018“ weit davon entfernt, ein objektives Problem zu sein. Die Bundesrepublik hatte nach dem 2. Weltkrieg um Dimensionen höhere Flüchtlingszahlen „freudig“ aufgenommen. Aber

damals waren die Flüchtlinge aus dem Osten der Beweis für die „Unmenschlichkeit des kommunistischen Unrechtsregimes“. Heute sind die Flüchtlinge aus dem Süden höchstens der Beweis für die von der „westlichen Wertegemeinschaft“ angerichteten und auch auf „uns“ zustürzenden ökonomischen und ökologischen Katastrophen. So etwas will von den Allerchristlichsten niemand wissen. (...) Die „Flüchtlingskrise 2015“ war so etwas wie der Reichstagsbrand 1933 oder der Anschlag auf die Zwillingstürme 2001. Ein medial als traumatisch dargestelltes Ereignis, das alles legitimiert, was vorher undenkbar war. Manchmal kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die flüchtenden Menschen 2015 nur deshalb so ins Land gelassen wurden, um nun ein „Argument“ für einen umfassenden rechten Durchmarsch zu haben. (...) In der Sache reicht dieser Durchmarsch von den umfassenden Polizeigesetzen, welche die Repressionskräfte im Inneren wieder bürgerkriegsfähig machen sollen – Repressionskräften, zu denen auch die Bundeswehr zu zählen ist –, bis hin zu einer europäischen Armee, natürlich inklusive der Bundeswehr,

die „strategische Autonomie“ (von der Leyen) anstrebt ... Geradezu klassisch wird auch die Unschuldsvermutung abgeräumt, die allseitige digitalisierte und automatisierte Überwachung ermöglicht und eine, wie in Bayern, möglichst unbeschränkte Vorbeugehaft durchgesetzt. Diese natürlich völlig unvollständige Sammlung zeigt schon, wohin die Reise geht: Deutsch-Europa will ohne Zweifel ein „erwachsenes“ imperialistisches Zentrum werden, das sich erfolgreich mit den russisch-asiatischen Konkurrenten um die Erbmasse des US-Imperiums streiten kann. Die Kanzlerin stand bislang ungerührt für die atlantische Vasallentreue, für die großen Erzählungen des globalen neoliberalen Handelsimperialismus im Schatten der US-Flugzeugträger. Dieses Feigenblatt ist mit Donald Trump abgeräumt ... Was nun zählt, ist der ordinäre, selbstgefällige, egozentrische und immer auch rassistische Imperialismus. Die Flüchtlingsdebatte zeigt sehr klar, daß dieses Land – und vor allem seine Eliten – damit eine Menge Erfahrung hat.

Klaus Wagener  
(Gekürzt aus „UZ“, 29. Juni 2018)

# Aufmarschgebiet Baltikum

Im Baltikum drohe die Gefahr, „daß aus einem nichtigen Anlaß – oder gewollt – die Situation so eskaliert, daß sie politisch nicht mehr beherrschbar ist“, warnt Uwe Markus mit Blick auf das „Aufmarschgebiet Baltikum“. Gemeinsam mit Ralf Rudolph, ehemaliger Oberst der NVA, geht er im gleichnamigen Buch unter anderem auf den Ausgangspunkt dieser Konfrontation ein, die NATO-Osterweiterung. Das Agieren der EU in diesem Bereich, sehr hemdsärmelig, ohne Absprache mit Rußland, gehöre ebenso dazu. Das habe dafür gesorgt, daß die Spannungen zunehmen.

Beide analysieren in dem Buch die zunehmende Konfrontation zwischen der NATO und Rußland durch Truppenverlegungen und Manöver. Dies habe dazu geführt, daß in der Region an der Ostsee „die Gefahr eines militärischen Konflikts besonders hoch ist“. Dabei wird auch daran erinnert, daß Wladimir Putin in seiner Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 die NATO-Osterweiterung als „provokierenden Faktor“ bezeichnete und im April 2008 bereits warnte: „Wir betrachten die Ankunft eines Militärblocks an unseren Grenzen ... als eine direkte Bedrohung der Sicherheit unseres Landes.“

„Diese Aussage gilt auch für die zunehmende militärische Präsenz der NATO und der US-Streitkräfte im Baltikum“, so Rudolph und Markus in ihrem Buch. Die Autoren stellen fest: „Als am 29. März 2004 Estland, Lettland und Litauen in der zweiten Runde der NATO-Osterweiterung in die Allianz aufgenommen wurden, verstieß das Bündnis gegen seine eigenen Regeln. Zu den Aufnahmekriterien der NATO gehört, daß die Kandidaten sich selbst verteidigen können. Dies war und ist bei keinem der drei baltischen Staaten der Fall.“ Deshalb haben beispielsweise die Streitkräfte anderer NATO-Armeen sogenannte Luftpolizei-Aufgaben über dem Baltikum übernommen. Dazu gehören Jets der Bundesluftwaffe mit scharfen Waffen entlang der russischen Grenze.

Uwe Markus sagt: „Das erste Ziel ist, daß die baltischen Staaten sich damit als Außenposten der Europäischen Union, als Außenposten des Westens, darstellen können.“ Sie würden die

anderen NATO-Partner mit der Betonung der angeblichen Gefahr eines Überrollens durch Rußland in die Pflicht nehmen und „in gewissem Sinne auch moralisch erpressen“.

Und: „Die Diskussion über eine angebliche russische Gefahr, einen bevorstehenden Angriff Rußlands auf das Baltikum, kann natürlich auch benutzt werden seitens der Führungsmacht USA, um die NATO zu disziplinieren.“ Das helfe zum Beispiel beim Durchsetzen der Zwei-Prozent-Marke für Rüstungsausgaben. Das Beschwören einer russischen Bedrohung ermögliche der NATO-Führungsmacht, sich stärker direkt militärisch und politisch innerhalb der Allianz zu positionieren.

Markus erinnert an „klare Aussagen der russischen Regierung, daß man nicht im Traum daran denke, das Baltikum irgendwie zurück-zuholen“. Dagegen werde seit 2014 wiederholt behauptet, Präsident Putin hätte die Absicht, „die russische Erde wieder einzusammeln“. Moskau habe statt dessen kein Interesse an einem solchen „politischen Selbstmord“. Die politischen und militärischen Folgekosten wären für Rußland viel zu hoch, um einen solchen Schritt zu rechtfertigen.

NATO-Kreise und -Medien diskutieren immer wieder über die „Suwalki-Lücke“ zwischen Polen und Litauen als „Achillesferse der NATO“. Ein möglicher russischer Angriff dort setze laut Markus voraus, daß die Russen bereit wären zu einem großen Krieg gegen die NATO. „Man muß sich da die Frage stellen: Warum sollten sie das tun? Warum sollten sie das riskieren?“ Würde die NATO versuchen, die „Suwalki-Lücke“ bei einem russischen Angriff offenzuhalten, käme es zu einem „richtig großen konventionellen oder teilweise mit nuklearen Mitteln geführten Krieg“. Für Markus stellt sich die Frage: „Wie realistisch ist eine solche Annahme, und wie verantwortlich ist es, mit einem solchen militärischen Ernstfall zu spielen und den zur Vorlage für irgendwelche Manöver zu nehmen?“

Kritiker verweisen darauf, daß mit dem NATO-Aufmarsch im Baltikum wieder deutsche Soldaten und Waffen mit dem Balkenkreuz etwa 160 Kilometer vor St. Petersburg,

dem früheren Leningrad, stehen. Für den Historiker Wolfgang Benz ist das zum einen ein Beleg dafür, daß nicht aus der Geschichte gelernt wird. Zum anderen erklärte er, der Vergleich sei nicht zutreffend, „schließlich arbeiten – trotz aller Schwierigkeiten und Probleme, die es derzeit wegen Versäumnissen auf beiden Seiten gibt – die NATO und die russische Armee in manchen Bereichen zusammen. Sie stehen sich nicht feindlich gegenüber.“

Abrüstungsexperte Rudolph widerspricht Benz und verweist darauf, „daß es in den letzten Monaten und eigentlich schon seit der Krimfrage fast keine Zusammenarbeit zwischen Rußland und der NATO mehr gibt“. Infolge des Falles um den mutmaßlich vergifteten Ex-Agenten Sergej Skripal habe die NATO alle Verbindungen zu Rußland abgebrochen. Uwe Markus sieht einen Vergleich mit der Zeit vor und während des Zweiten Weltkrieges als schwierig an. Er erinnerte aber an den deutsch-sowjetischen Nichtangriffs- und Freundschaftsvertrag 1939. „Das hat nichts daran geändert, daß man den Überfall auf die Sowjetunion vorbereitet und durchgeführt hat.“

Zu Beginn ihres Buches zitieren die Autoren Otto von Bismarck: „... führt niemals Krieg gegen Rußland! Hoffte nicht, daß einmal die Schwäche Rußlands ausgenutzt, ihr ewig Dividende erhalten werdet.“ Auf den folgenden Seiten gehen sie auf aktuelle Entwicklungen ebenso ein wie auf historische Ursachen und zeigen, daß Bismarcks Erkenntnis aus dem 19. Jahrhundert weiter gültig ist. Sie bringen zahlreiche Daten und Fakten. Rudolph und Markus haben nichtsdestotrotz nach ihren Büchern unter anderem zu Syrien und zur Krim ein weiteres interessantes Werk zu einem aktuellen Konflikt vorgelegt, das Hintergründe und Interessen beleuchtet.

**Gestützt auf „Sputnik news“**

*Ralf Rudolph/Uwe Markus: Aufmarschgebiet Baltikum. Phalanx-Verlag, Berlin 2018, 284 Seiten, 140 Fotos und Karten, 19,20 € ISBN 978-3-00-059845-6*

## BUCHTIPS

### ► Dietmar Dath: Karl Marx

Im Januar 2009 wurde Dietmar Dath vom „Spiegel“ gefragt, ob er für die Beseitigung des kapitalistischen Systems sei. Seine Antwort: „Absolut.“ Mit diesem Beitrag zu Marx' 200. Geburtstag hat Dath nicht nur ein äußerst persönliches Buch über Marx geschrieben, sondern eines, das in seiner Klarheit und Dynamik gleichzeitig eine spannende Einführung in die Marxsche Lehre und deren Nachwirkung bietet. So zeigt er unter anderem, daß Marx das zu Bekämpfende zuerst einmal verstehen will und sich dabei stets an der Praxis orientiert – zwei der vielen Gründe für seine anhaltende Aktualität.

*Reclam-Verlag, Ditzingen 2018, 100 S., 10 €*

### ► Hans Matthaai (Hrsg.): DenkMal Friedhof Ohlsdorf

33 Stätten der Erinnerung und Mahnung

Die vielen Denkmäler und Grabanlagen auf dem Friedhof Ohlsdorf spiegeln wie in einem Kaleidoskop wichtige Ereignisse der Hamburger Geschichte. Vom „Grabdenkmal der Hanseatischen Kampfgenossen 1813–1814“ über das Denkmal für die Revolutionsopfer der Jahre 1918–1920 bis zum Jüdischen Friedhof Ilandkoppel: In diesem mit zahlreichen Abbildungen ausgestatteten historisch-politischen Friedhofsführer werden ausgewählte Orte der Erinnerung vorgestellt, die seit 1814 entstanden sind. Viele Mahnmale und Grabfelder auf dem größten Parkfriedhof der Welt erinnern an Kriegsoffer und den Terror

der Nazis, aber auch an den antifaschistischen Widerstand sowie an zivile Katastrophen. Dabei geht es auch um frühere und heutige Auseinandersetzungen um Gedenkrituale und die Erinnerungskultur.

Die Autorinnen und Autoren (Dr. Rita Bake, Ursel Hochmuth, Margot Löhr, Hans Matthaai, Hans-Kai Möller, Dr. Jörg Schilling, René Senenko, Lars Skowronski, Ursula Suhling, Holger Tilicki, Dr. Michael Wunder u. a.) führen zu den Gedenkorten und beziehen neue Forschungsergebnisse mit ein. Herausgegeben von der Willi-Bredel-Gesellschaft – Geschichtswerkstatt e. V.

*VSA-Verlag, Hamburg 2018. 160 S., 12,80 € ISBN 978-3-89965-833-0*

## Alternativen zum Neoliberalismus

# Eine andere Welt ist möglich

Der ehemalige UN-Diplomat Jean Feyder empört sich über die Verwüstungen der „freien Märkte“. Kuba und Venezuela nennt er als Alternativen. Mit der Wahl des Slogans der Weltsozialforen „Eine andere Welt ist möglich“ ist die Argumentationslinie dieses Bandes vorgezeichnet. Die von Jean Feyder vorgetragene Fälle aus drei Kontinenten können gelesen werden als die empirische Unterfütterung des hinreißenden Essays von Stéphane Hessel „Empört Euch“, das kurz vor Hessels Tod 2010 erschien und binnen weniger Wochen in mehr als einer Million Exemplaren verkauft wurde. Wie Hessel ist Feyder ein langgedienter, hochrangiger UN-Diplomat, der als Beobachter und Akteur an zahlreichen Verhandlungen teilnahm und die federführenden Organisationen kennt, die einmal unter hehren Parolen angetreten waren, um eine bessere Welt zu schaffen, Hunger zu bekämpfen, Konfliktursachen zu beseitigen, Menschenrechte zu verwirklichen – und mit ihren konkreten Taten genau das Gegenteil dessen erreichten. Warum ist das so?

Feyder benennt als Hauptursache die weltweite Durchsetzung des Neoliberalismus. Sie wird gezielt betrieben von den großen Mächten wie den USA, vor allem aber von der EU mittels der von ihr aufgezwungenen Freihandelsverträge, in der Regel „Wirtschaftliche Partnerschaftsabkommen“ (WPA) genannt, die die Ökonomien und in deren Folge die Sozialstrukturen der vormaligen „dritten Welt“ ruinieren. Die dahinterstehenden Interessen sind vor allem die des Finanzsektors mit seinen Börsenspekulationen auf Rohstoffe und agrarische Produkte. Die Dynamik, ja Allgewalt des Finanzkapitals, begünstigt durch die Einrichtung und Duldung von Steuerparadiesen, hat zu einem Zustand geführt, in dem die acht reichsten Familien der Welt über ein Vermögen verfügen, das größer ist

als das Vermögen der ärmeren Hälfte der Welt. All dies hat einen Prozeß eingeleitet, den er die „leise Privatisierung der staatlichen Machtausübung“ nennt.

Dem seit drei Jahren die Medien beherrschenden Thema Flucht ist dann auch gleich das erste Kapitel gewidmet. Der Autor geht dabei auf die tatsächlichen Ursachen ein, die Menschen veranlassen, ihre Heimat zu verlassen: Neoliberalismus, EU-Außenwirtschaftspolitik, die Doppelzüngigkeit der „Armutsbekämpfung“, die Rolle der „öffentlich-privaten Partnerschaften“. Anhand ausgewählter Beispiele (CETA-Abkommen, Griechenland, Glyphosat, der Rolle von Monsanto) wird im zweiten Kapitel dargestellt, wie Konzerninteressen von staatlichen Akteuren unterstützt werden und wie dieses Interessenbündnis Demokratie untergräbt. Die neoliberale Ideologie, die behauptet, durch Zurückdrängen staatlicher Regulierung über die „Freiheit der Märkte“ allgemeinen Wohlstand zu schaffen, erweist sich als das, was sie ist: die Steuerung und Inbesitznahme des Staates zum Zwecke der Profitmaximierung und der Stärkung der Macht des internationalisierten Kapitals. Das etwas oberflächlich geratene dritte Kapitel ist dem Brandherd des Nahen Ostens, der Entstehung des Dschihadismus und der Unterdrückung der Palästinenser gewidmet.

Im vierten und letzten Kapitel „Eine andere Welt ist möglich“ verweist Feyder auf jene Autoren und Akteure, die gewissermaßen die breite Basis eines Bündnisses darstellen, das es möglich machen könnte, eine andere, menschlichere Welt zu schaffen. Kronzeugen sind dafür Stéphane Hessel und Papst Franziskus, der auf die Folgen der Umweltzerstörung für das Überleben der Menschheit hingewiesen hat und „die Dominanz der Wirtschaft“ für diese Gefahren verantwortlich macht. Als Gegenmodelle zum Diktat des

Neoliberalismus nennt Feyder das Kuba Fidel Castros, wo die materiellen Menschenrechte weitgehend realisiert wurden, und das Venezuela von Hugo Chavez und dessen mustergültige Sozialpolitik.

Der Autor schließt mit Zitaten der einschlägigen Artikel aus der UN-Menschenrechtserklärung von 1948 und fragt empört nach der Einlösung der dort festgelegten Grundprinzipien. So ist dieses Buch ein Dokument zutiefst moralischer Empörung über die Zustände dieser Welt und die undemokratische zerstörerische Gewalt des globalisierten Kapitalismus. Persönliche Eindrücke von zahlreichen Reisen und Gesprächen unterfüttern die Darstellung. Dabei wird die Argumentation oft flach: So wichtig die moralischen Appelle für die Mobilisierung der Menschen sind, so sehr hätte eine analytischere Herangehensweise dem hier verfolgten Anliegen geholfen, Strategien zu entwickeln. Der Hinweis auf die gewaltige und stetig wachsende Zahl von zivilgesellschaftlichen Nichtregierungsorganisationen ist nach Meinung des Rezensenten noch nicht der Beweis dafür, daß die Weltgesellschaft sich auf dem Weg zu mehr Demokratie befindet. Diese Organisationen werden doch in zunehmendem Maße von Konzernen und Akteuren des Finanzkapitals instrumentalisiert, und ihre wachsende Zahl allein schafft noch lange nicht jene breite solidarische Front, die nötig wäre, die herrschenden Verhältnisse grundlegend zu verändern. Wichtig ist dieses Buch, weil es die dafür notwendige Empörung einfordert. Diese in Handlungsmacht umzusetzen bleibt eine noch einzulösende Herausforderung.

**Werner Ruf**

(jW, 26. 3. 2018)

*Jean Feyder: Leistet Widerstand! Eine andere Welt ist möglich. Westend-Verlag, Frankfurt am Main 2018, 256 S., 18 €*

## Anzeige von Hubertus Knabe gescheitert

*Der frühere Oberstleutnant des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, Wolfgang Schmidt, wurde am 12. Juli vom Landgericht Berlin freigesprochen. Der Direktor der „Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen“, Hubertus Knabe, hatte Schmidt 2012 angezeigt, weil dieser den 1952 in der DDR verurteilten Bombenleger Johann Buriānek „Anführer einer terroristischen Vereinigung“ genannt hatte. Das Amtsgericht Berlin-Tiergarten hatte Schmidt zu einer Geldstrafe verurteilt, Berufung und Revision wurden vom Land- bzw. Kammergericht Berlin verworfen. Das Bundesverfassungsgericht hob im Januar das Urteil auf und wies das Verfahren zur Neuverhandlung ans Landgericht zurück. Alle aufgelaufenen Gerichtskosten muß die Landeskasse tragen. Wolfgang Schmidt erklärte zu dem Freispruch:*

Seit meiner Verurteilung durch das Amtsgericht Berlin zu einer Geldstrafe von 1200 Euro wegen der „Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener“ am 27. September 2012 sind mehr als fünf Jahre vergangen. Wegen dieser langen Zeit der Ungewißheit und Verunsicherung kann ich angesichts des Freispruchs keinen Triumph empfinden. Aber auch deshalb nicht, weil sich damit im Grundsatz nichts an der fortbestehenden Ausgrenzung und Diskriminierung der ehemaligen Angehörigen des MfS ändert. Mit der Aufhebung dieses vom Bundesverfassungsgericht beanstandeten Urteils verschwindet praktisch en passant auch die meiner Kenntnis nach bislang einmalige Feststellung eines Gerichts, wonach die DDR eine „Willkür- und Gewaltherrschaft“

gewesen sei. Es bleibt zu hoffen, daß derartige Feststellungen künftig wissenschaftlich arbeitenden Historikern auf der Basis objektiver und faktengestützter Analysen überlassen werden.

Erleichterung verspüre ich, weil mit dem Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 24. Januar 2018 in meiner Sache die Rechtssicherheit im Bereich der Meinungsäußerung gestärkt und bekräftigt wurde, was nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Politischen Eiferern, die ihre angemaßte Deutungshoheit über die DDR-Geschichte durch Instrumentalisierung und Mißbrauch von Gerichten durchsetzen wollten, wurden klare Grenzen aufgezeigt.

**Wolfgang Schmidt**

Berlin



## Mythen und Tatsachen zur „Blockade“ und zur Teilung Berlins (2)

# Die Berliner Krise 1948/49

Während sich die Ereignisse in und um Berlin zuspitzten, entwickelte sich hinter den Kulissen ein kompliziertes diplomatisches Spiel, das schließlich zu einem Ende der gefährlich gewordenen Lage führen sollte. Hier sei die Chronologie einiger der wichtigsten Ereignisse nachgezeichnet, die es in diesem Zusammenhang zu beachten gilt: Am 2., 23. und 30. August 1948 trafen sich in Moskau die Botschafter der drei westalliierten Mächte mit Stalin. Es galt zu sondieren, ob ein Ende der Berliner Krise herbeigeführt werden könnte. Die sowjetische Seite unterbreitete dabei den Vorschlag, künftig solle nur die in der SBZ gültige Währung das alleinige Zahlungsmittel für alle Sektoren Berlins sein. Außerdem müsste die Umsetzung der oben erwähnten „Londoner Beschlüsse“ so lange ausgesetzt werden, bis auf einer Konferenz der vier Mächte über sie beraten worden sei. Im Falle der Annahme dieser beiden Forderungen würde die „Blockade“ unverzüglich beendet werden. Sowohl in den Gesprächen mit Stalin als auch mit den gleichfalls im August stattfindenden Unterredungen mit dem sowjetischen Außenminister Molotow lehnten die Botschafter der USA, Großbritanniens und Frankreichs es nach anfänglicher Zustimmung ab, irgendwelche Verhandlungen mit der UdSSR zu führen, um die „Londoner Beschlüsse“ zu erläutern bzw. ihre Realisierung auszusetzen.

Hierauf reagierte die Sowjetunion mit einem sehr weit gehenden Kompromißvorschlag, der nur noch die Forderung enthielt, die D-Mark in Berlin wieder aus dem Verkehr zu ziehen und statt dessen ausschließlich die Währung der SBZ in ganz Berlin einzuführen. Im Falle der Annahme dieses Vorschlages werde die „Blockade“ der Verkehrswege von und nach Berlin beendet werden.

Am 30. August überbrachten die Botschafter der westalliierten Staaten in Moskau der sowjetischen Regierung die endgültige Zustimmung ihrer Regierungen zu diesem Vorschlag. Die verantwortlichen Militärgouverneure in Deutschland wurden mit der Umsetzung dieses Beschlusses beauftragt. Bis zum 7. September 1948 sollten sie ihren Regierungen mitteilen, wie sie die beiden genannten Punkte der Vereinbarung konkret umzusetzen gedachten.

Auch die nicht berücksichtigte Frage der „Londoner Beschlüsse“ schien lösbar zu sein. Nach

der Realisierung der in Moskau getroffenen Vereinbarung solle ein Communiqué veröffentlicht werden, in dem die Diskussion aller ungelösten Fragen bezüglich Berlins und Deutschlands auf einer demnächst durchzuführenden Vier-Mächte-Konferenz angekündigt werde. Es schien so, als ob die „Berliner Krise“ rasch beendet werden könnte.

Plötzlich tauchten an unerwarteter Stelle Schwierigkeiten auf. Der Militärgouverneur der USA in Deutschland, General Clay, erklärte seinen britischen und französischen Kollegen am 27. August 1948, daß für ihn eine Übereinkunft mit der SMAD auf der Grundlage der sich abzeichnenden Moskauer Beschlüsse nicht möglich sei. Die durchaus kompromißbereiten Militärgouverneure Großbritanniens und Frankreichs, die Generäle Robertson und Koenig, waren über diese Auffassung ihres US-amerikanischen Kollegen geradezu entsetzt. Umgekehrt ließ Clay in Washington seine Ansicht verbreiten, daß „meine Kollegen beinahe jede Art von Übereinkunft herbeiwünschen“.

Ein Vier-Sterne-General, der sich den Anweisungen seiner politischen Führung widersetzt? Ein eigentlich unerhörter Vorgang, der nur mit der Rückendeckung Clays von höchster Stelle in Washington zu erklären ist. Hauptsächlich an der strikten Opposition Clays scheiterten bereits am 7. September die Bemühungen der SMAD, die gemeinsamen Beschlüsse, so wie sie knapp vierzehn Tage zuvor vereinbart worden waren, in die Praxis umzusetzen. Vertrauensbildend war dieses diplomatisch sehr ungewöhnliche, ja provokative Verhalten der USA gegenüber der Sowjetunion keineswegs. Es förderte stattdessen den Argwohn der UdSSR gegenüber Washington.

### Das Jessup-Malik-Abkommen und die Beendigung der Berliner Krise

Im Oktober 1948 kam es dessenungeachtet zu neuen Verhandlungen bei den Vereinten Nationen in New York, die in einen Resolutionsentwurf einmündeten, der erneut die Aufhebung aller Verkehrsbeschränkungen und die Einführung der Währung der SBZ in ganz Berlin forderte. Auch diesmal stimmten die Westmächte diesem Beschluß zunächst zu, um ihn dann in letzter Minute, kurz vor der Abstimmung im Sicherheitsrat der UN am 25. Oktober 1948, zu verwerfen: Es sollte nur noch um die Beendigung der „Blockade“ gehen. Dennoch gingen die Gespräche zwischen der UdSSR und den USA zur Beendigung der Berliner Krise weiter. Sie wurden vertraulich von den Botschaftern beider Mächte bei den Vereinten Nationen, Jakob Malik (Sowjetunion) und Philipp C. Jessup (USA), geführt. Am 4. Mai 1949 war es dann endlich soweit. In einer Vereinbarung wurde die Festlegung getroffen, daß am 12. Mai alle vorhandenen Verkehrsbeschränkungen zwischen den Westzonen und Berlin sowie zwischen der sowjetischen Besatzungszone und den Westzonen aufzuheben seien. Damit wurde

auch die Wirtschaftsblockade des Westens gegen die SBZ beendet, die zu schwerwiegenden Beeinträchtigungen der dortigen Ökonomie geführt hatte. So konnten zum Beispiel die ausgebliebenen Lieferungen von Schwefelsäure, Steinkohle und Stahl nicht kompensiert werden.

Ein weiteres Ergebnis des Jessup-Malik-Abkommens bestand in der Vereinbarung, die entstandene Lage in Deutschland, d. h. vor allem die unmittelbar bevorstehende Gründung eines westdeutschen Separatstaates, auf einer Außenministerkonferenz in Paris zu erörtern. Die Sowjetunion legte auf dieser Konferenz, die vom 23. Mai bis zum 20. Juni 1949 in Paris tagte, mehrere Vorschläge zur Verhinderung der Spaltung Deutschlands vor: unter anderem die Schaffung gesamtdeutscher Organe, die Wiederherstellung eines Magistrats für alle Sektoren Berlins, die Durchführung geheimer, allgemeiner und gleicher Wahlen in der Stadt, die Wiederaufnahme der Tätigkeit des Alliierten Kontrollrates und der für Berlin als Ganzes zuständigen Interalliierten Kommandantur. Zugleich sollten Kompetenzen der Alliierten auf gesamtdeutsche Instanzen übertragen werden. Bedeutsam war der neuerlich unterbreitete Vorschlag, innerhalb einer dreimonatigen Frist dem Rat der Außenminister Ausarbeitungen für einen Friedensvertrag mit Deutschland vorzulegen, in dem der Abzug sämtlicher Besatzungstruppen binnen Jahresfrist vorzusehen sei.

Die Reaktionen der Westmächte waren enttäuschend. Ihre Gegenvorschläge vom 28. Mai 1949 beinhalteten die Möglichkeit, daß die sowjetische Besatzungszone dem Geltungsbereich des wenige Tage zuvor verkündeten Grundgesetzes der im Entstehen begriffenen Bundesrepublik Deutschland (BRD) beitreten könnte – für die Sowjetunion eine plumpe Provokation. So kam es wegen der unnachgiebigen Haltung der drei Westmächte zum Scheitern der Pariser Außenministerkonferenz.

Immerhin war es der sowjetischen Führung durch geduldige Verhandlungen gelungen, die „Blockade“ und die Aussetzung des Handels zwischen den Westzonen und der SBZ zu beenden. Die sogenannte Luftbrücke wurde indes bis zum 30. September 1949 fortgesetzt, obwohl seit dem 12. Mai der Verkehr von und nach Berlin wieder ungehindert fließen konnte.

Am Ende konnte die UdSSR ihre politischen Ziele, die auf die Realisierung der Beschlüsse von Potsdam basierten, nicht durchsetzen. Hinter dem von der „Luftbrücke“ gezogenen Rauchvorhang erfolgte die Gründung der NATO und die Vorbereitung der Konstituierung eines westdeutschen Separatstaates. Als Reaktion hierauf entstand die Deutsche Demokratische Republik. Es entwickelten sich jetzt zwei völlig unterschiedliche gesellschaftliche, ökonomische und politische Systeme in Deutschland. Berlin wurde im Ergebnis dieses Prozesses eine geteilte Stadt.

Reiner Zilkenat

„Unsere Aufgabe, die wir in Berlin zu lösen haben, fängt erst an. Wir müssen nicht nur Westberlin, das wir jetzt endgültig gewonnen haben, verteidigen und halten. Wir müssen unsere Landsleute im Osten endgültig befreien.“

**Ernst Reuter (SPD)**  
am 5. Mai 1949 im RIAS

# Ghetto Theresienstadt – Gedenken und Mahnung

Am 3. Juli enthüllten Mitglieder des Stadtverbandes Chemnitz der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA Chemnitz) im Kolonbarium des ehemaligen Ghettos Theresienstadt, dem heutigen Terezín, eine Gedenktafel für die Chemnitzerinnen und Chemnitzer, die dort zwischen 1942 und 1945 den Faschisten zum Opfer fielen.

An diesem Ort, gelegen in der Großen Festung „Theresienstadt“, lagerten rund 26 000 Pappkartons mit der Asche der Toten aus dem Ghetto. Als die Rote Armee vorrückte, ließ die SS, um Beweise zu vernichten, die „Urnen“ abtransportieren. Die Asche von rund 22 000 Toten wurde in die nahegelegene Ohre geschüttet. Dort erinnert heute eine Stele an diese faschistischen Verbrechen. Die übrigen Urnen wurden unweit des Konzentrationslagers Leitmeritz vergraben.

Die deutschen Faschisten ließen das Ghetto 1941 errichten, indem sie die dort ansässige

Bevölkerung zwangsweise aussiedelten. Ursprünglich war dieses Lager als Sammel-lager für Juden aus dem „Protektorat Böhmen und Mähren“ gedacht. Ab 1942 wurden jedoch auch viele Jüdinnen und Juden aus dem „Altreich“ nach Theresienstadt/Terezín deportiert. Unter unmenschlichen Bedingungen lebten sie zusammengepfercht auf engstem Raum und waren den Schikanen ihrer Bewacher ausgesetzt. Für viele blieb, sollten sie nicht vorher bereits umgekommen sein, Theresienstadt nur ein Zwischenaufenthalt. Zahlreiche Menschen wurden vom Ghetto aus weiter nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.

Rund 140 000 Menschen wurden zwischen 1941 und 1945 nach Theresienstadt verschleppt, darunter auch Bürgerinnen und Bürger aus Österreich, den Niederlanden, der Slowakei, Ungarn und Dänemark. Aus Białystok kamen 1260 Kinder. Wie viele Chemnitzerinnen und Chemnitzer in das

Ghetto deportiert wurden, läßt sich heute nicht mehr genau feststellen. Unterschiedliche Quellen mit ebenso unterschiedlichen Forschungsständen nennen Zahlen zwischen rund 120 und 500. Eine neuere Publikation „NS-Terror und Verfolgung in Sachsen“ von Dr. Brenner und weiteren Autoren geht von rund 225 Deportierten aus. Viele gehörten der Jüdischen Gemeinde an. Aber auch Menschen, die nach den Nürnberger Rassegesetzen zu „Mischlingen 1. und 2. Grades“ erklärt worden waren, kamen in das Ghetto.

In seiner Rede während der Enthüllung der Gedenktafel erinnerte der Vorsitzende der VVN-BdA Chemnitz, Enrico Hilbert, daran, wie wichtig es gerade in der heutigen Zeit ist, die Erinnerung an die Verbrechen der deutschen Faschisten wachzuhalten und faschistischen Tendenzen überall entgegenzutreten.

**Raimon Brete**  
Chemnitz

## Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald vor 60 Jahren eingeweiht

Der zweite Septembersonntag war in der DDR traditionell der Gedenktag für die Opfer des Faschismus.

Am 14. September 1958 war zum ersten Mal der weit ins Land tönende Klang der Glocke von Buchenwald zu hören. An diesem Tag hatten sich über 80 000 Menschen, darunter 4000 ausländische Gäste, auf dem Ettersberg eingefunden, um an der Einweihung der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald teilzunehmen. Eine Urnenschale mit Asche und blutgetränkter Erde aus zweiundsechzig faschistischen Mordstätten war am Vortag in die Gruft des Glockenturms eingebracht worden. In den Feuerschalen der Pylonen an der Straße der Nationen mahnten die Flammen. Die feierliche Einweihung der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte nahm der erste Ministerpräsident der DDR, Otto Grotewohl, vor. In seiner Ansprache sagte er: „Die Stimmen der Toten und der Lebenden vereinigen sich in den Glockentönen zu dem mahnen-den Ruf: Nie wieder Faschismus und Krieg ... Friede sei ihr erst' Geläute. [...] Über dieser Stunde steht das Wort: ‚Ruhm und Ehre den Helden des Widerstands und den Opfern des faschistischen Terrors!‘ Von hier aus erheben wir unsere Stimme in alle Richtungen und zu allen Menschen in Deutschland und über die Grenzen Deutschlands hinaus. Wir rufen die Lebenden zum Handeln. Wir mahnen sie, im Kampf gegen den Faschismus nicht zu erlahmen und die Menschen für den Frieden der Welt weiter zum Erfolg zu führen. [...] Völker aller Länder, verteidigt das höchste Gut der Menschheit, den Frieden [...]“ (*Buchenwald mahnt. Volksverlag, Weimar 1961. S. 7 ff.*)

In Grußworten ehemaliger Häftlinge aus dem Ausland fanden diese Gedanken lebhaft

Unterstützung. Colonel Henri-Frédéric Manhès, ehemaliger französischer Internierter im KZ Buchenwald, Präsident der Fédération Internationale des Résistants, dankte „[...] dem deutschen Volk und den Staatsmännern der Deutschen Demokratischen Republik dafür, daß Buchenwald – das gestern tausendmal verfluchte Buchenwald – heute zu einem gigantischen Mahnmal geworden ist, dem ersten, das je ein Volk errichtet hat [...] Von nun an wird die Glocke von Buchenwald jeden Tag ertönen [...] für eine Zukunft des Friedens und der Freiheit.“ (*ebd., S. 24 f.*)

Ein Gelöbnis der Teilnehmer an dem feierlichen Akt beendete die Einweihung. Es wurde von dem Schauspieler, Regisseur und Intendanten des Deutschen Theaters Berlin, Wolfgang Langhoff, gesprochen, der selbst von den Nazis verfolgt und Häftling in den KZs Börgermoor und Lichtenburg gewesen war. Fortan besuchten Millionen Menschen aus dem In- und Ausland diese Stätte.

Jahrzehnte erfolgreichen Wirkens der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Mahn- und Gedenkstätte, in das stets Überlebende mit ihrem Wissen und ihren Erfahrungen einbezogen waren, fanden mit der Veränderung der politischen Verhältnisse in Deutschland ihr Ende. Bezeichnend für die Denkrichtung ist die Äußerung des damaligen Stellvertretenden Direktors der Gedenkstätte Buchenwald, R.-G. Lüttgenau. In einem Aufsatz „Der Auftrag der Geschichte an die Stadt Weimar“ schrieb er: „Die DDR wußte sich zu helfen. Anstatt sich den Herausforderungen des Ortes zu stellen, riß sie ihn zunächst einmal ab. Es wurde Platz geschaffen für die Möblierung eines Polittheaters, in dem Heldentum gepredigt und Anpassung gemeint war ...“

(*Rikola-Gunnar Lüttgenau: Der Auftrag der Geschichte an die Stadt Weimar. In: Stefan Wolf [Hrsg.]: Kaleidoskop Weimar. Die vielfältige Entwicklung einer Stadt. Weimar 2017. S. 164*)

Solcherart erbärmlich-arrogante Anmaßung ist notwendiges Mittel, mit moralischer Überheblichkeit den Zeitgeist zu bedienen, um den organisierten politischen Widerstand im KZ Buchenwald, den Antifaschismus und damit die DDR zu delegitimieren.

Die Umgestaltung der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte in die Gedenkstätte Buchenwald unter solcher Grundeinstellung führte zwangsläufig zu inhaltlichen Konsequenzen. Das Gedenken trat in den Vordergrund, obwohl ausreichend Veranlassung besteht, das Mahnen nicht auszugrenzen. Das Vermächtnis des antifaschistischen Widerstands im KZ Buchenwald infrage zu stellen, bedeutet, jenen das Tor zu öffnen, die nationalistisches und neofaschistisches Gedankengut befördern und hoffähig machen.

Der Kerngedanke des Schwurs von Buchenwald „[...] Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel [...]“ hat seine Berechtigung behalten. Gerade weil er heute in Deutschland institutionellen Angriffen ausgesetzt ist, muß daran erinnert werden, daß er sinnstiftend für Errichtung und Arbeit der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte war. Es gibt für die Menschheit kein erstrebenswerteres Ziel, als das im Schwur von Buchenwald formulierte. So bleibt er auch für die Nachgeborenen verbindlich.

**Gerhard Hoffmann**  
Frankfurt/Oder

## Offener Brief an Helmut Holter

Die baden-württembergische Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU) erklärte Mitte August, sie sehe gute Gründe für einen Pflichtbesuch von Schülern der 8. und 9. Klasse in Gedenkstätten für Opfer von NS-Verbrechen. Kurz darauf zitierte die Nachrichtenagentur dpa den Präsidenten der Kultusministerkonferenz, Thüringens Bildungsminister Helmut Holter (Partei Die Linke), dazu mit den Worten: „Zwang ist

aus meiner Sicht das falsche pädagogische Mittel.“ Und weiter: „Keine Pflichtbesuche, aber die Hürden für Exkursionen so niedrig wie möglich halten.“

Am 20. August wandte sich der Landessprecherrat Thüringen der Kommunistischen Plattform der Partei Die Linke zu diesem Thema in einem offenen Brief an Holter:

Lieber Genosse Minister Holter, (...) mit Lungläubigem Erstaunen haben wir zur Kenntnis genommen, daß Du – zur Zeit auch Präsident der Kultusministerkonferenz der Länder – diesen Vorschlag (von Susanne Eisenmann, RF) umgehend abgelehnt hast. Nicht nur Kommunistinnen und Kommunisten in der Partei Die Linke, nicht nur Parteimitglieder, sondern sicher viele Antifaschistinnen und Antifaschisten, die nicht unserer Partei angehören, werden dieser Absage fassungslos gegenüberstehen. Wir fragen Dich: Soll es gerade für uns Deutsche

nicht mehr verpflichtend bleiben, die Erinnerung an die Verbrechen in der dunkelsten Zeit unserer Geschichte wachzuhalten – vor allem in den heranwachsenden Generationen? Ist es eine Frage von Beliebigkeit, der Opfer zu gedenken und für ein „Nie wieder!“ einzutreten? Wollen wir als Linke nicht mehr alles Menschenmögliche tun, damit Holocaust und Kriegsverbrechen nicht dem Vergessen oder der Verharmlosung anheimfallen? Wie wollen wir die rechte Gefahr in das Bewußtsein der Menschen rücken, wenn wir nicht mit allen gebotenen Mitteln deutlich

machen, wie das schon einmal endete und wieder enden würde? Oder hast Du über heutige Nazis Illusionen?

Du trägst eine hohe Verantwortung für die Kenntnisse, die Bildung und das Bewußtsein der Thüringer von morgen. Es ist wohl kaum unpädagogisch, jungen Menschen bewußt-zumachen, daß die Hitlerzeit nicht irgendein „Vogelschiß“ in der deutschen Geschichte war, sondern eine Zeit unvorstellbarer Verbrechen. Dies zu lernen kann nicht unter die Rubrik „Fakultativ“ fallen.

## Ein Nürnberger Tagebuch von 1945/46

Boris Polewoi, ein sowjetischer Militärjournalist und Schriftsteller, wurde vor dem Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß kurz von Georgi Dimitroff in Sofia, Bulgarien, empfangen. Dieser gab ihm eine kluge Analyse der damaligen Zeit mit auf den Weg. Er sagte: „Der Nazismus ist das Schlimmste, was der Imperialismus hervorgebracht hat. Das Schlimmste! Möglicherweise scheint er dem modernen Imperialismus aber auch das Zweckmäßigste zu sein. Dann wäre Hitlers Traum, ein Naziweltreich für wenigstens die nächsten tausend Jahre zu begründen, gar nicht mal der Fieberwahn eines Verrückten, sondern jetzt vielleicht der geheime Wunschtraum des Imperialismus als sozialem System. Viele seiner aktuellen Probleme – der sozialen, nationalen, moralischen – sind ja sehr leicht zu lösen, wenn man die Völker wie Karten durcheinander mischt und Andersdenkende in Krematorien schickt.“

Er sagte weiter: „Die Verhandlung wird nicht leicht, sie hat nicht ihresgleichen in der Geschichte. Die Menschheit hat Kriege geführt, solange man denken kann, doch nur zweimal wurde versucht, die Aggressoren zu verurteilen. Denken Sie nur an Napoleon, wieviel Menschenleben hat er vernichtet, wieviel Länder verwüstet. Bei uns in den slawischen Ländern wurde er der Antichrist genannt ... Der Wiener Kongreß der Siegermächte versuchte, ihn zu bestrafen. Doch wie ging es aus? Man schenkte dem Antichristen die Insel Elba und schuf ihm allen Komfort, damit er seine Memoiren verfassen konnte.“

In diesem Nürnberger Prozeß wurde die häßliche Fratze der faschistischen Führungsriege offenbar, alles Üble wurde von ihnen vorgedacht, was sich Menschen mit krankem Hirn nur ausdenken können. „Wurdalaken“ waren das – das ist ein alter ukrainischer Begriff für Unmenschen. Dabei sitzen sie auf der Anklagebank wie Biedermänner, nicht wie Teufel – in grauer

Wildlederuniform, der dicke Göring, Deutschlands Nazi Nummer zwei, der den Reichstag anstecken ließ, die Nacht der langen Messer organisierte, der sich Österreich und die Tschechoslowakei einverleibte, der London, Leningrad und Moskau dem Erdboden gleichmachen wollte. Julius Streicher, der Judenhasser, Rädelsführer der Nürnberger Hexensabbate; dann Rudolf Heß, Hitlers rechte Hand, Mitautor von „Mein Kampf“, von Ribbentrop, der Verschwörungen vorbereitete, der feige Feldmarschall Keitel, der in 37 Dienstjahren im Meer an keinerlei Kämpfen teilnahm, aber Miturheber von Hitlers Eroberungsplänen; weiter Kaltenbrunner, Frick, Frank, Saukel, Seyß-Inquart. Alle Schuld wurde von den Angeklagten selbstredend auf das nicht anwesende Triumvirat Hitler, Himmler, Goebbels geschoben. Die hatten sich ihrer Verantwortung schon feige entzogen.

Aus den Anklagedokumenten geht hervor, wie man nach der Eroberung Westeuropas kaltblütig die Zerstückelung der Sowjetunion plante. Stenogramme aus Hitlers Besprechungen waren erhalten geblieben und wurden von der amerikanischen Anklage zitiert. Vor Keitel, Rosenberg, Göring, Bormann und Lammers redete man offen in Räuber-manner: „Grundsätzlich kommt es also darauf an, den riesenhaften Kuchen (die Sowjetunion) handgerecht zu zerlegen, damit wir ihn erstens beherrschen, zweitens verwalten und drittens ausbeuten können.“ Erklärtes Ziel Hitlers war auch die Eingliederung der baltischen Staaten ins Deutsche Reich. Die Ostsee sollte deutsch werden. Ebenso Baku und die fruchtbare Ukraine. Um diese Ziele zu erreichen, wollte man die Bevölkerung aushungern. Dieses Dokument hieß „Wirtschaftspolitische Richtlinien für die Wirtschaftsorganisation Ost“ vom 23. Mai 1941, also datiert einen Monat vor dem Überfall auf die Sowjetunion.

Eines Tages besichtigten die sowjetischen Korrespondenten mit einer tschechoslowakischen Gruppe Dachau, was von Jan Drda als „Trumans Erholungsheim“ verspottet wurde. Denn statt der Skelette sah man kräftige, herausgefütterte Kerle in schwarzer Uniform ohne Orden und Rangabzeichen. Block V hatte die SS-Lagerleitung noch gesprengt, die Todeskammern nicht mehr. Alles war noch so, wie es war. Eine Werkstatt des Todes, ein Fließband des Todes, alles durchdacht bis zur letzten Schraube. Doch was war das gegen die Gaskammern in Auschwitz, wo in 15 Minuten bis zu tausend Menschen umgebracht werden konnten! Die Beweislast war erdrückend, und die Zeugenaussagen waren erschütternd.

Als das Schwert zuschlug, im Augenblick der Urteilsverkündung am 1. Oktober 1946, erweisen sich Hitlers Politiker und Ideologen als völlig haltloses Gesindel. Unter den 18 Angeklagten fand sich nicht einer, der auch nur mit einem Wort für seine Ideen eingestanden wäre, in deren Namen die Nazis Millionen von Menschen umbrachten und ganz Westeuropa niederwalzten. Selbst ihre letzten Worte waren verlogen, man wand sich, stellte sich als Betrogener dar und hob Befehle über alles.

Doch in der Tat: Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus. Hjalmar Schacht, das Finanzgenie, der Spion Franz von Papen und Goebbels' engster Mitarbeiter Hans Fritsche, der die Verdummungspropaganda in den Massenmedien leitete, wurden freigesprochen. Doch hatte der Prozeß den abscheulichen Kern des Faschismus enthüllt und eine erste Warnung an die Menschheit ausgesprochen.

**Aus: Boris Polewoi**  
Nürnberger Tagebuch.  
Verlag Volk und Welt,  
Berlin 1971

# Was ist Rentabilität?

Es ist das Gute, Wichtige am „RotFuchs“, daß man in ihm Themen behandeln und zur Debatte stellen kann, die auch schon in der DDR Gegenstand der Diskussion waren. So können Erfahrungen, die erst im Sozialismus gemacht werden konnten, weitergeleitet oder auch ... *zurückgereicht werden in eine kapitalistisch entwickelte Gesellschaft* wie die jetzige.

Heute geht es mir um die Frage der Rentabilität. Was ist Rentabilität? Im Kapitalismus wird sie am/im Preis gemessen. Der Gewinn erscheint resp. die Rentabilität ist gegeben, wenn der Lohn geringer ist als der Preis. Dann erscheint der Teil des Preises, der den Lohn übersteigt, als Gewinn. Und Gewinn erzielen, das ist rentabel, das macht den Begriff Rentabilität aus. Ist man „rentabel“, kann man expandieren, kann man zusätzliche Arbeiter „kaufen“, kann man zusätzliche Produktionsmittel (Maschinen, Material) kaufen und mehr Waren produzieren wie verkaufen, kann man künftig noch gewinnbringender, noch rentabler arbeiten. Man kann auch – per Gewinn/Rentabilität – sich von seiner Arbeit lösen und in ganz andere Arbeit, nationale wie internationale, einfließen. Sagen wir es so: Rentabilität verhilft auch zum Imperialismus des Kapitalismus, ist eine Voraussetzung dieser zweiten, höheren/höchsten Entwicklungsstufe des Kapitalismus.

Doch hier soll der Kapitalismus – umgekehrt zum Thema Arbeitsproduktivität – etwas vom Sozialismus lernen? Hier soll der Sozialismus – im Verständnis und im Verhalten zu dieser Frage – dem Kapitalismus voraus gewesen sein? So sehr voraus, daß der Kapitalismus ihm hier nicht/nie hätte folgen können?

Aber gewiß doch! Des Rätsels Lösung besteht darin, daß der Sozialismus qua Entwicklung des Eigentumsverhältnisses, mit einem Schlag gewissermaßen, erledigt, was der Kapitalismus nur über einen lange sich hinziehenden Prozeß in der Arbeit garantieren kann (könnte wäre vielleicht noch besser gesagt). Der Kapitalist/Kapitalismus expandiert eben nur per Rentabilität, dadurch, daß er über die Kosten der Wertbildung hinaus noch einen Wertsatz „bildet“ – den Mehrwert (bzw. von seinen Arbeitern bilden läßt), und so kann er sein Eigentumsverhältnis an der Arbeit stetig erweitern. Der Arbeiter aber, der zum Sozialismus, zu seiner Gesellschaftsordnung, schreitet, erledigt diese Aufgabe per Dekret: Er hebt die Privatform des Eigentums bzw. damit den *Arbeitsweg* der Vereinigung von Arbeit zu größerem, letztlich einem einzigen Verhältnis auf – einfach per Politik, per ideeller Einsicht überhaupt in den geschichtlichen Prozeß.

Gesamteigentum wird sowieso das „Ende“ der Geschichte sein, egal ob auf privatökonomischem Wege – das zieht sich hin und kostet der Menschheit deren Brutalisierung (auch der Kapitalist wendet politische Mittel zusätzlich zu seinen ökonomischen an) – oder eben per proletarischer Einsicht erreichbar. Sozialismus ist ein Geschichte verkürzender Faktor – einfach, weil von *Erkenntnis des Kapitalismus*

getragen. Kapitalismus *muß* nicht sein, Sozialismus *kann* sein. D. h., der sich hinziehende Faktor kann abgelöst werden durch den dekretierenden Faktor, die bloße Ökonomie durch den denkenden Menschen.

Aber das ist nicht das einzige vom Sozialismus – heute schon, im Kapitalismus – zu Lernende. Wie hält es denn der Praxis gewordene Sozialismus mit der Rentabilität, *wie sie im Kapitalismus im Preis erscheint? D. h. als Mehrwert über dem Lohn?*

So, daß er überhaupt ein *Arbeitsverständnis* oder *Produktverständnis* der/von Rentabilität entwickelt. Das Gesamteigentum – als das neue Verhältnis zur Arbeit – öffnet die Sicht (!) auf ein Gesamtverständnis der Arbeit.

Was heißt das konkret? Soviel, daß das, was bisher ein Überschuß an Arbeit in der individuellen (oder eben privaten) Arbeit war, jetzt ein Überschuß an Arbeit in einer gesellschaftlichen oder auch gesamten Arbeit ist. Wenn die gesellschaftliche oder eben Gesamtarbeit mehr an Gütern produziert, als sie zur einfachen Reproduktion – und das heißt Wiederholung der gegebenen Produktion – produziert, produziert sie Rentabilität. D. h., dann produziert sie Wachstum. Und das wiederum heißt nichts als: produziert sie Wachstum zu Gewachsenem, mehr als schon Vorhandenes. Um es noch verständlicher zu sagen: Die Rentabilität im Sozialismus erscheint nicht (!) an jedem Ort in der Produktion, wie noch im Kapitalismus, sondern nur an den Orten in der Arbeit, wo über den Ersatz des Verbrauchs hinausgehend Arbeit, *Mehrarbeit* geleistet wird. Der Mehrwert, im Kapitalismus versplittert und zersplittert verteilt über die ganze Arbeit, erscheint (!) im Sozialismus konzentriert auf eine bestimmte „Abteilung“ in der Arbeit: Die Abteilung I, aber nicht, soweit sie auch nur reproduziert, sondern erweitert produziert, Produktionsmittel wie Material über den bekannten Verbrauch hinausgehend zu produzieren vermag, und auch die Arbeiter am Leben erhält, die in diesem Bereich tätig sind.

Das ist neu im Sozialismus, dieses andere Verständnis kann der Kapitalismus vom Sozialismus lernen – wenn er denn will. Hängt das vom bloßen Willen des Kapitalisten ab? I wo! Das, was hier für den Sozialismus vorgestellt wurde, ist ja nichts als Verständnis der wirklichen Sachlage, denn in Wahrheit existiert diese längst auch für den Kapitalismus, ist sie längst auch kapitalistische *Praxis*.

Die Wertform resp. Mehrwertform der Rentabilität – oder der erweiterten Reproduktion – ist ja auch im Kapitalismus nur noch vorgeschobene Form vor der eigentlich

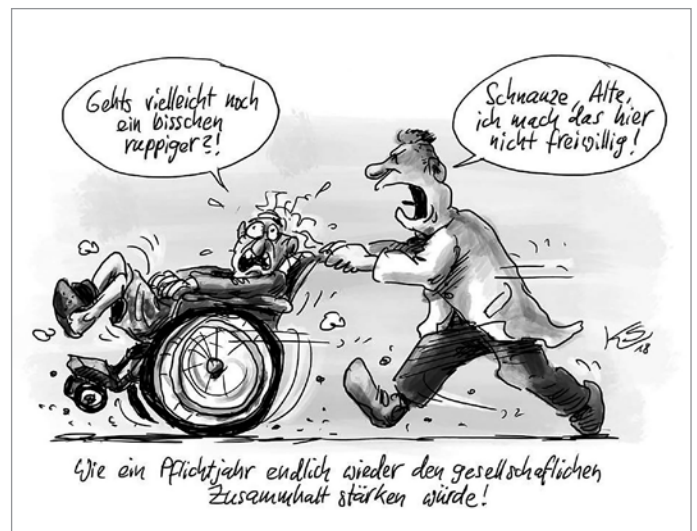
realisierenden Form, sie verdeckt diese eigentliche Form, die realisierende Form, die – Güter- oder Gebrauchswertform der Rentabilität. Sie erscheint nicht, wenn Waren verkauft werden, wenn Waren ihr Wertverhältnis in der Geldware realisieren, sondern wenn die Geldware angewendet wird, wenn sie kauft, und das heißt, wenn sie in einen Gebrauchswert verwandelt, der, eingesetzt in der Produktion, die Produktion erweitert. (Der Wert ist nur ein Berechtigungsschein, kein Anwendungsschein.) Mit der bloßen Wertform kann man das nicht machen, dazu braucht man schon reale Güter. Und das heißt natürlich, daß sie auch irgendwo produziert werden, in einer besonderen Produktionsstätte, nicht einer allgemeinen, nicht in jeder. D. h., die genannte „Abteilung Güter der erweiterten Reproduktion“ muß es in jedem Fall auch schon im Kapitalismus geben, sonst gäbe es keine Möglichkeit, einen über die Wertform dargestellten (!) Mehrwert ökonomisch auch zu realisieren.

*Und damit ist auch klar, daß im Gut der Anwender von Rentabilität vorausgesetzt bestimmt ist; das Gut, der Gebrauchswert bestimmt den Anwender/Verwender von Rentabilität! Was der Kapitalismus (oder die Privatökonomie) erst in einem zweiten Schritt schafft – nach dem Schritt zum Geld –, macht der Sozialismus in einem ersten, d. h., bei ihm ist der zweite Schritt der erste – und einzige.*

Der „Mehrwert“ ist zwar kapitalistisch gesehen ein notwendiges Verständnis der Ökonomie, aber eben Verständnis nur aus einem privaten Verhältnis des Eigentums heraus, es ist kein direktes Verständnis mehr der Arbeit, wenn sie gesellschaftlichen Charakter annimmt.

Für die Arbeit sowohl im Kapitalismus als auch im Sozialismus heißt das aber, daß die Rentabilität erkannt und gemessen werden kann erst/nur an einer bestimmten „Unterabteilung“ in der Abteilung I der gesellschaftlichen Gesamtarbeit. Die Rentabilität im eigentlichen mißt sich – *volkswirtschaftlich!*

Hermann Jacobs  
Berlin



Karikatur: Klaus Stuttmann



Öffentliche Diskussion in  
Havanna um den Entwurf der  
neuen kubanischen Verfassung

## Sowjetunion

Nie hab ich einen sowjetischen Trust in meinem Vaterland gesehen.  
Auch keine Bank.  
Auch keine Ten-Cent-Billigläden.  
Keine Zuckerfabrik.  
Keine Marinebasis.  
Keinen Zug mit Kanonen.  
Kein Feld mit Bananen  
hab ich je gesehn,  
auf dem im Vorübergehn  
zu lesen war: „Maslow & Co.,  
Bananengroßhandel. Kubanisches Büro  
Maceo, Ecke Ich-weiß-nicht-wo.“  
Auch kein Telex, darin vermerkt:  
moskau, 15. mai,  
rohstoffnotierung konstant. upi.

Noch kam uns von dort die feine Schmeichelrede,  
daß der Schnee, der bekannte,  
sich unserm Frühling anverwandte.

Ich fuhr mit der Eisenbahn  
(von der SU ist noch immer die Rede)  
und sah nie  
Für Weiße – Für Schwarze.  
Nicht im Bus, nicht im Café  
Für Weiße – Für Schwarze.  
Nicht an der Bar, nicht im Restaurant  
Für Weiße – Für Schwarze.  
Nicht im Hotel, auch nicht im Flugzeug  
Für Weiße – Für Schwarze.  
Nicht in der Liebe,  
nicht in Schulen und Universitäten  
Für Weiße – Für Schwarze.  
Auch fragt, wer von dort zu uns hereinschaut  
und gibt uns herzlich die Hand,  
nicht, ob weiß, ob schwarz ist die Haut.  
Traf in unserm Meer auch nie  
Piraten aus Moskau an.  
(Treten Sie vor, Karibe, und reden Sie!)

Auch nicht die Radaraugen,  
die, aus Moskau gekommen,  
unsere hellen Buchten absaugen  
bei Tag und bei Nacht  
und möchten Gedanken lesen.  
Keine Blockaden, keine Marines.  
Keine Boote, Spione einzuschleusen.  
Sowjetische Schiffe? Aber ja.  
Öltanker, na was haben Sie gedacht?  
Fischkutter, aber ja, mein Herr.  
Fahren mit Kaffee und Zucker hin und her,  
vorbei an blühender Hoffnung, duftender Blütenpracht.  
Ich, Dichter, sag Ihnen klar:  
Nie kam von dort etwas anderes übers Meer,  
als was wie Brot gut und freundlich war,  
und bracht den edlen Klang des Worts Genosse zu uns her.  
Sowjetunion: als ein rauher Wind herabstieg  
aus dem tödlichen Norden;  
als der Henker wieder einmal  
seinen Knoten knüpfte;  
als der große Folterknecht gefühllos  
seine Arbeit begann und uns die Fußsohlen verbrannte,  
daß wir sagen sollten: „Washington, recht so,  
heb uns zu dir empor!“;  
daß wir sagen sollten, was nie wir sagen würden,  
erscholl deine schützende Stimme, deine große Stimme  
aus Fabrik und Kolchose,  
aus Schule und Werkstatt,  
und schrie mit der unsrigen: Nein!  
So marschieren wir beide frei und vereint,  
gemeinsam zu schlagen den einen Feind.  
So nimm denn, Sowjetunion, mein dunkles Herz,  
ich öffne es dir, ich öffne es weit.  
Wir wissen durch dich den sichern Weg jetzt,  
den Hafen, der nach sowiel Meerfahrt liegt für uns bereit.



Nicolás Guillén

Nicolás Guillén  
(kubanischer Lyriker; 1902–1989)

## GEDANKEN ZUR ZEIT

## „Gottes Wille kennt kein Warum“

Auf dem Friedhof des Städtchens Pulheim bei Köln las ich vor Jahren den auf einem Grabstein eingemeißelten Satz: „Gottes Wille kennt kein Warum.“ – Das gab mir zu denken und führte mich zu folgenden Überlegungen:

Wenn Gottes Wille kein Warum im Sinne einer *Causa finalis* (*Zweckursache*) kennt, dann ist Gott keine Person. Denn vorausschauendes, zielstrebiges Planen gehört zu den Wesensmerkmalen eines personalen Geistes. „Gott“ wäre dann nur eine andere Bezeichnung für Schicksal, Kismet, Fatum (altgriechisch: Moira) oder das Walten der Natur, das unberechenbare Werden, in das wir, ob handelnd oder leidend, eingebunden sind und dessen erste Ursachen und letzte Wirkungen sich in undurchsichtigem Nebel verlieren. So etwas wie die planende Absicht eines höheren Wesens, für dessen Bild der real existierende Mensch (laut Ludwig Feuerbach) Modell gestanden hätte, ist nirgendwo erkennbar. Ein solches Wesen ist

vielmehr rein fiktiv, illusionär und bleibt Gegenstand irrationaler Spekulation im Interesse derer, die als Priesterschaft oder Glaubensgemeinschaft politische Machtansprüche daraus herleiten oder materiellen oder ideellen Nutzen wie Trost und Sinn daraus ziehen. Die Sonne scheint über Gerechten wie Ungerechten, Türme stürzen ein über Ungerechten wie Gerechten, und die Sterne blinken gleichgültig und kalt. Gleichwohl sagte Landesbischof Martin Kruse: „Es geschieht nichts auf Erden, das Gott nicht will.“ Mit diesem Satz wollte er die Angst einer Schülerin vor einem atomaren Krieg beschwichtigen. Tatsächlich aber bewirkt ein solcher Satz genau das Gegenteil. Bewußt gesprochen vor dem Hintergrund der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki (vom Holocaust ganz zu schweigen), steigert er die real begründete Furcht bis zum Grauen, da aufgrund einer solch hanebüchigen Aussage Gott nun nicht mehr von einem satanischen Wesen zu unterscheiden ist. Eine vernünftig überzeugende

Erklärung in dieser theologisch total verfahrenen Situation liefert wohl nur ein Satz wie der Marie-Henri Stendhals, der da sagte: „Die einzige Entschuldigung für Gott ist die Tatsache, daß es ihn nicht gibt.“

Mag der gläubige Krebspatient seine Hoffnung ruhig auf irgend etwas setzen, das ihm hilfreich erscheint: auf die Kunst der Ärzte, den Fortschritt der Wissenschaft, die Hilfe Mariens oder die Fürbitte der Heiligen, eine Spontanremission oder angebrütete Eier („Trephon-Eier“) – wenn sein Glaube (ich denke an einen möglichen Placebo-Effekt) ihm hilft, werde ich ihn stauend beglückwünschen. Bleibt aber jede Hilfe aus, so weicht mein Staunen der nüchternen Erkenntnis, daß der Wille Gottes oder das Fatum völlig gleichgültig ist gegenüber menschlichem Hoffen und Bangen, so wie die Wahrheit als Tatsächlichkeit unabhängig ist von menschlichem Dafür- oder Dawiderhalten.

Theodor Weißenborn

## 100. Jahrestag des Leninschen Komsomol

Am 29. Oktober 1918 wurde auf dem I. Allrussischen Kongreß der Verbände der Arbeiter- und Bauernjugend der Russische Kommunistische Jugendverband, der Komsomol, gegründet, der seit seinem VII. Kongreß (1926) den Namen Leninscher Kommunistischer Jugendverband der Sowjetunion trug. Der Komsomol entstand ein Jahr nachdem zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit die Arbeiter und Bauern die Macht in ihre eigenen Hände genommen hatten.

Die Geschichte des Komsomol ist reich an revolutionären Erfahrungen, ist eine Chronik der Unterstützung der proletarischen Revolution, der Sache des werktätigen Volkes. Während des Bürgerkrieges gegen die in- und ausländische Konterrevolution kämpfte und die Hälfte der Komsomolzen in den Reihen der Roten Armee, fand man an manchen Türen von Komsomolbüros Zettel: „Wir sind alle an der Front!“ Am Wirtschaftsaufbau des Landes in den 30er Jahren beteiligte sich die Jugend mit großen Leistungen. Der Name der neuerbauten Stadt Komsomolsk am Amur kündigt davon. 120 000 gingen aufs Land, um die Bauern zu unterstützen. 350 000 Mädchen und Jungen führen in die Dörfer, lehrten die Menschen lesen und schreiben. Komsomolzen bauten mit an der Moskauer Metro und am Stalingrader Traktorenwerk, an neuen Betrieben im Ural und in Sibirien.

In den ersten Tagen des Großen Vaterländischen Krieges gegen die faschistischen deutschen Okkupanten meldeten sich allein 260 000 Moskauer Komsomolzen, im ersten Kriegshalbjahr zwei Millionen Mitglieder des Jugendverbandes an die Front. Noch heute

tragen Straßen und Plätze, Schulen und Kulturhäuser die Namen von Helden, von gefallenen Komsomolzen, die im Kampf gegen die Hitlerfaschisten besondere Tapferkeit bewiesen hatten.



Für seine außerordentlichen Verdienste beim Aufbau des Sozialismus, bei der Verteidigung der Heimat und bei der kommunistischen Erziehung erhielt der Komsomol die höchsten Auszeichnungen der UdSSR: den Rotbannerorden (1928), den Rotbannerorden der Arbeit (1931), den Leninorden (1945, 1948, 1956) und den Orden der Oktoberrevolution (1968). Vor und nach Kriegsende leisteten Jugendliche 25 Millionen Arbeitsstunden beim Wiederaufbau von 15 der ältesten russischen Städte wie Sewastopol, Pskow und Nowgorod.

In den 50er Jahren setzte der Komsomol die inzwischen bewährte Tradition fort, übernahm die Patenschaft für Schwerpunkte des

volkswirtschaftlichen Aufbaus unter anderem bei der Neulandgewinnung, wo 40 Millionen Hektar in Kasachstan, Sibirien, im Ural und im Wolga-Gebiet für die Landwirtschaft nutzbar gemacht wurden. Aber auch beim Bau großer Werke im Fernen Osten, im Norden und in den Weiten Sibiriens bewiesen die Komsomolzen ihr Leistungsvermögen. Fast 38 Millionen Mitglieder zählte der Leninsche Komsomol 1978, 22 000 waren es zur Gründung. Die Aufgaben sind beim Aufbau der kommunistischen Gesellschaft größer geworden. Nicht mehr nur einzelne Werke wollte die Jugend errichten, ganze Gebiete zu erschließen hatte sie sich vorgenommen. So wurde es auf dem XVIII. Kongreß des Verbandes 1978 verkündet. 140 Komsomol-Großbaustellen gab es im Planjahr fünf 1976–1980, zum Beispiel die 3200 km lange Baikal-Amur-Eisenbahnlinie (BAM), die Erschließung des gewaltigen westsibirischen Erdöl- und Erdgasreviers oder der europäischen Nicht-schwarzerdezone, die bedeutende Reserven für die Nahrungsgüterproduktion bietet.

Viele Ruhmestaten hat der Komsomol im Laufe der Jahre an seine Fahnen geheftet. Er war Mitglied des WBDJ und des ISB und unterhielt Kontakte zu mehr als 1300 Jugendorganisationen aus 129 Ländern. Aufgrund seiner reichen Erfahrungen beim kommunistischen Aufbau, seiner internationalistischen Haltung genoß der sowjetische Jugendverband die Achtung der Weltjugend und hatte maßgeblichen Anteil am Kampf um Frieden und gesellschaftlichen Fortschritt.

Der Komsomol hat sich 1991 beim XXII. außerordentlichen Kongreß aufgelöst.

## Nachbetrachtung zu einer Aktivtagung von FDJ-Lehrerstudenten 1965

# Es kommt auf den richtigen Standpunkt an

Die verantwortlichen Freunde vom Zentralrat der FDJ waren gut beraten, als sie für den Auftakt der Aktivtagung der FDJ-Lehrerstudenten an der Jugendhochschule „Wilhelm Pieck“ am Bogensee den Film „Die besten Jahre“ von Günter Rucker auswählten. Der ausgezeichnete Dialog, die weisen Worte des alten Genossen Schmeller schienen wie geschaffen, der bevorstehenden zweitägigen Beratung die durchaus notwendige emotionale Grundlage zu geben.

Vom Berufsethos des Lehrers sollte die Rede sein, davon, wie jeder Lehrer und Erzieher an seiner Stelle künftig noch besser den sozialistischen Staat repräsentieren, ihn verantwortlich mittragen helfen könnte. Wie hieß es doch im Film: Ein Kommunist muß sich von liebgewordener, gewohnter Umgebung lösen können, bereit sein, neue Aufgaben zu übernehmen. Das ist schon eine Forderung, an der sich die Gemüter erhitzen können! Sicher ist der Ortswechsel, wie ihn der Neulehrer, Schulleiter und Oberschuldirektor Ernst Machner zu bewältigen hatte, weder typisch noch ideal. Dennoch steckte in dieser künstlerisch verallgemeinerten Lebensgeschichte etwas sehr Wesentliches: eben das Beispiel für die Bereitschaft eines jungen Lehrers, für seinen sozialistischen Staat das Beste zu geben und notfalls auch eine Aufgabe zu übernehmen, die sich zunächst so gar nicht mit den persönlichen Wünschen deckt. Das ist oft schwer, sehr schwer sogar. Darüber wissen jene nur zu gut Bescheid, die solche Etappen in den zwanzig Jahren der Entwicklung unserer Schule miterlebt haben. Am Vorabend der Aktivtagung der FDJ-Lehrerstudenten saßen nur wenige Altersgefährten des Ernst Machner im Parkett des Filmvorführsaales der Jugendhochschule – aber sie waren durchweg sehr gespannt, wie die Lehrerstudenten des Jahres 1965 am nächsten Tage im Plenum und in den Arbeitsgremien zum Thema „Sozialistisches Lehrerehos“ diskutieren würden ...

Zur Beratung eben dieses Themas waren aus allen Teilen der Republik, von allen Instituten für Lehrerbildung, Pädagogischen Instituten, von der PH Potsdam und den Universitäten die besten FDJ-Lehrerstudenten delegiert, um zu beraten, wie schon in der Zeit der Ausbildung das Berufsethos geweckt und entwickelt werden kann. Diesem Anliegen galt das Referat von Dr. Wolfgang Herger, Sekretär des Zentralrates der FDJ, der sich besonders mit der Hauptaufgabe der Grundorganisation der Freien Deutschen Jugend an den Lehrerausbildungsstätten – dem Mitwirken bei der Formung sozialistischer Lehrerpersönlichkeiten – auseinandersetzte. Auf der Grundlage des Parteiprogramms, des Jugendkommunikés und des Gesetzes über das einheitliche sozialistische Bildungssystem wies Dr. Herger nach, daß objektiv ein neues Lehrerehos heranreife, dessen Kern das unerschütterliche sozialistische Staatsbewußtsein ist. Diese Feststellung darf sicher nicht so verstanden werden, daß

sich nun absolut alle Lehrer unserer sozialistischen Schule in ihrer Berufsauffassung auf einer Ebene befinden. Dr. Herger machte deutlich, daß sich der sozialistische Standpunkt beim einzelnen mit unterschiedlichem Tempo herausbildet. Allerdings kann dieser Prozeß nirgendwo dem Selbstlauf überlassen bleiben – am wenigsten in der Zeit der Ausbildung, also an den Instituten und Hochschulen. Das legt besonders den Lehrerbildnern eine hohe Verpflichtung auf – aber auch den Leitungen der Grundorganisationen der FDJ. Ihre Sache ist es in erster Linie, die Studenten zu der Einsicht zu führen, daß das politische Engagement und die hohe fachliche Leistung die wichtigsten Voraussetzungen für das sich entwickelnde Berufsethos sind. „Keusche Zurückhaltung“ im politischen Denken und „geniale Nachlässigkeit“ in der wissenschaftlichen Mitarbeit sind keine Basis für den Berufsweg eines sozialistischen Lehrers. In den Diskussionen dieser Tagung wurde des öfteren die Frage gestellt, wie das fachliche Studium besser mit der politischen Erziehung verbunden werden kann, da beides oft noch voneinander isoliert erscheint. Wer sich berufen fühlt zu bilden, zu erziehen, der muß sich auch darüber im klaren sein, wofür er Wissen vermittelt, für welche gesellschaftliche Zielstellung – und die Antwort hierauf ist letztlich immer eine politische Entscheidung! Aus meiner eigenen langjährigen Tätigkeit in der Lehrerbildung weiß ich nur zu gut, daß diese einfache Faustregel selbst sehr aufgeschlossenen Studenten nicht immer von heute auf morgen eingängig ist. Nur zu oft war die Feststellung, daß etwa die Jugendfreundin Petra aus dem 3. Semester „Unklarheiten“ hat, ein Alarmsignal zum massiven Vorgehen – nicht aber Aufruf zum kameradschaftlichen Gespräch. Eine solche „Petra“ traf ich vor anderthalb Jahren auf der Konferenz junger Pädagogen in Leipzig. Sie galt am Institut als politisch desinteressiert, den Fragen der Zeit wenig zugänglich. Nun trat sie mir als eine der aktivsten FDJ-Lehrerinnen ihres Kreises entgegen, war Genossin geworden, stellvertretende Schulleiterin, Mitglied der BGL und trug schon stolz ihre erste Auszeichnung. Nein, sagte sie damals, am Institut ist das Lehrerehos nicht in mir geweckt worden. Ich hatte aber das Glück, in ein besonders verständnisvolles Kollegium zu geraten ... Auch hier, im Auditorium maximum der Jugendhochschule, klingt immer wieder durch, daß in den Ausbildungseinrichtungen zu wenig in der Erziehung zur Berufsliebe getan wird. Ich weiß: Man kann über das Berufsethos wohl dozieren – man kann es aber nicht lernen wie das kleine Einmaleins oder Rechtschreibregeln. Es gibt nur einen Weg: Man muß Bewährungssituationen schaffen. Die Arbeit als Pioniergruppenleiter, sich älteren und erfahreneren Lehrern bei Hausbesuchen anschließen, sich in der Hospitantienschule schwieriger Kinder annehmen, in schöpferischer, wissenschaftlicher Gemeinschaftsarbeit Untersuchungen anstellen,

wenn klare Berufsvorstellungen bzw. Berufswünsche sich einstellen, diese Arbeiten nach Jahresfrist vor der Seminargruppe oder dem Kurs, dem Studienjahr verteidigen – das sind einige Möglichkeiten, die bereits praktiziert, aber im ganzen noch zielstrebig genutzt werden müssen.

Noch eines wird mir bei dieser Aktivtagung der 425 besten FDJ-Studenten in der Jugendhochschule deutlich: Wir haben wieder einen Schritt nach vorn getan – denn diese hier, die da morgen von den Instituten und Hochschulen nachrücken werden, sie sind noch gründlicher, noch parteilicher als jene Kommilitonen, deren Ausbildungszeit drei, vier Jahre zurückliegt. Sie geben sich nicht zufrieden mit herkömmlichen Redewendungen, sie wollen es genau wissen, überzeugend. Das merken alle Funktionäre des Zentralrates, des Ministeriums, des Staatssekretariats. Da spricht zum Beispiel ein junger Lehrer aus dem Kreis Geithain. Gewiß, ein prächtiger FDJ-Lehrer, auf den sich die Arbeiter-und-Bauern-Macht verlassen kann. Er berichtet von seinen fachlichen Problemen und davon, wie er mit seinen Schülern politisch diskutiert. Zu vielen Problemen reiht er Argument an Argument. Ich sitze gespannt und warte auf die Reaktion der 120 Teilnehmer dieses Seminars. Sie bleibt auch nicht aus! Von allen Seiten wird der Diskussionsredner bestürmt: „... und das nehmen dir deine Schüler alles ab?“, „Also mich würdest du damit nicht überzeugen ...“, „Das ist doch keine Antwort auf diese Frage ...“ usw. Ich bin beruhigt und aufgewühlt zugleich. Diese jungen Menschen, soviel ist für mich sicher, haben sich längst für den Sozialismus entschieden – aber sie fordern mit vollem Recht eine gründliche Kenntnis der politischen Zusammenhänge. Mir wird einmal mehr die große Verantwortung der Lehrerbildner, aber auch der Mentoren deutlich. Der Mentor unserer Praktikanten bzw. Absolventen ist dann im besten Sinne des Wortes ein „Ratgeber“, wenn er über die berufliche Erfahrung hinaus ebenso verantwortungsbewußt politische Erkenntnisse zur Reife bringt. Ich kenne viele Studenten, die nach einem mehrmonatigen Praktikum sagten: Am Institut kommt die politische Erziehung oft ein bißchen frontal auf den einzelnen zu – jetzt, in der Praxis bei Herrn M. habe ich erst wirklich begriffen, warum man ein politischer Lehrer sein muß.

Ein politischer Lehrer sein – das schließt aber auch jenen Grad wissenden Vertrauens zur Politik der Arbeiter-und-Bauern-Macht ein, der den einzelnen entscheidungsfähig macht, obwohl er vielleicht noch nicht im Besitz detaillierter Informationen ist. Oberstudienrat Wolfgang Richter, Sektorenleiter im Ministerium für Volksbildung, machte dieses Problem durch eine Erinnerung an eine Episode aus John Reeds Buch „10 Tage, die die Welt erschütterten“ verständlich. Jener legendäre Soldat, der die Sowjetmacht mit zu verteidigen hatte, kannte sicher kaum die Schriften von Marx und Engels. Ihm waren

weder die Argumente der Bolschewiki sonderlich geläufig, noch hatte er sich mit der Philosophie ihrer Gegner auseinandergesetzt. Aber er hatte einen Standpunkt, der aus einer sehr einfachen, zugleich aber alles umfassenden Überlegung resultierte: Er wußte, daß es zwei Klassen gibt! Und in seinem Streit mit dem Studenten wiederholte er unbeeindruckt von dessen höherer Bildung: „Es gibt zwei Klassen – und wer nicht auf der einen Seite ist, der ist auf der anderen.“ In diesem Sinne hatte auch Ernst Machner, hatten die vielen Neulehrer der ersten Jahre entschieden, als das System der marxistischen Schulung und der Information noch große Lücken hatte,

die gesellschaftliche Situation dennoch häufig politische Entscheidungen vom einzelnen verlangte. Und das Wissen von den zwei Klassen war der Kompaß, der sie nicht fehlgehen, sondern einen richtigen Standpunkt einnehmen ließ. Und dieses wissende Vertrauen gehört auch heute zum sozialistischen Lehrere ethos, dessen Kern eben das unerschütterliche Staatsbewußtsein ist.

Um es noch einmal deutlich zu sagen: Es ging bei dieser Konferenz nicht um Definitionen. Es ging vielmehr ganz konkret um die Feststellung, wie weit die politisch-ideologische und weltanschaulich-ethische Erziehung an den Lehrerbildungseinrichtungen fort-

geschritten ist und wie die Mitverantwortung der FDJ bei der Herausbildung des Berufsethos, beim Kampf gegen die Mittelmäßigkeit und um das schöpferische Studium noch wirksamer gemacht werden kann. Wenn in den Diskussionen häufig von der „wissenschaftlichen Leitungstätigkeit der FDJ“ die Rede war, dann bezog sich das auch auf die Bereitschaft zur wissenschaftlich-produktiven Tätigkeit an den Ausbildungseinrichtungen, die schließlich aus der politischen Einsicht erwachsen muß.

**Hellmuth Hellge**

(Aus „Deutsche Lehrerzeitung“, 46/1965)

## Die Wiederentdeckung der Klassengesellschaft

Im Zentrum der politischen Konzeption des Marxismus stehen Begriff und Konzeption der sozialen Klasse und des gesellschaftlichen Klassenkampfes. Ekkehard Lieberam ist einer der maßgeblichen Autoren des Projektes „Klassenanalyse@BRD“ der Marx-Engels-Stiftung, die sich diesem Anliegen stets verpflichtet gefühlt haben. Es zeichnet ihn aus, daß er seinen Gegenstand langfristig verfolgt und bereits gezogene Schlußfolgerungen ohne Scheu neu durchdenkt. So auch in der zweiten Auflage der Studie „Die Wiederentdeckung der Klassengesellschaft“. Die im Juli erschienene aktualisierte Auflage bringt zahlreiche neue empirische Belege zur anwachsenden sozialen Ungleichheit in den vergangenen Jahren. So den Rückgang der sozialpflichtig Versicherten von 80 auf 73 Prozent, das Anwachsen der Zahl der Leiharbeiter auf mehr als eine Million, die Erhöhung der Boni der Vorstände der 30 DAX-Konzerne von im Schnitt 5,3 Millionen 2013 auf im Schnitt 7,4 Millionen 2017. Die Existenz von Klassen und des Klassenkampfes zu verschweigen, wird in Anbetracht des sich verschärfenden Gegensatzes zwischen Arm und Reich immer schwieriger, wenn nicht unmöglich. So analysiert der Autor nicht nur die

objektive Entwicklung des Gegenstandes, der kapitalistischen Klassengesellschaft, sondern auch deren subjektive Wahrnehmung/Widerspiegelung im gesellschaftlichen Bewußtsein und im Bewußtsein der Klassen.

Zustimmend äußert sich der Autor zu der seit 2015 in Gang gekommenen Debatte um eine sozialistische Klassenpolitik, wobei er mit Marx und Engels und aufgrund der praktischen Erfahrungen darauf verweist, daß diese Orientierung nur sinnvoll ist, wenn man sie als Aufbau von Gegenmacht im Sinne der Entwicklung der Lohnarbeiterklasse zur „Klasse für sich selbst“ versteht. Friedrich Engels, so Lieberam, schrieb schon vor 150 Jahren: „Klassenpolitik“ bedeute „die Organisation des Proletariats als selbständige politische Partei“. Nur sei Engels dabei nie auf den Gedanken gekommen, vor der Organisation nachhaltiger Gegenmacht in die Regierung zu gehen. Die Probleme der politischen Subjektwerdung der Lohnarbeiterklasse sind überhaupt ein genereller Gegenstand der Untersuchungen des Autors. Er erfaßt auch geringe Ansätze, die sich in bescheidenem Maße vor allem über kleine Gruppen und Fraktionen der Klasse vollziehen, die als politische Akteure gegen die neoliberale

Kapitaloffensive auftreten. Ein organisierendes politisches Zentrum sei allerdings derzeit nicht in Sicht.

Beachtlich an Umfang gewonnen hat der Teil der Broschüre, in dem über das Klassen- und Klassenkampfverständnis im Verlaufe der mittlerweile fast 2000 Jahre der politischen Geschichte der Menschheit informiert wird. Hier ist unschwer zu erkennen, wie die Wirklichkeit zum Gedanken drängt. Zu Wort kommen nunmehr in aller Unterschiedlichkeit und Gegensätzlichkeit Autoren wie Thomas Münzer, Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Georg Büchner, Ferdinand Lassalle und andere. Allein im Zusammenhang mit den neueren Diskussionen seit 2015 zur Notwendigkeit einer linken Politik als Klassenpolitik und zur globalen Klassenanalyse zitiert Lieberam mehr als ein Dutzend Wissenschaftler, Politiker und Gewerkschafter.

**Herbert Münchow**

Leipzig

*Ekkehard Lieberam: Die Wiederentdeckung der Klassengesellschaft. Klassenohnmacht, Klassenmobilisierung und Klassenkampf von oben. pad-Verlag, Bergkamen 2018, 2. aktualisierte Aufl. 70 S., 5 €, Bezug: pad-verlag@gmx.net*

## Jeden Tag eine gute Tat ...

Wie komme ich zu dieser Überschrift? Vor meiner Herz-OP im Herbst 2017 ging es mir jeden Tag schlechter. Ich war einfach nicht mehr belastbar, aber die Arbeit mußte getan werden. Als ich eines Tages vom Einkauf mit einer schweren Tasche heimkam, blieb ich oft stehen. Plötzlich sprach mich eine junge Frau mit Kinderwagen an: „Darf ich ihnen helfen?“ „Aber ja“, willigte ich freudig ein, und so begleitete sie mich bis zu unserer Haustür. Als ich mich bedankte, sagte sie: „Nichts zu danken, jeden Tag eine gute Tat, und die Welt ist in Ordnung.“

„Ja, sagte ich, mit dieser Philosophie könnte ich mich anfreunden“, zweifelte aber, ob damit die Welt in Ordnung käme. Aber ich freute mich, daß junge Menschen sich Gedanken machten über das Alltägliche hinaus. Die Jugend heute hat es auch nicht leicht, woran soll sie sich orientieren? Etwa

am Kapitalismus? Was konnte ich tun? Durch den „RotFuchs“ erhielt ich von der Friedenskooperative aus Bonn eine Unterschriftenliste. Protest gegen die neue Atombewaffnung und gegen die Erneuerung der Atomraketen in der Eifel. Zehn Unterschriften! Das konnte ich ja in der Familie erledigen, aber das genügte mir nicht. Das mußte anders organisiert werden. Zehn Listen kopiert und an die Kinder verteilt – 100 Unterschriften mußten her!

Warum machte meine Partei, die PDL, nichts? Ich haderte mit ihr. Sie war mir zu brav und angepaßt geworden. Beschäftigte sich nur noch mit sich selbst. Oder hatte ich den Aufschrei meiner Partei überhört, als die US-Army mit ihren Raketen durch unser Land gen Osten zog bis an die Grenzen Rußlands? Waren die Zwei-plus-vier-Verträge außer Kraft gesetzt? Diese Frage muß man doch

mal stellen. Wer kümmert sich darum? Langsam kamen die Listen zurück.

Bei einigen Ärzten bekam ich Unterstützung, man mußte aber viel Überzeugungsarbeit leisten. Manche guckten mich an, als käme ich vom Mond. Manche meinten, sie hätten dann Schwierigkeiten bei der Einreise nach Amerika. Man hätte lachen können, wenn es nicht so ernst wäre.

Aber noch vor der OP hatte ich es geschafft. In einem großen Umschlag schickte ich die Unterschriften nach Bonn.

Die Operation wurde ein Erfolg, drei Stents, die Herzkranzgefäße waren zu 80 Prozent zu, lange hätte ich es nicht mehr geschafft, aber nun konnte ich wieder – jeden Tag eine gute Tat ...

Man muß nur auf die Leute zugehen, die Lethargie durchbrechen!

**Lisa Däne**

Berlin



## „SED-Diktatur“, „Mauer“, „Schießbefehl“, „Stasi“

# Schlimmer geht's nimmer

Seit dem Anschluß der DDR an die BRD sind gerade einmal 28 Jahre vergangen. So nimmt es nicht Wunder, daß die Aufarbeitung noch im vollen Gange ist. Recht behalten hat der Leiter der Bundesbehörde für die „Stasi“-Unterlagen, Roland Jahn, der bereits 2006 voraussagte, daß die Aufarbeitung der SED-Diktatur noch lange Zeit in Anspruch nehmen wird. Und erst unlängst, im Februar des Jahres, hat der Bundesrat beschlossen, einen Gesetzentwurf zur Aufhebung der Antragsfristen in den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen einzubringen. Damit soll es auch künftig möglich sein, Anträge auf Rehabilitierung zu stellen und zu prüfen, ob Personen einer IM-Tätigkeit nachgegangen sind.

Daß die Aufarbeitung schon jetzt blendende Resultate erzielt hat, steht außer Frage. LeMO hat das Hauptergebnis auf den Punkt gebracht: *„Die Deutsche Demokratische Republik (DDR) war eine kommunistische Diktatur, die mit Hilfe des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) die Ostdeutschen überwachte und unterdrückte.“*

Doch wer oder was ist LeMO, wird sich wie auch ich so mancher Leser fragen. Das Deutsche Historische Museum gibt Auskunft: „Das Lebendige Museum Online (LeMO) ... ist ein virtuelles Museum. Es bietet wissenschaftlich fundierte Informationen sowie eine große Sammlung an Text- und Bildquellen zur europäischen Geschichte von 1815 bis zur Gegenwart an.“ Kooperationspartner sind die Stiftungen Deutsches Historisches Museum und Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland sowie das Bundesarchiv. In ausgewählten Schulen wird LeMO im Unterricht eingesetzt. Kulturstaatsministerin Monika Grütters ließ es sich nicht nehmen, 2014 eine überarbeitete Fassung im Berliner Tränenpalast freizuschalten. LeMO dient der „zielgruppenspezifischen, digitalen Vermittlung von Geschichte“ und gewann zahlreiche Medienpreise.

Das Urteil einer solchen Institution über die DDR hat Gewicht. Es verkürzt noch einmal das Spektrum, auf das die Aufarbeitung ansonsten reduziert wird: SED-Diktatur, Mauer, Schießbefehl, „Stasi“. Bei dieser Verkürzung bleiben leider andere Mißstände im untergegangenen Staat unberücksichtigt. Roland Jahn will deshalb Licht in das Dunkel bringen, denn er beabsichtigt, sich mehr dem „Alltag in der Diktatur“ zuzuwenden.

Da eröffnet sich ihm ein reiches Betätigungsfeld, denn die Partei- und Staatsführung ließ sich allerhand einfallen, um den Bürgern einen Sozialstaat vorzugaukeln: Vollbeschäftigung und keine Angst um den Arbeitsplatz; niedrige Mieten und keine Obdachlosigkeit; niedrige Tarife für Strom, Gas, Wärme, Wasser und Abwasser; niedrige, langfristige Pachten für Wochenendgrundstücke und Kleingärten; umfassende Fördermaßnahmen für Frauen und Jugendliche, junge Eheleute und kinderreiche Familien; Medikamentenabgabe und Krankenhausaufenthalte ohne Zuzahlungen,

umfassende Betreuung von Schwangeren; ein dichtes Netz von Theatern, Orchestern, Museen, Bibliotheken, Kulturhäusern und Jugendklubs; niedrige Preise bei Büchern, Zeitschriften und Zeitschriften sowie für die Benutzung von Bibliotheken, für Kino-, Theater-, Konzert- und Museumsbesuche; weitgehende Chancengleichheit im Bildungswesen, unentgeltlicher Besuch aller staatlichen Bildungseinrichtungen, Stipendien für alle Studenten unabhängig vom Einkommen der Eltern; unentgeltliche Kinderbetreuung, minimale Preise für Essen und Milch in Kinderkrippen und -gärten sowie für Schulspeisung und Teilnahme an Ferienlagern; ein entwickeltes System der Berufsausbildung ohne Mangel an Ausbildungsplätzen und nahtloser Übergang in den erlernten Beruf; sorgsame gesundheitliche Betreuung der Kinder und Jugendlichen von obligatorischen Schutzimpfungen bis zu wiederkehrenden prophylaktischen Untersuchungen auf allgemeinmedizinischem Gebiet. Für Jahn und die anderen DDR-Aufarbeiter eröffnet sich also tatsächlich ein breites Feld, das von ihnen in fahrlässiger Weise bisher nicht beachtet wurde, um die angebliche soziale Sicherheit unter der SED-Diktatur anzuprangern. Dabei könnten sie auch

**Vorsicht  
Satire!**

die Ablenkungsversuche der DDR-Versther zurückweisen, der Bundesrepublik zu unterstützen, lange Zeit an Relikten aus der Wilhelminischen Kaiserzeit festgehalten zu haben. Mit Vorliebe verweisen sie dabei darauf, daß in der BRD noch Jahrzehnte nach ihrer Gründung an den Schulen die Prügelstrafe vollzogen wurde, während sie im Osten Deutschlands streng verboten gewesen sei. In die gleiche Richtung weisen die Vorwürfe, daß Frauen in der Bundesrepublik bis 1977 ihren Ehemann um Erlaubnis fragen mußten, wenn sie arbeiten oder sich ein Bankkonto einrichten wollten, während in der DDR die Gleichberechtigung von Mann und Frau auch in der Ehe per Verfassung gesichert gewesen sei.

Diejenigen, die daran erinnern, lassen ganz außer acht, daß es sich um altdeutsche Werte handelte, die in einem Rechtsstaat nicht wie im Osten per Erlaß, sondern nur schweren Herzens in einem demokratischen Procedere außer Kraft gesetzt werden konnten. Thema der Aufarbeitung ist endlich auch der Kindesmißbrauch in der DDR. Bekanntlich wurden in den alten Bundesländern, vor allem auch in katholischen Einrichtungen, zahllose

dieser Verbrechen begangen. Gerechter- und glücklicherweise kommen nun auch die in der DDR begangenen Untaten ans Tageslicht. Eine 2016 gegründete Kommission untersucht auch sie. Leider mußte Christine Bergmann, Mitglied der Kommission, in einem Appell an die Betroffenen feststellen, daß „uns bisher nur wenige Anmeldungen von Betroffenen aus dieser Zeit vorliegen. Wir rufen Sie daher auf ... mitzuhelfen, sexuellen Kindesmißbrauch in der DDR zu untersuchen.“ Es liegt auf der Hand, die „Betroffenen“ haben offenkundig noch immer Angst vor der „Stasi“.

Schäbig ist auch der Versuch, die DDR als einen Friedensstaat auszugeben, der an keinem einzigen Krieg beteiligt gewesen sei, während die BRD die verbrecherischen Kriege Frankreichs und der USA gegen Vietnam unterstützt habe und nach der Wiedervereinigung führend an der NATO-Aggression gegen Jugoslawien teilgenommen habe. Völlig außer acht wird dabei gelassen, daß es sich dabei um zutiefst humanitäre Kriegsziele handelte. Last but not least ist bei der Aufarbeitung des ostdeutschen Unrechtsstaates auch zu beachten, daß seiner Führungsriege vor allem vaterlandslose Gesellen angehörten. Sie rekrutierte sich aus Antifaschisten, die mehrheitlich im Widerstand, in KZ oder in Zuchthäusern sowie im Exil die Hitlerdiktatur und den Krieg überlebt hatten. Während an der Wiege der Bundesrepublik hohe Nazis und Kriegsverbrecher wie Globke, Lübke, Kiesinger, Oberländer, Filbinger und zahlreiche Hitlergeneräle sowie Nazijuristen gestanden hätten.

In ihrem grenzenlosen Haß auf die BRD lieben die DDR-Oberen am 2. Juli 1965 gar eine Dokumentation mit dem Titel „Braunbuch: Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik. Staat, Wirtschaft, Armee, Verwaltung, Justiz, Wissenschaft“ veröffentlichen. Als Ergebnis ungebremster Sammelwut sind darin die Namen von 1800 Politikern und Wirtschaftsführern aufgelistet. Doch glücklicherweise ließ sich die Bundesrepublik nicht lumpen. 1981 veröffentlichte Olaf Kappelt das „Braunbuch DDR. Nazis in der DDR“, in dem die Namen von 876 NS-belasteten DDR-Bürgern aufgeführt werden, die bedauerlicherweise keine führenden Positionen in Partei und Staat innehatten. In einer Neuauflage wurden noch rund 120 weitere Namen hinzugefügt.

Aber die Suche sollte man auch heute nicht aufgeben, denn die SED-Diktatur weist nicht zufällig viele Gemeinsamkeiten mit dem Hitlerstaat auf. Es genügt doch schon die Gedenkstätte Hohenschönhausen aufzusuchen, in der der bekannte Demokratiekämpfer Hubertus Knabe beeindruckende Ausstellungen organisierte: „Ich habe meine Pflicht getan – Täter im Dritten Reich und in der DDR“ sowie „Deutsche Diktaturen vor Gericht – Die strafrechtliche Aufarbeitung von NS- und SED-Verbrechen“. Schlimmer geht's nimmer.

**Ralph Hartmann**

(Aus: „Ossietzky“, 8/2018)

# Stimmen aus aller Welt über die DDR

*Solange der sozialistische deutsche Staat, die DDR, existierte, haben sich immer wieder Persönlichkeiten aus der ganzen Welt bei oder nach Besuchen über die DDR geäußert. Zum 30. Jahrestag am 7. Oktober 1979 hat die Auslandspressagentur Panorama DDR über hundert solcher Stellungnahmen in einem Buch vereint. Entstanden ist so ein Mosaik persönlicher Erfahrungen und Erkenntnisse, die jeweils ein Stück gesellschaftlicher Wirklichkeit widerspiegeln. Stellvertretend für die anderen veröffentlichen wir hier einige dieser Äußerungen – Älteren zur Erinnerung, Jüngeren zur Verdeutlichung dessen, was die DDR für die Welt (und für uns) war.*



## Enith Brigitha

*Schwimmerin, mehrfache Medaillengewinnerin bei Olympischen Spielen, Welt- und Europameisterschaften, Niederlande*

Als junge Schwimmerin hatte ich einen Traum: Ich sah mich ganz oben auf dem Siegerpodest,

hatte eine große goldene Medaille umhängen, und alles jubelte mir zu. Viele Jahre habe ich versucht, diesen Traum Wirklichkeit werden zu lassen. Ich habe trainiert, war besessen von meiner Aufgabe, bin noch mehr und noch länger geschwommen. Und ich wurde auch immer besser. Aber da war eine Barriere. Eine für mich unüberwindliche, und die hieß: Kornelia Ender.

Ich habe so etwa knapp 20 Wettkämpfe zusammen mit ihr bestritten – und keinen einzigen gewinnen können. Bei den Europameisterschaften von 1974 schwamm ich über 100 m Freistil einen fabelhaften Landesrekord – Kornelia gewann in Weltrekordzeit; über 200 m Freistil das gleiche Bild. Zu den Weltmeisterschaften von 1973 war ich in prächtiger Form, aber Kornelia war wieder besser, genauso zwei Jahre später. Und auch bei den Olympischen Spielen von 1976 war meine Freundin „Konni“ über 100 m Freistil schneller als ich. Hinter ihr und Petra Thümer gewann ich die Bronzemedaille.

Oft wurde ich gefragt: Deprimiert es Sie nicht, immer an Kornelia Ender zu scheitern? Ich antwortete stets: Nein, im Gegenteil, das ist ein Anreiz für mich. Ich versuche, stets zu gewinnen, und ich nehme jeden Wettkampf mit Kornelia Ender besonders ernst. Daß sie beständig

besser war als ich und alle anderen Schwimmerinnen, das hat unsere guten Beziehungen in keiner Weise beeinträchtigt. Mir hat es immer sehr imponiert, wenn Konni zu mir kam und sich fast für ihren Sieg entschuldigen wollte. Ich glaube, ihre Größe lag auch in ihrer Bescheidenheit und Natürlichkeit. Das ist übrigens ein Wesenszug, der mir an allen DDR-Schwimmerinnen, die ich gut kenne, besonders gefällt.

Dann trat meine ewige Bezwingerin zurück. Das verdoppelte noch einmal meinen Elan. Und obwohl ich mich weiter verbesserte,

gelang es mir bei den Europameisterschaften 1977 nicht, zu gewinnen. Ich scheiterte an Barbara Krause aus der DDR, die dann über 100 m Freistil auch Weltmeisterin wurde. Ich kann von mir sagen, daß ich keine schlechten Trainingsbedingungen habe. Vormittags arbeite ich als Stenotypistin bei einer Kreditbank in Amsterdam, und den Nachmittag habe ich frei, um trainieren zu können. Aber das allein reicht nicht aus. Ich weiß um den hohen Stand der Sportwissenschaft in der DDR und die Vielzahl gutausgebildeter Trainer. Und ich habe mir auch viel von der Spartakiade erzählen lassen, bei der ja auch Konni Ender und Barbara Krause groß geworden sind. Da wachsen die Talente, werden entdeckt und gefördert – im Sport und auch in der beruflichen Ausbildung. Kornelia will Kinderärztin werden. Das hätte mich vielleicht auch reizen können. Aber dann hätte ich nicht Schwimmerin werden dürfen. Und ohne den Sport wiederum wäre sogar die Chance für eine gute berufliche Ausbildung in Frage gestellt.

Mein Traum vom großen Sieg ist nun wohl ausgeträumt. Aber was bleibt, ist die gute Erinnerung an viele schöne Zweikämpfe mit der besten Schwimmerin der Welt.



## Vilma Bardauskiene

*Europameisterin 1978 und Weltrekordlerin im Weitsprung, UdSSR*

Als Land des Sports kenne ich die DDR aus eigenem Erleben schon viele Jahre, aus Veröffentlichungen vor allem in unseren Zeitungen, aber besonders durch meine vielen, vielen Besuche. Ich kann fast behaupten, daß dieses Land für mich so etwas wie ein zweites Zuhause geworden ist. Jedes Jahr bin ich mindestens zweimal bei Hallenwettkämpfen oder im Freien dort am Start. Schon als ich noch mit keinem Moment daran dachte, einmal Weltrekordlerin zu werden, war ich in der Blumenstadt Erfurt. Ich zählte wohl 17 oder 18 Jahre, als ich das erste Mal in diese thüringische Stadt fuhr, die inzwischen für mich so große Bedeutung erlangt hat. Nach der Geburt meines Sohnes Thomas begann mein Comeback bei einem Sportfest in Thüringen. Auch im Jahr meines Weltrekords war der Ausgangspunkt ein Wettkampf in Erfurt. Die dort zu Beginn der Saison erreichten 6,77 m bestärkten mich in der Gewißheit, daß noch viel möglich sein wird. Nun, und schließlich kenne

ich mit Angela Voigt, Heidemarie Wycisk und Sigrun Siegl ja auch einige der besten Weitspringerinnen der Welt seit langem sehr gut. Mit ihnen gibt es immer viel zu besprechen, und immer, wenn wir uns treffen, tuscheln wir miteinander. Zwar gibt es da noch einige Sprachschwierigkeiten, aber die werde ich demnächst in der wettkampfarmen Zeit noch abstellen.



## Matti Ahde

*Von 1977 bis 1995 Vorsitzender des finnischen Arbeitersportverbandes, Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Finnlands (SDP), 1970–1990 und 2003–2011 Abgeordneter*

Ich hatte die Freude, mehrere Male die Deutsche Demokratische Republik zu besuchen. Meine Besuche waren mit meinen Aufgaben in der Jugend- und Sportpolitik verbunden; in diesen beiden Bereichen hat die DDR bedeutende Erfolge erreicht. Außerdem besuchte ich die DDR als Vertreter der SDP Finnlands. Während der Fahrten in verschiedene Gegenden des Landes konnte ich mir ein recht vielseitiges Bild über die Entwicklung auf verschiedenen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens machen. Die Leistungen haben mich sehr beeindruckt.

In vielen Gesprächen habe ich festgestellt, daß unsere Auffassungen in internationalen Fragen, trotz der unterschiedlichen Gesellschaftsordnung, weitgehend übereinstimmen. Das Hauptziel ist weiterhin die Sicherung des Friedens und die Vertiefung der internationalen Entspannung.

Das Thema meiner Reisen war meistens mit der Sportpolitik verbunden. Dadurch konnte ich das System des Sports und der Körperkultur der DDR, das in seinem Umfang und seiner Effektivität zu den besten der Welt gehört, kennenlernen. Es erfüllt mich mit Genugtuung, daß die sportlichen Beziehungen zwischen unseren Ländern in der letzten Zeit neben dem Spitzensport auch auf dem Gebiet der Sportmedizin und -ausbildung sowie zwischen den Sporteinrichtungen entwickelt wurden. Ich bin überzeugt, daß dies beiden Seiten Nutzen bringt. Als fruchtbringend betrachte ich deshalb die Entwicklung der Beziehungen zwischen dem finnischen Arbeitersportverband und dem DTSB der DDR.

Auch das hohe Niveau des kulturellen Lebens in Ihrem Land hat mich tief bewegt. Unvergessen für mich sind die Aufführungen der Neunten Sinfonie von Beethoven in Berlin während der X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten sowie die Darbietungen des Leipziger Thomanerchors mit Kompositionen von Bach.

Bei jeder Reise konnte ich ausgezeichnete Gastfreundschaft und Freundlichkeit erleben. Diesen Eindruck teile ich mit vielen Finnen, die die DDR besucht haben.

# Gisela Steineckert: Hand aufs Herz

Die deutsche Sprache hat strenge Regeln. Scheinbar! Nach über fünfzig Jahren liebevoller Beschäftigung mit ihr weiß ich, daß man sie meist unschwer umgehen kann.

Darf man das Wort gerecht steigern? Eigentlich nicht. Aber wenn mir so ist? Ich habe den schwerfälligen NSU-Prozeß nicht lückenlos verfolgt. Aber nun, hinterher, frage ich mich, ob es nicht gerechter gewesen wäre, wenn die Richter nach fünf Jahren aufwendiger Bemühung um Gerechtigkeit die unbefriedigende Urteilsverkündung unterbrochen hätten, um in Tränen auszubrechen und sich zu Grenzen der eigenen Möglichkeiten zu bekennen.

In den Zeitungen wird betont, daß Beate Zschäpe mit einem sehr harten Urteil belegt wurde. Es wäre gerechter gewesen, wenn ihre Verteidiger einmal einen Moment des Zweifels gezeigt hätten, statt der vorgetragenen Ablehnung des Urteils, an dessen Stelle sie schon vorher die Unschuldsvermutung gelten lassen wollten. In den Zeitungen nahm sich das aus, als wäre die Unschuld der Beklagten nur den doofen Richtern verborgen geblieben. Wäre es gerecht, und würde es der Liebe zum Rechtsstaat auf die oft müden Beine helfen, wenn sich ein Gewählter mal zu Wort meldet, der dem Minister in Bayern den moralischen Wert seiner Sprüche so vor Augen führt, daß sich Tricks entlarven und das Grinsen wie aufgescheuchter Spuk vom Redner abfällt?

Es ist ja nicht so, daß die Verkündungen zum Grübeln zwingen. Die meisten moralischen Anmerkungen oder Vorschläge werden ohnehin durchschaut. Es findet sich auch genügend gedruckter Widerspruch. Aber dem Altmeister aus Bayern gelingt es immer wieder, die Arroganz als dünne Gewandung über seine wahren Ziele auszubreiten.

Sympathie kann er damit kaum noch erwerben, aber er deckelt seine rechtsstaatliche Gesinnung immer mit der Beschwerde über die ungezogenen Bürger, die ihn schlecht behandeln, ja sogar beschimpfen. Wollen die ihn etwa zum Ruhestand drängen? Um seine Versorgung muß sich ja niemand sorgen. Dem Gesetz nach wird er bis zu seinem Ende komfortabel ausgestattet.

Ginge es uns alten Osis besser, wenn aufgearbeitet würde, womit die Bundesrepublik Deutschland, der sogenannte reiche Westen, ihr Instrument Treuhand ausgestattet hat, um sich alles zu nehmen, was erkennbar einen Wert hatte, zu haben schien oder irgendwann haben könnte.

Es war so verführerisch einfach, ein ganzes Volksvermögen unter sich zu verteilen. Deutschen (zumeist aus dem Westen) wurde eingeräumt, altehrwürdige Betriebe in die Nähe der Pleite zu bringen und die nach dem Krieg entstandene Industrie als Konkurrenz abzuschaffen. Schlösser und Kulturbauten wurden eingesackt, viele verwahrlosten anschließend jahrzehntelang.

Niemand fragte uns Bürger nach unseren Gefühlen, an jenem heißen Sommertag, an dem in Weimar die Sonnenfinsternis das wichtigste Ereignis schien. Deswegen waren die Straßen gedrängt voll mit Beobachtern – aber in einer großen Ausstellung wurden die bildenden Künstler der Bundesrepublik mit sorgfältiger Präsentierung geehrt, mit allen Mitteln vor dem einsetzenden großen Regen geschützt, während die Maler und Bildhauer der DDR schmähende Beschriftungen ihrer Werke und den ganzen Regen abbekamen. In einem kleinen Kabinett, auch sorgfältig geschützt, waren „Kunstwerke“ von Hitler zu sehen. Das war im Sommer 2006.

Es ginge uns besser, wenn all den später veröffentlichten Absichten zum Wohle der wieder Eingeholten je eine Verwirklichung gefolgt wäre.

Höre ich den zuständigen Politikern zu, klingt es, als werde es, zum Beispiel in Berlin, demnächst ausreichend Kita-Plätze geben. Der scheinbare Auftakt, der Paukenschlag „Alles für umsonst“, wird aber an der Situation von berufstätigen, alleinerziehenden Frauen gar nichts ändern.

Und es ist ja wirklich ein teuflisch Ding mit der Pressefreiheit. Da preisen die einen freudetrunken einen Einfall eines Ministers, worauf die anderen ihren Computer hochfahren, um nachzuweisen, woran der Vorschlag scheitern wird. Heraus kommt, daß es keine Veränderung geben kann. Nicht jetzt, sondern vielleicht für die nächste Generation oder einen anderen Erdteil.

Der Minister guckte durch seine Brille und betonte, daß die katastrophale Pflegesituation verändert werden muß. Wir haben als Familie in häuslicher Pflege lange das uns Mögliche geleistet, und es schließlich allein nicht mehr geschafft. Die Frauen und Männer, die uns dann über einen sehr langen Zeitraum zur Seite standen, nahmen ihren überfordernden Beruf sehr ernst.

Die Pflicht hätte für das, was der Kranke brauchte, nicht ausgereicht. Solange ich lebe, werde ich dankbar sein für die Hilfe, die weit über das Vorgeschriebene hinausging. Es war das Mitdenken und Einspringen in überfordernde Situationen, was meinen Respekt gegenüber dieser nicht eben attraktiv ausgestatteten Arbeit stärkte. Und der Kranke, dem diese mitmenschlichen Augenblicke als Hilfe zuteil wurden, hat es bis zu seinem letzten Moment so gesehen und empfunden. Die Pfleger waren alle ganz normale Werk tätige, die für ihre Familien zu sorgen

hatten, unbequeme Wege auf sich nehmen mußten, und sie wurden, im Vergleich zum Westen, schlecht bezahlt. Daran hat sich nichts geändert.

Der Minister scheint zu glauben, daß irgendwo in Europa ausgebildete Abhelfer und Abhelferinnen darauf warten, daß wir ihnen wenigstens etwas versprechen. Ich würde gern wissen, ob er wenigstens versucht, Lösungen zu schaffen. Er weiß natürlich, daß sie bei sich zu Hause noch weniger verdienen, und daß sie dort erst recht nichts für ihr Alter zurücklegen können.

Das können die meisten von uns hier auch nicht. Die Gleichstellung der Renten zwischen Ost und West hat bisher nicht stattgefunden. Und alles vorher Gesparte unterlag zweimaliger Währungsumstellung, also mehrfacher Entwertung.

Ich frage mich: Was machen die im Parlament eigentlich mit all den Fragen, auf die keiner von ihnen persönlich antworten muß? Wenn eine Anfrage nicht zum eigenen Arbeits- und Aufgabenbereich paßt, dann klatschen nur die direkt Angesprochenen. Auf Einlassungen anderer Gewählter kann auch verbreitetes Schweigen folgen. Gebimmelt wird nur, wenn einer zu lange redet. Dummheit oder Ungehörigkeit wird kaum geahndet.

Wen oder was sollen wir ganz normalen Bürger wählen? Wir können nicht aufhören, über Lösungen nachzudenken. Eine Rückkehr zu kindlichem Glauben, der sich zu oft als Aberglaube erwies, ist nicht möglich. Uns fehlt eine glaubhafte Adresse für unsere Anliegen, wenn sie denn je den Status der Forderung erreichen.

Aber zu resignieren, das schaffe ich nicht. Obwohl: Niemand fällt tiefer als der Gutgläubige. Jener, der den eigenen Ohren und dem eigenen Hirn aus Erfahrung mißtraut, Gegenargumente nicht gelten läßt, um sich selber nicht dumm dastehen zu lassen. Es gibt immer Linderung, Trost. Davon habe ich früher manchen Genossen reden hören – meistens mit zwei Zungen –, und er lehnte ab, was er nicht selber gesagt hatte.

Wir waren Zeitgenossen, Verflochtene in den gleichen historischen Versuch, haben ihn auf unterschiedliche Weise gelebt und überlebt und Narben davongetragen, manche aus Selbstverletzung, aber auch Beulen, die uns Verbündete in den Helm schlugen. Alles, das Begeisternde wie das am Ende Elende war eigentlich verständlich, manches sogar, historisch gesehen, folgerichtig. Ich weiß, das Leben ist ungerecht. Aber es wäre unkeusch, die einzige Gerechte sein zu wollen. Das klappt ohnehin nie.

So bleiben wir einander ermutigende, oft enttäuschte, uns immer wieder zu Hoffnung aufrappelnde Bürger im Getriebe einer Macht mit viel Ohnmacht. Die Völker schreien nach Umkehr. Weg von dieser drohenden Nähe zu einem Weltenbrand! Sie schreien nach Gerechtigkeit. In einer Zeit, die uns jeden Tag beweist, daß es wieder einmal gefährlich ungerecht zugeht.

Alle Wissenschaft wäre überflüssig,  
wenn die Erscheinungsform und  
das Wesen der Dinge unmittelbar  
zusammenfielen.

Karl Marx

# „RotFuchs“-Veranstaltungen im Oktober

## ■ Regionalgruppe Gera

**Am 10. Oktober um 18 Uhr** spricht Reiner Stöcker auf einer gemeinsamen Veranstaltung mit der Partei Die Linke und der Friedensinitiative Gera zum Thema: **Das Schicksal meines Großvaters im 1. Weltkrieg**

**Ort:** Geschäftsstelle der Partei Die Linke, Markt 12 A, 07545 Gera

## ■ Regionalgruppe Mecklenburg-Vorpommern – Nord/West

**Am 10. Oktober um 15 Uhr** Diskussionsveranstaltung zu aktuell-politischen Themen

**Ort:** Stadtkantine, Großschmiedestraße 41–43, 23966 Wismar

## ■ Regionalgruppe Chemnitz/Zwickau

**Am 13. Oktober um 10 Uhr** spricht Bruno Mahlow, Mitglied des Ältestenrates der PDL, zum Thema: **Die weltweite Verschärfung der Kriegsgefahr und die Reaktionen von Rußland und China darauf**

**Ort:** „Rothaus“, Lohstraße 2, 09111 Chemnitz

## ■ Regionalgruppe Dresden

**Am 13. Oktober um 10 Uhr** spricht Wolfgang Dockhorn, stellv. Vorsitzender des „RotFuchs“-Fördervereins, zum Thema: **Die gemeinsamen Verantwortung aller Linken für die Erhaltung des Friedens und beim Kampf gegen die Rechtsextremismus**

**Ort:** Dresdner Straße 26, „Drogenmühle“, 01809 Heidenau

## ■ „RotFuchs“- Gruppe Luckenwalde

**Am 13. Oktober um 10 Uhr** spricht Dr. Udo Stegemann zum Thema: **Staatsterrorismus in der Gegenwart**

**Ort:** Turmklaus, Baruther Straße 21, 14943 Luckenwalde

## ■ Regionalgruppe Berlin Marzahn-Hellersdorf

**Am 16. Oktober um 18 Uhr** spricht der Historiker Dr. Rainer Zilkenat zum Thema: **Der Platz der Novemberrevolution 1918 in der deutschen Geschichte**

**Ort:** Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

## ■ Regionalgruppe Frankfurt/Oder

**Am 19. Oktober um 15 Uhr** spricht Prof. Dr. Zbigniew Wiktor zum Thema: **Die aktuelle Lage in Polen, die Funktion der PiS und deren Unterstützung durch die katholische Kirche**

**Ort:** Klub der Volkssolidarität, Logenstr. 1, 15230 Frankfurt/Oder

## ■ Regionalgruppe Königs Wusterhausen

**Am 20. Oktober um 10 Uhr** spricht Rolf Berthold, Botschafter a. D., zum Thema: **Die Entwicklung in China und deren Wirkung auf die Weltsituation**

**Ort:** Bürgertreff, Fontaneplatz 2, 15711 Königs Wusterhausen

## ■ Regionalgruppe Leipzig

**Am 22. Oktober um 18 Uhr** spricht der stellvertretende Vorsitzende der DKP Dr. phil. Hans-Peter Brenner zum Thema: **100 Jahre**

## Novemberrevolution in Deutschland – Konsequenzen für Kommunisten heute

**Ort:** Villa Davignon, Friedrich-Ebert-Str. 77, 04105 Leipzig

## ■ Regionalgruppe Bitterfeld-Wolfen

**Am 25. Oktober um 14 Uhr** spricht Klaus Jauer zum Thema: **Die Arbeit der Kreisdienststellen des MfS der DDR**

**Ort:** Kulturhaus der Stadt Bitterfeld-Wolfen, Puschkinplatz 3 (Konferenzzimmer), OT Wolfen, 06766 Bitterfeld-Wolfen

## ■ Regionalgruppe Magdeburg

**Am 25. Oktober um 14 Uhr** spricht Dr. Thomas Köhler, Spitzensportler und Sportfunktionär der DDR, zum Thema: **Zwei Seiten der Medaille**

**Ort:** Kühleweinstraße (Kulturraum am Ende der Sackgasse), 39106 Magdeburg

## ■ Regionalgruppe Harz

**Am 26. Oktober um 14 Uhr** spricht Uwe Hixsch, Sprecher des Marxistischen Forums der Partei Die Linke, zum Thema: **Für Friedens- und Entspannungspolitik – gegen Hochrüstung und NATO-Ost-erweiterung**

**Ort:** Gaststätte Lindenhof, Spiegelsbergweg 16, 38820 Halberstadt

## ■ Regionalgruppe Erfurt-Weimar

**Am 27. Oktober um 11 Uhr:** Politischer Stammtisch zu aktuellen Ereignissen

**Ort:** Gaststätte Dahlie, Roßlauer Straße 1, 99086 Erfurt

## Heraus zur Demonstration am 13. Oktober in Berlin!

Zahlreiche Institutionen und prominente Künstler, Wissenschaftler und politische Aktivistinnen rufen für den 13. Oktober um 13 Uhr zu einer großen Demonstration für eine offene und solidarische Gesellschaft auf. Es sei Zeit zu handeln, denn aktuell finde eine „dramatische politische Verschiebung“ statt, heißt es in dem Aufruf, den bundesweit bisher über 450 Organisationen unterzeichnet haben.

„Rassismus und Menschenverachtung werden gesellschaftsfähig. Was gestern noch undenkbar war und als unsagbar galt, ist kurz darauf Realität“, heißt es in dem Aufruf. Und weiter: „Humanität und Menschenrechte, Religionsfreiheit und Rechtsstaat werden offen angegriffen. Es ist ein Angriff, der uns allen gilt.“ Die Zahl der Unterstützer wird von Tag zu Tag größer, wohl auch wegen der ausländerfeindlichen Ausschreitungen in Chemnitz. Die Veranstalter rechnen am 13. Oktober mit mehr als zehntausend Teilnehmern.

Die Liste der Erstunterzeichnenden ist lang: Dazu zählen Esther Bejarano, Jan Böhmer-

mann, Benno Fürmann, Rolf Gössner, Eva Menasse, Volker Pispers, Romani Rose, die Bands Feine Sahne Fischfilet und Die Ärzte sowie die Intendantin des Maxim-Gorki-Theaters Shermin Langhoff. Zu den Organisatoren gehören u. a. Pro Asyl, die Tafel Deutschland, Attac, Brot für die Welt, Aktion Sühnezeichen, der Zentralrat der Muslime, die Humanistische Union, der Paritätische Wohlfahrtsverband, antirassistische Organisationen und Migrantenverbände.

„Gemeinsam werden wir die solidarische Gesellschaft sichtbar machen! Am 13. Oktober wird von Berlin ein klares Signal ausgehen“, kündigt das Bündnis unter dem Hashtag #unteilbar an. Die Initiatoren wollen mit diesem Begriff deutlich machen, daß Sozialstaat und Migranten nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen.

Weiteres und Aktuelles zur Demo unter [www.unteilbar.org](http://www.unteilbar.org)

Die geplanten Verschärfungen der Polizeigesetze bedrohen den Rechtsstaat von Bundesland zu Bundesland: Bayern, Hessen, Bremen, NRW, Niedersachsen, Sachsen, Berlin, Brandenburg, und am Ende droht ein Musterpolizeigesetz. Überwachung wird uferlos, Freiheitsrechte werden eingeschränkt. Zum Beispiel sollen Staatstrojaner auf Landesebene eingeführt werden und ein möglicher Präventivgewahrsam in Niedersachsen von 10 Tagen auf bis zu 74 Tage ausgedehnt werden.

In Bayern ist der Präventivgewahrsam sogar endlos verlängert. Zehntausende haben in München, Düsseldorf und Hannover bereits dagegen protestiert – Datenschützer und Fußballfans, Umweltaktivisten und Bürger, Seite an Seite! Trotzdem stellen die Innenminister sich stur. Auf der unteilbar-Demo organisieren wir („digitalcourage“) deshalb einen großen Block für Freiheitsrechte unter dem Motto: „Freiheit statt Angst – Stoppt die Polizeigesetze!“



„NATO-Großmanöver in Norwegen“, „Üben für den Krieg gegen Rußland“, „Bundeswehr kommandiert ‚Speerspitze‘“ – mit solchen Schlagzeilen wird eine NATO-Kriegsübung der Superlative angekündigt. Vom 25. Oktober bis zum 7. November soll das Großmanöver „Trident Juncture 2018“ stattfinden. Der Übung liegt die Annahme zugrunde, daß die Souveränität Norwegens als NATO-Partner von Rußland verletzt wird und die NATO daraufhin militärisch reagieren müsse. Mit mehr als 40 000 Soldaten, davon 8000 der deutschen Bundeswehr, wird es das größte NATO-Manöver seit 1990 sein.

„Trident Juncture 2018“ ist – stets unter Beteiligung der Bundeswehr – nur eine von etlichen anderen gegen Rußland gerichteten Attacken der NATO. Im Bundestag reden sie von Frieden und rüsten zugleich für den Krieg. Frau von der Leyen hatte die Stirn, 25 Milliarden Euro mehr für die Aufrüstung zu fordern.

Mit meinen 84 Jahren bleibt es mein Lebensideal, mich für den Frieden zu engagieren. Meinen Traum von einer besseren Welt will ich weiter träumen. Dabei bin ich mir bewußt, daß er sich unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen, wo Banken und Monopole das Sagen haben, auf unabsehbare Zeit nicht erfüllen kann. Doch es gibt auch mutige, kluge Denker, die sich auf die Analyse des Kapitalismus von Karl Marx besinnen – das Rüstzeug, mit dem es gelingen kann, die Welt dauerhaft zu verändern und zu befrieden.

Der Tod meines Vaters im Krieg gegen die Sowjetunion, Vertreibung aus Schlesien, schreckliche Bombennächte in Potsdam, Hunger und Elend in den Nachkriegsjahren haben meine linke politische Haltung und Überzeugung dauerhaft geprägt. Mit Sorge und auch Enttäuschung bemerke ich, daß sich viele in Ost und West der Kriegspolitik der Regierenden von CDU, CSU und SPD unterwerfen, anstatt Merkel und ihresgleichen zu einer Politik des Friedens und der Verständigung unter den Völkern zu zwingen.

**Friedhelm Schulz, Hoyerswerda**

Kriegstreiber stoppen, aber wie? Wir brauchen eine Friedensbewegung wie in der Vergangenheit, als es gegen die Stationierung der Pershing-2-Raketen in der alten BRD ging. Diese neue Rüstungsspirale ist nicht hinnehmbar und bedroht unseren Planeten!

Immer wieder wird Rußland als Feindbild Nr. 1 präsentiert, um Aufrüstung und Stationierung von NATO-Truppen an seinen Grenzen zu rechtfertigen. Aber worum geht es in Wirklichkeit? Es geht um die Neuverteilung der letzten Ressourcen in der

Welt und den Hegemonialanspruch der USA. Die Rüstungsindustrie braucht diese Scharfmacher, die mit ihren Kriegen die Gewinne des militärisch-industriellen Komplexes in ungeahnte Höhen treiben.

Wir alle – die Partei Die Linke insbesondere – müssen uns dieser kriegstreiberischen Politik entgegenstellen. Notwendig ist ein Kurs gegen Kriege, Aufrüstung und Waffenexporte.

Eine linke Politik, die sich im kapitalistischen System verankert, bindet sich selbst die Hände.

**René Osselmann, Magdeburg**

Der im Interesse der Eigentümer an Produktionsmitteln immer stärker forcierte schrankenlose Waren- und Kapitalverkehr löst nicht nur kriegsbedingte Fluchtbewegungen, sondern auch weltweite Arbeitsmigration aus. Menschen, die in ihren Heimatländern nicht mehr von ihrer Hände Arbeit leben können, müssen versuchen, ihren Lebensunterhalt woanders zu finden. Da ist es nachvollziehbar, daß sie dorthin zu gelangen trachten, wo gesellschaftlicher Reichtum vorhanden ist. Der nordamerikanische Kontinent ist für afrikanische und arabische Flüchtlinge und Emigranten nahezu unerreichbar, so daß ihr Ziel zwangsläufig Europa ist, zu dessen Wohlstand sie und ihre Vorfahren erzwungenermaßen beigetragen haben.

Doch die ökonomischen und sozialen Folgen für die Heimatländer sind enorm. Wissen und Arbeitsvermögen geht ihnen verloren. In den regierungsamtlichen Debatten über die Anwerbung z. B. von Pflegekräften wird deutlich, daß das deutsche Kapital Migranten als billige Arbeitskräfte betrachtet, die dann zu sehr niedrigen Löhnen und Gehältern Dienstleistungen erbringen.

Auf allen Ebenen wachsen so Konflikte zwischen Einheimischen und Zugewanderten, was künftig noch weiter zunehmen wird.

Ich erinnere mich noch gut daran, als ich einige Zeit für eine Firma in Bremerhaven und später für eine andere in Frankfurt am Main als Bauleiter tätig war. Bei dem Bauträger in Frankfurt arbeiteten, als ich dort begann, ein Bauingenieur aus dem Osten und zwei aus dem Westen. Als ich dort wegging, gab es nur noch Ossis. Wenn wir abends Gaststätten besuchten, waren uns die Einheimischen oftmals nicht wohlgesonnen, weil wir ihnen in ihren Augen die Arbeit wegnahmen. Auch auf dem Wohnungsmarkt waren wir Konkurrenten. Übrigens beschäftigte der Bauträger nur ein Gewerk aus der Umgebung. Alle anderen kamen aus Thüringen, weil sie ihre Arbeitskraft billiger verkauften. Genau dieses Problem zeichnet sich auch zwischen Flüchtlingen und der einheimischen Bevölkerung immer deutlicher ab.

Wichtig wäre es, Druck auf die EU-Regierungen auszuüben, damit diese den Entwicklungsländern echte Hilfe für den Aufbau ihrer Landwirtschaft, des Handwerks und der Industrie gewähren und ihnen die Möglichkeit einräumen, protektionistische Maßnahmen zum Schutz ihrer Wirtschaft und ihrer Arbeitskräfte durchzuführen, damit die Menschen dort wieder eine Zukunft haben.

**Wolfgang Reinhardt, Nordhausen**

Zu Friedrich Wolff: *Was wir wollen* (RF 246, S. 11) Der Artikel war für mich deshalb so interessant, weil er in bezug auf die Partei Die Linke zum Nachdenken anregt. Natürlich war unter der Führung der SED zu DDR-Zeiten auch nicht

alles zufriedenstellend, aber was in sozialen Belangen getan wurde, ist heute kaum noch in der Diskussion, und viele erkennen immer mehr, daß der Kapitalismus nichts Gutes bringt. So verwundert es nicht, daß Initiativen und Vorschläge der Linken im Bundestag regierungsseitig schon aus Prinzip abgelehnt werden. Deshalb ist es wichtig, Protestbewegungen landesweit und geschlossen zu führen und vor allem junge Kämpfer zu gewinnen. Letztlich sollte es sich dann auch im künftigen Wahlverhalten ausdrücken, um eine ansprechende Prozentzahl für die Sache zu erreichen.

**Siegfried Tietz, Altenberg**

Nicht erst als Jugendlischer – ich bin Jahrgang 1950 – nahm ich an den unterschiedlichsten Veranstaltungen zum „Weltfriedenstag“ teil. In der DDR war seit ihrer Gründung das Friedensbekenntnis eines der obersten staatlichen Gebote. Und damit war es folgerichtig, diesen Gedenktag, der sich auf den Beginn des schrecklichen Zweiten Weltkrieges bezog, „Tag des Friedens“ bzw. „Weltfriedenstag“ zu nennen.

Das Eintreten für den Frieden manifestierte die DDR in mehreren Artikeln ihrer Verfassung. So forderte Artikel 8, Absatz 1: „Die allgemein anerkannten, dem Frieden und der friedlichen Zusammenarbeit der Völker dienenden Regeln des Völkerrechts sind für die Staatsmacht und jeden Bürger verbindlich.“ In diesem Sinne nahm die Partei- und Staatsführung von Anfang an Einfluß auf ihre Bürger. Das betraf im besonderen Maße die Soldaten und Offiziere der Nationalen Volksarmee. Diese Armee war, im Gegensatz zu heute, nicht dazu da, „deutsche Interessen“ durch Beteiligung an Kriegshandlungen an den unterschiedlichsten Orten in der Welt zu vertreten. Vor allem auf Initiativen des Deutschen Gewerkschaftsbundes wird in der BRD der Gedenktag seit vielen Jahren als „Antikriegstag“ begangen. Auch diesmal rief der DGB am 1. September zu Kundgebungen und Veranstaltungen auf (siehe diese Ausgabe, Seite 3). Angesichts der gegenwärtigen friedensgefährdenden Aktivitäten der NATO, die sich u. a. in militärischen Drohungen gegenüber Rußland, enorm steigenden Rüstungsausgaben und im Willen zum Einsatz von Atomwaffen zeigt, ist es ein Gebot der Stunde, daß so viele Menschen wie möglich ihre Stimme für die Erhaltung des Weltfriedens erheben. Am „Antikriegstag“, aber auch danach, müssen die Kriegstreiber, auch die deutschen, nachhaltig spüren: Die Völker wollen keine Kriege, sie wollen FRIEDEN!

**Reinhardt Koblichke, Aschersleben**

Fritz Bauer, Sohn einer jüdischen Kaufmannsfamilie aus Stuttgart, lernte das Naziregime recht früh kennen. Bereits 1933 mußte er sein Richteramt aufgeben und wurde von den Nazis für neun Monate im Konzentrationslager Heuberg interniert. Später floh er aus Nazideutschland, erst nach Dänemark und dann nach Schweden. 1949 kehrte er nach Deutschland zurück. Hier wollte Fritz Bauer beim Aufbau eines demokratischen Justizwesens im Nachkriegsdeutschland helfen. 1956 wurde er Generalstaatsanwalt in Frankfurt am Main. Das muß für ihn kein leichtes Amt gewesen sein, sah er sich doch dabei auch Richtern und Staatsanwälten aus der Nazizeit gegenüber, die nach 1945 weiter im Staatsdienst blieben. Nicht selten sabotierten sie seine Arbeit.

Fritz Bauer soll mal gesagt haben: „Wenn ich mein Dienstzimmer verlasse, betrete ich feindliches Ausland.“ Er hatte wohl recht, zumal er mehrere Morddrohungen erhielt. Allein dieser Ausspruch sagt alles über das Wesen der Nachkriegsjustiz in Westdeutschland aus.

Allein in Frankfurt a. M. ließ er über 1000 Zeugen vernemen und bereitete den Auschwitz-Prozeß gegen die SS-Wachmannschaften vor. Er gab auch den entscheidenden Tip zum Auffinden Adolf Eichmanns in Argentinien, der als Organisator der Massendeportationen von Juden mitverantwortlich war für die Ermordung von sechs Millionen Menschen.

Bauer hat gegen alle Widerstände Täter und Mitläufer verfolgt. Leider folgte die westdeutsche Justiz ihm selten bzw. nur widerwillig. Verfahren in Westdeutschland hatten eher symbolischen Charakter. Allein an den Verbrechen in Auschwitz waren 8000 Deutsche beteiligt – lediglich 40 von ihnen wurden von der westdeutschen Justiz dafür zur Rechenschaft gezogen.

Für Fritz Bauer wäre es nie infrage gekommen, lockerzulassen. Selbst zum Zeitpunkt seines Todes war er noch mit Ermittlungen gegen führende Justizbeamte des dritten Reiches befaßt. Das muß den Herrschenden ein Dorn im Auge gewesen sein. Folge ich dem ARD-Autor Ulrich Chaussy, wurde Fritz Bauer vom Auslandsgeheimdienst BND überwacht.

Ich denke, er würde sich freuen, wenn er wüßte, daß die Auschwitz-Tonbänder aus dem von ihm initiierten Prozeß seit einigen Monaten zum „Gedächtnis der Welt“ der UNESCO gehören. Fritz Bauer erkannte klarsichtig, daß der faschistische Staat kein Betriebsunfall der Geschichte war. Er hielt eine Wiederholung der Naziverbrechen für denkbar, wenn sich die Gesellschaft nicht vollständig demokratisiert. Seien wir wachsam!

**Wilfried Steinfath, Berlin**

*Zu Ludwig Elm: Geschichtsverzerrung (RF 246, S. 8)*  
Prof. Dr. Elm wandte sich mit seinem sehr aufschlußreichen Artikel einer Thematik zu, die wegen ihrer grundsätzlichen Bedeutung weiten Kreisen der Bevölkerung zugänglich gemacht werden müßte. Die bisher von bürgerlichen Historikern betriebene Aufarbeitung deutscher Geschichte hatte schon immer zu einem erheblichen Teil DDR-Geschichte mit weithin diffamierendem Inhalt zum Gegenstand. Es ist grotesk, wenn sich nun die thüringische Regierungskoalition unter Ministerpräsident Bodo Ramelow (Die Linke) anmaßt, der Öffentlichkeit endlich eine „wissenschaftlich gestützte Aufarbeitung“ der deutschen Geschichte vorlegen zu wollen, die nichts anderes bedeutet als eine nachträgliche Diffamierung der DDR als „Unrechtsstaat“.

Offensichtlich geht es darum zu verhindern, daß in der Öffentlichkeit die sozialen und kulturellen Errungenschaften der DDR positiv bewertet und das gesamte gesellschaftliche System als mögliche Alternative zur jetzigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung betrachtet wird.

Diese Art der „Geschichtsaufarbeitung“ wird bereits seit dem Anschluß der DDR an die BRD betrieben und soll jetzt offenbar neue Impulse erhalten. Zentral gesteuert werden solche Projekte u. a. von der „Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“, deren Vorsitzender Rainer Eppelmann ist.

Abzusehen ist, daß die ständigen Verketzerungen,

wirtschaftlichen Sanktionen und subversiven Vorgehensweisen des Gegners, derer sich die DDR über Jahrzehnte zu erwehren hatte, kaum eine Rolle spielen werden. Auch die Tatsache, daß die Geheimdienste nahezu der gesamten kapitalistischen Welt, insbesondere aber der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der BRD, über Jahrzehnte von Westberlin aus mit großem Aufwand gegen uns agierten, wird in dieser „wissenschaftlichen Aufarbeitung“ wohl kaum Erwähnung finden.

Leider haben wir es versäumt, die vielfältigen geheimdienstlichen Initiativen wie Brandstiftungen, Sabotage- und Spionageakte und vor allem auch die ständigen Abwerbungen hochqualifizierter und gut ausgebildeter Fachkräfte in ihrem tatsächlichen Ausmaß in der Öffentlichkeit bekanntzumachen. Welch unermeßlicher Schaden der Volkswirtschaft allein dadurch entstanden ist, kann kaum beziffert werden.

Seitens der Bezirksverwaltung des MfS Neubrandenburg war Mitte/Ende der 50er Jahre festgelegt worden, im Zusammenwirken mit der Abteilung I der Staatsanwaltschaft über jedes abgeschlossene Ermittlungsverfahren vor dem jeweiligen Arbeitskollektiv des Betroffenen gewissermaßen Rechenschaft abzulegen. Das wurde immer mit großem Interesse, aber auch kritischen Hinweisen aufgenommen. Dabei kam allerdings auch fehlerhaftes Verhalten örtlicher Institutionen und Funktionäre zur Sprache, was von den zuständigen Leitungen kritisch hätte verarbeitet werden müssen.

Aus heutiger Sicht unverstänlich ist, daß uns und der Staatsanwaltschaft durch die Bezirksleitung der Partei untersagt wurde, künftig weitere Veranstaltungen dieser Art durchzuführen. Begründet wurde es damit, daß bestimmte Personenkreise dadurch zu eigenen ähnlichen subversiven Aktivitäten ermuntert würden und das Ansehen örtlicher Institutionen und einzelner Funktionäre der Partei beschädigt werden könnte. Die Darstellung des Geschehens überließen wir so leider der Gerüchteküche und der Propaganda der Gegenseite.

Ich will nicht unerwähnt lassen, daß es in Sachen „Geschichtsaufarbeitung“ auch bürgerliche Historiker mit nüchternem und sachlichem Blick auf die DDR, wie z. B. Prof. Dr. Erhard Klöss, gibt. Er formulierte u. a.: „Die westdeutsche Ostpolitik folgte den jeweils von den USA gesetzten Spielregeln des kalten Krieges und praktizierte eine Politik der Stärke und der Abgrenzung gegenüber dem Ostblock und insbesondere gegen den ‚Spalterstaat‘, die DDR ... Die geteilte Stadt (Westberlin) wurde zum ‚Schaufenster des Westens‘, an dem sich die DDR-Bewohner die Nase platt drückten.“ Viele erlagen der Sogwirkung des „goldenen Westens“.

**Dr. jur. Heinz Günther, Berlin**

Vor 120 Jahren, am 7. Mai 1898, sprach der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete August Bebel in einer großen „öffentlichen Versammlung für Männer und Frauen“ im Lokal Magnus (heute Heimatmuseum) in Strausberg bei Berlin.

Das war eine Sternstunde der Sozialdemokratie in dieser kleinen Stadt. Vor mehr als 400 Personen aus allen Parteien wies er der Reichsregierung eine unzumutbare „Mehrbelastung des Volkes durch Militärvermehrung und Flottenvermehrung“ nach. Dem neuen Reichstag prophezeite er „neue Aufwendungen für das Landheer“ und

brandmarkte, daß „die eigentlichen Kulturaufgaben nach wie vor Not leiden“. Darum müßte die Sozialdemokratie der Regierung und den herrschenden Klassen zurufen: „So geht es nicht mehr weiter, wir wollen, daß mit der Volkswohlfahrt voller und ganzer Ernst gemacht wird.“ („Strausberger Wochenblatt“ vom 11. Mai 1898). Dieser konsequent antimilitaristische Kurs wurde von den Sozialdemokraten voll unterstützt und fand auch bei der übrigen Bevölkerung Zustimmung. Deutlich wurde das besonders bei den Reichstagswahlen 1898, bei denen Parteifreund Bernhard Bruns in Strausberg 57,6 Prozent aller abgegebenen Stimmen erhielt. Auch in den folgenden Jahren hatten die Strausberger Sozialdemokraten immer dann Erfolg, wenn sie der Bebel'schen antikapitalistischen Politik folgten. Mit dem Kampf, Lohnverbesserungen zu erreichen, erwarben sie eine starke Anhängerschaft. Bei der Reichstagswahl 1912 brachte das den Sozialdemokraten 47,7 Prozent aller in Strausberg gültigen Stimmen. Später sank ihr Einfluß. Sie mußten sich die linken Wählerstimmen mit der KPD teilen. Das hinderte die Strausberger SPD jedoch nicht, weiter im Sinne des Aufrufs des sozialdemokratischen Parteivorstandes vom 7. November 1918 zu wirken. Dieser schließt mit den Worten: „Vorwärts zu den Zielen der Demokratie und des Sozialismus!“

Wie tief mußte die deutsche Sozialdemokratie sinken, um August Bebel und den Sozialismus auf den Müllhaufen der Geschichte zu werfen?

**Heinz Pocher, Strausberg**

*Zu Udo Stunz: Großdemonstration gegen Personalnot im Gesundheitswesen (RF 247/248, S. 7)*  
Ich möchte diesem Artikel meine volle Zustimmung geben. Fast jeder kommt mit den Folgen des gesundheitspolitischen Kahlschlags in Berührung. Allein die fehlenden Fachkräften – 63 000 in der Altenpflege und 800 000 in den Krankenhäusern – sind für mich beängstigend. Der Beruf einer Krankenschwester oder eines Pflegers verlangt den Einsatz rund um die Uhr, an den Wochenenden genauso wie an Sonn- und Feiertagen. Das ist nicht für jeden selbstverständlich. Deshalb kann man Menschen, die unter diesen Bedingungen arbeiten, nicht genug Hochachtung zollen. Das Gerede der Politiker, es müsse was getan werden, reicht nicht. Es ist Zeit zum Handeln. Deshalb unterstütze ich die Forderungen der Gewerkschaft, nicht nachzulassen und weiter zu kämpfen.

**Siegfried Tietz, Altenberg/Sachsen**

Erneut bestätigt sich, daß das kapitalistische System aus Profitinteressen nicht in der Lage ist, grundlegende Menschheitsprobleme zu lösen, wie es u. a. an den Folgen der monatelangen Hitzeperiode deutlich wird. Der Ausstoß von Kohlekraft in die Atmosphäre, vor allem zu verantworten von den wirtschaftlich starken Industrienationen wie der BRD, geht ungebremst weiter, gefolgt von den Abgasen der Verkehrsmittel in ungeahnter Dimension. Aber gerade die Bundesrepublik hat Probleme, internationalen Klimaschutzverträgen zuzustimmen bzw. ihnen beizutreten.

**Hans-Georg Vogl, Zwickau**

*Zu Peter Elz: Von Privateigentum, „Quasi-Eigentum“ und Volkseigentum (RF 246, S. 22)*

In seinem Beitrag hat Dr. Elz sehr überzeugend die Triebkraftfunktion des Privateigentums an Produkti-

onsmitteln und damit verbundener Manipulationen herausgearbeitet. Entsprechend dem Hauptgegenstand seiner Ausführungen gibt es nur am Schluß knappe Ausführungen zum Volkseigentum. Es handelt sich hier um eine Problematik, die weiter der Erforschung aus mehreren Jahrzehnten sozialistischer Entwicklung und der theoretischen Aufarbeitung bedarf. Das Kernproblem besteht darin, das Volkseigentum im Sinne der Hinweise von Marx u. a. in seinen „Ökonomisch-philosophischen Schriften“ aus dem Jahr 1844 als gesellschaftliches Verhältnis zu begreifen und zu organisieren. Die rein juristische Seite des Volkseigentums, es als „dem ganzen Volk gehörend“ zu deklarieren, reicht da nicht aus. Dieses gesellschaftliche Verhältnis muß von den Werktätigen mitgestaltet werden, und es muß erreicht werden, daß sie sich damit auch ideell identifizieren. Dazu gehören eine gut entwickelte Demokratie bei der Planung, umfassende Mitbestimmung bei der Leitung und Organisation der Produktion und eine für jeden erlebbare und ihn stimulierende materielle und moralische Interessiertheit an den Ergebnissen der Nutzung des Eigentums. Das alles muß auch durch ideologische Arbeit vermittelt werden, aber solange das täglich Erlebte noch unzureichend ist, bleibt ihre Wirksamkeit ungenügend. Das ist ein weites Feld. In seiner nicht genügenden Beachtung sehe ich eine wesentliche Ursache unserer Niederlage bei der Gestaltung einer neuen Gesellschaftsordnung..

#### Dr. Dr. Ernst Albrecht, Dormagen

Zwei weitere Überlegungen zu den im „RotFuchs“ geäußerten Gedanken zur Frage der Arbeitsproduktivität: Herbert Münchow erwähnt in seinem Beitrag im RF 247/248 Fritz Behrens und die von ihm entwickelte Zeitsummen-Methode. Sie ist – im Unterschied zur Wert- oder Warenform der Arbeitszeit-Messung – rein innerbetrieblich angelegt, erfaßt daher auch nur die real produktiv Arbeitenden eines Betriebes. Nur sie besitzen Produktivkraft, nur sie können sie auch verändern/bewegen. Sie liegt allerdings der Wert- oder Warenform einer Bestimmung von produktiver Kraft der Arbeit zugrunde, d. h. ist deren elementare Form. Nicht einmal Meister, Produktions- und Werkleiter, sonstige Angestellte des Betriebes, weder im Betrieb soziale Arbeit noch kulturelle Arbeit Leistende sind in ihr erfaßt wie auch *erfaßbar*. (Die Krankenschwester oder den Arzt einer Krankenstation mit in die Produktivitätsmessung hineinzunehmen, macht ja keinen Sinn.) Bei der Wertform der Arbeitszeit-Bestimmung aber würde alles, was Kosten verursacht, mit in den Preis eines Produkts aufgenommen sein, d. h. die „Arbeitszeit“ mitbestimmen; die Wertform bläht die Zeit auf, macht sie ungenau. Die rein auf die produktiv Arbeitenden orientierende Zeitsummen-Methode nimmt praktisch den Kommunismus voraus, in dem die Produkte „nicht mehr die sachliche Eigenschaft des Wertes besitzen“ (Marx), aber „der Wert wesentlicher denn je wird“ (wieder Marx). D. h., die elementare Wert„form“ wird wesentlicher denn je. Zum Beitrag von Achim Dippe (im RF 246). Er nennt Zahlen: „Die Produktivitätsrückstände, die über drei Jahrzehnte hinweg nicht kleiner wurden (sie betrugten Jahr für Jahr ca. 25 bis 30 %), waren Auslöser für viele Initiativen in den Betrieben und Kombinatens ...“ Und: „Das Produktivitätsniveau, gemessen auf der Basis Bruttoinlandsprodukt je Einwohner, lag 1989

bei 65 Prozent des westdeutschen Niveaus.“ Ich konstatiere: Ein drei Jahrzehnte lang stets gleichbleibender Rückstand von 25 bis 30 % hinter dem westdeutschen Niveau, 1989 = 35 %. Was folgt daraus? Daß die Planwirtschaft in der DDR einen Anstieg in der Arbeitsproduktivität erzeugte, der zwar den Rückstand hinter der BRD nicht aufhob, aber dennoch mit der der BRD – gerechnet je Einwohner des jeweiligen Landes – parallel lief. Und die 80er Jahre? Sie sind offensichtlich auf besondere Weise zu erklären, heben aber das, was über die Fähigkeit einer Plan-Ökonomie an sich gesagt worden ist, nicht auf. Auf Basis der Zahlen kann ich kein „langames Sterben des Sozialismus“, jedenfalls nicht in der DDR, erkennen.

#### Hermann Jacobs, Berlin

Vielen Dank für den Abdruck meiner Leserzuschrift zu Arnold Schölzels „Ist Marxismus noch zeitgemäß?“. Leider ist durch eine Korrektur ein völlig widersprüchlicher Satz entstanden. Der vorletzte Satz der Zuschrift muß lauten: Ich selber schied Ende 1990 – obwohl es mir nicht leicht fiel – neben vielen anderen Mitarbeitern nach einer über 30jährigen Tätigkeit in der Akademie aus, davon 16 Jahre im Bereich des Vizepräsidenten. Ich war nicht der Vizepräsident, ich war der Abwesenheitsvertreter.

#### Dr. Heinz Heikenroth, Berlin

Im „RotFuchs“ Nr. 242 hat Ihr auf der Leserbriefseite (S. 33) unsere Spendenbitte für die Restauration des Fliegerehrenmals bei Syhra veröffentlicht. Die Arbeiten am Ehrenmal konnten jetzt abgeschlossen werden.

Wir würden gern die Gelegenheit nutzen, uns bei allen Spendern auf diesem Weg zu bedanken. Danke und herzliche Grüße!

#### Bernd Gnant, Geithain

*Der Anlaß für diese Zeilen (der Geburtstag des Innenministers) liegt schon etwas zurück, aber wir wollen sie unseren Lesern dennoch nicht vorenthalten.*

#### Das Geburtstagspräsent

Zum Wiegenfeste – man beachte – des Ministers für Krachledernes verehrten ihm seine Leute die exzellenteste Freude:

So viele Migranten wie er an Jahren ließen sie in die Hölle fahren – geradewegs nach Afghanistan.

Er hörte die Zahl amüsiert sich an.

#### Brigitte Müller, Dresden

Ob wir es bereuen, aus Beeskow wegzuziehen? Mein Mann, der hier geboren ist, längere Zeit nur zu Besuch herkam und über die letzten 22 Jahre in Beeskow lebte, meint, es hält ihn nichts, und ich bin nie wirklich warm in seiner Geburtsstadt geworden. Der hohe Pflegeaufwand für Schwiegermutter, für meinen Mann und mein eigener desolater Gesundheitszustand ist in der Kreisstadt nur schwer zu stemmen. Wir haben versucht, heimisch zu werden und uns einzubringen.

Aber auch hier gibt es Menschen, die uns etwas bedeuten, die wir hoffentlich nicht ganz aus den Augen verlieren, obwohl uns einige aufgrund unserer zunehmenden Behinderung aus ihrem Leben ausgeschlossen haben. Wir sind dadurch auf ganz neue, nicht unbedingt gewollte Wege

gestoßen, die eine andere Sichtweise auf das Leben und die Gesellschaft mit sich brachten. Der Kampf mit Gesetzen und Verordnungen, mit Ämtern, Behörden, Kranken- und Pflegekassen, Bordsteinkanten und menschlicher Kälte nagt an unseren Reserven, aber wer nicht kämpft, hat schon verloren. Und zum Glück fanden wir auch jene, die uns zur Seite standen, die unser Leben bereicherten und erleichterten. Der Pflegedienst OhneSorge kümmerte sich um die Rundumversorgung an Leib und Seele, die Küche des Pflegeheims um unsere tägliche warme Mahlzeit, die GefAS um unsere Solidaritätsarbeit, Genossen der PDL um die politische Mitnahme, Frau Dr. Gottschall, ihre Mitarbeiterinnen und die Adler-Apotheke um unsere gesundheitliche Betreuung. Allen, Klaus und Ilona Weichselbaum – bleibende Freundschaft aus Kindertagen –, unseren Nachbarn Familie Kurz und Frau Schaller, den netten Verkäuferinnen bei Lidl und Netto, einfach allen, die auf einen Schwatz über das Hier und die Welt nur gewartet haben, danken wir für ihre Zuwendung. Gern habe ich mich um die Streitschlichtung in Beeskow und vor den Gerichten gekümmert, lernte dabei auch, wie schnell einstige gute Nachbarschaften kaputtgehen können und wo die Ursachen für Kriminalität und Verrohung der Gesellschaft liegen.

Ja, wir gedenken, nicht aufzugeben. Wer uns kennengelernt hat, weiß, wie wir tickten und es weiter tun werden. Wenn auch die Knochen bröseln, ist der Kopf doch noch immer wach. Den bei dem einen oder anderen zurechtrücken zu helfen, fühlen wir uns verpflichtet.

Versprochen: auch in unserer neuen alten Heimat werden wir uns einmischen. Der erste Eindruck läßt vermuten, daß auch dort noch viele „Dornröschen“ schlummern. Wo wir helfen können, wird geholfen, und wenn es nur ein Rat ist. Von unseren Erfahrungen geben wir gern etwas ab. In diesem Sinne – Eisenhüttenstadt – wir kommen und hoffen ...

#### Cornelia und Wolfgang Noack, Eisenhüttenstadt

Als ehemaliger DDR-Bürger, der wegen der Arbeit in den Westen „gegangen worden ist“, bin ich erst viel zu spät auf Ihre wunderbare Zeitschrift aufmerksam geworden. Daher würde ich mich freuen, diese ab sofort beziehen zu können.

#### Timo König, Buchholz i. d. N.

Anmerkung der Redaktion: Besser spät als nie ... und: Alle bisher erschienenen Ausgaben stehen im Internet zur Nach-Lese zur Verfügung:

<http://rotfuchs.net/pdf-archiv.html>

Und: Gute Freunde gibt's in Buchholz z. B. hier: Wohn- und Ferienheim Heideruh e.V., Ahornweg 45, Telefon 04181/8726

Jede Ausgabe der Zeitschrift vermittelt mir wichtige Informationen, Anregungen und Argumente, die auf Erfahrung und Wissen beruhen. Für einen Genossen in der „Diaspora“ ist dies von besonderer Bedeutung. Stark beeindruckt hat mich in der letzten Ausgabe die Dokumentation der „Tagesspiegel“-Erwiderung auf Gauland und die kommentierende Anmerkung hierzu.

#### Rudolf Schwinn, Bonn



Eine jemenitische Künstlerin malt in der Hauptstadt Sanaa eine Friedensbotschaft an eine Mauer

## Festveranstaltung der „RotFuchs“-Regionalgruppen in Mecklenburg-Vorpommern

### Vorwärts mit Marx in eine friedliche Zukunft!

**Samstag, 27. Oktober, 11–15 Uhr**  
(Einlaß ab 10 Uhr)

Stadtteilbegegnungszentrum Toitenwinkel  
Olof-Palme-Straße 26, 18147 Rostock  
Um eine Spende von 4 € wir gebeten.

■ Es sprechen: **Prof. Dr. Herbert Meißner** (Die Linke) und **Patrik Köbele** (Vorsitzender der DKP)

■ Kulturprogramm: **Hartmut König** und die „RotFuchs“-Singegruppe

**Unterstützer:**  
ISOR e.V., DKP Mecklenburg-Vorpommern, Rostocker Friedensbündnis, Kommunistische Plattform (Die Linke MV), Verband zur Pflege der NVA und der Grenztruppen der DDR e.V.

#### IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

##### Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e.V.  
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

##### Redaktion:

Wolfgang Metzger (V.i.S.d.P.),  
Dr. Arnold Schölzel, Bruni Steiniger

##### Redaktionsanschrift:

Bruni Steiniger  
Klopstockstr. 19, 12623 Berlin  
Tel. 030/561 34 04  
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de  
wometzger@aol.com

##### Layout: Rüdiger Serinek

##### Herstellung: Druckerei Bunter Hund

##### Internet: www.rotfuchs.net

##### Redaktionsschluß für die übernächste Ausgabe ist der 28. eines Monats.

##### Autorenkreis:

Joachim Augustin  
Dr. Matin Baraki  
Konstantin Brandt  
Prof. Dr. Götz Dieckmann  
Ralph Dobrawa  
Hans Dölzer  
Dr. Peter Elz  
Peter Franz  
Bernd Gutte  
Helmuth Hellge  
Eberhard Herr  
Erik Höhne  
Lutz Jahoda  
Rico Jalowietzki  
Ralf Jungmann  
Christa Kożik  
Marcel Kunzmann  
Rudi Kurz

##### Dr. Kurt Laser

Prof. Dr. Anton Latzo  
Bruno Mahlow  
Dr. Bernhard Majorow  
Prof. Dr. Herbert Meißner  
Jobst-Heinrich Müller  
Horst Neumann  
Cornelia Noack  
Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Innsbruck)  
Prof. Dr. Rolf Sieber  
Gisela Steineckert  
Peter Steiniger  
Marianne Walz  
Johann Weber  
Theodor Weißborn  
Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)  
Edda Winkel  
Dr. Reiner Zilkenat

##### Künstlerische Mitarbeit:

Dieter Eckhardt, Siegfried Lachmann,  
Heinrich Ruynat, Gertrud Zucker

##### Versand und Vertrieb:

Konstantin Brandt, Glanzstraße 6,  
12437 Berlin, Tel. 030/53 02 76 64  
vertrieb@rotfuchs.net

oder Sonja Brendel  
Tel. 030/5 12 93 18

Heiner Brendel, Gerald Umlauf,  
Hans Ludwig u. v. a. m.

##### Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,  
10123 Berlin, Tel. 030/2 41 26 73  
WDockhorn@t-online.de

##### Finanzen: Jürgen Thiele

Prerower Platz 6, 13051 Berlin  
Tel. 030/981 56 74

##### Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein  
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00  
BIC: BELADEBEXX

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.